

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis wöchentlich 20 Pf., monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Infections-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonialzelle oder deren Raum 60 Pf. für beständige und gewerkschaftliche Betriebs- und Besuchsgebühren 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgebundene Wort 3 Pf. (außerhalb 2 Pf. pro Zeile), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftseröffnungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 7. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Winkelzüge des Zentrums.

Nichts ist lustiger, als die Wirkung unserer Ausführungen über die Stellung des Zentrums zur kommenden Militärvorlage in der liberalen Presse zu verfolgen. Was diese gerissenen und bedenkenlosen Latzler an gespielter Naivität in diesen Tagen produziert haben, damit können selbst deutsche Liberale ihren politischen Jahreskonsum bequem decken. Da schreibt Herr Julius Bachem im „Tag“:

„Die Militärvorlage ist noch nicht da; man weiß nicht, welche Forderungen sie stellt, und wie sie eventuell finanziell gedeckt werden soll. Warte man also die Vorlage ab und unterziehe sie dann einer gewissenhaften Prüfung. Einer solchen wird sich das Zentrum ebenso wenig entziehen wie irgendeine andere der nationalen Parteien des Reichstages. Das Zentrum hat Grund, ausgiebigen Grund zur Unzufriedenheit mit der Regierung, aber es wird das Reich und das Land das nicht entgelten lassen. Das verlangt das allgemeine Wohl und auch das eigene Interesse des Zentrums verlangt es. Von den Führern des Zentrums ist zudem ausdrücklich erklärt worden, daß die Fraktion sich zweifellosen Staatsnotwendigkeiten unter keinen Umständen verweigern werde.“

Das soll eine Ablehnung sein und ist doch nur die vollkommenste Bestätigung dessen, was wir am Sonntag hier gesagt hatten. Das Zentrum wird „gewissenhaft prüfen“, es wird sich „zweifellosen Staatsnotwendigkeiten nicht verweigern“. O gewiß! Nur wird die Prüfung, wenn die Situation sonst dem Zentrum günstig scheint, eben ergeben, daß die Vorlage über das „zweifelloste Notwendige“ weit hinausgeht und jene Abstriche erfordert, die zur Reichstagsauflösung führen können.

Aber noch komischer als diese Unschuldsbeteuerungen sind die Äußerungen der Zentrumspresse über das Verhalten der Liberalen in dem dann folgenden Wahlkampf. Die „Frankf. Zeitung“ hatte unlängst mitgeteilt, daß ein Zentrumsführer einen unserer Genossen über ein eventuelles Zusammengehen bei den Stichwahlen sondiert hätte. Ein Fastnachtscherz, versichern die Zentrumszeitungen. Auch Herr Dr. Bachem sagt es, fügt aber listig hinzu:

„Und warum sollte gerade wegen der Militärvorlage eine Reichstagsauflösung kommen? Ein Zentrumsmitglied, welches wegen dieser Eventualität mit einer führenden Persönlichkeit der Sozialdemokratie Fühlung nähme, würde sich, von allem anderen abgesehen, dem Vorwurf der Voreiligkeit aussetzen.“

Aber die Voreiligkeit steht ja gar nicht in Frage und was Herr Bachem als voreilig verwirft, mögen andere Zentrumsführer als rechtzeitig Vorsicht beurteilen. Aber wozu diese ganze Polemik? Zweifelt denn irgend ein politisch urteilsfähiger daran, daß das Zentrum, wenn es ihm sonst vorteilhaft dünkt, ohne das geringste Bedenken mit der Sozialdemokratie ein Wahlgeschäft eingehen würde? Hat sich denn beim Zentrum irgend etwas geändert, seitdem im Dom von Speyer Bollmar und Ehrhardt mit den Zentrumsführern über das Landtagswahlbündnis plauderten oder seit Herr Müller-Fulda mit Paul Singer über die Stichwahltaktik korrespondierte? Das Zentrum schreit jetzt ebenso wenig wie jemals früher davor zurück bei Stichwahlen mit Sozialdemokraten zusammenzugehen. Solche Bedenken überläßt es gut und gern den Liberalen. Nein, beim Zentrum ist in dieser Hinsicht alles beim alten geblieben und zu „sondieren“ bleibt ihm bloß, ob auch die Sozialdemokratie zu solchem Zusammengehen zu haben wäre.

Warum also diese Polemik? Nun, das Zentrum liebt es nicht, seine Karten zu früh aufzudecken und es will sich auf jeden Fall freie Hand bewahren. Die Stellung zur Militärvorlage ist für die Liberalen nicht abhängig von irgendeiner „gewissenhaften Prüfung“, sondern einzig und allein von der Frage der Deckung. Dem Zentrum geht es darum — und das verrät mit aller wünschenswerten Deutlichkeit ein Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ in der Mittwochsausgabe — jede wirkliche Besitzsteuer und vor allem die Erbschaftsteuer zu vereiteln. Die Drohung, eine Reichstagsauflösung provozieren zu wollen, richtet sich an verschleierte Adressen, an die der Regierung nicht minder als an die der Liberalen. Die Regierung soll die Steuer vorlage nach dem schwarzblauen Diktat gestalten, will sie nicht die Ablehnung der Militärvorlage riskieren, und die Nationalliberalen sollen sich in der Deckungsvorlage den Schwarzblauen zufügen, um für das Scheitern der von ihnen geforderten Deeresvermehrung nicht mit verantwortlich zu sein. Gelingt der Plan, dann hat das Zentrum zunächst erreicht, was es wollte und die alte Kartellmehrheit ist da. Mithingt's, dann ist der Moment gekommen, es mit dem „Appell an das Volk“ zu versuchen zur Wiederherstellung der alten blau-schwarzen Majorität.

Daß die Sozialdemokratie diese Absichten so frühzeitig durchschaut und aufgedeckt hat, ist den Zentrumsleuten offenbar unangenehm. Die „Köln. Volksztg.“ erreicht in ihrem Aergern nun auch den Gipfel der Komik, indem sie ein krampfhaftes „Haltet den Dieb“ ausstößt und just uns als diejenigen benennt, die „der Militärvorlage den Weg ebnen“. Vor solcher Leistung allerhand Achtung! Und wie bahnen wir diesen Weg? Nun, indem wir die Deckung durch indirekte Steuern vereiteln wollen. Damit beweist aber die „Köln. Volkszeitung“ nur noch einmal unwiderleglich

die Richtigkeit der Ansicht, daß das Zentrum die ungeheuerlichen Forderungen Rodolfs zu bewilligen bereit ist, falls es nur gelingt, die Steuerfreiheit der Besitzenden und insbesondere die der Agrarier auch fernerhin zu sichern.

Kaiser und Narr.

Bismarck II. hat die Redefreiheit, die er unter Bethmanns milder Regierung genießt, dazu benutzt, an der Osgrenze des Reiches einen belehrenden, geschichtlichen Vortrag zu halten. Aber das Wort des Kaisers wird überhört durch das Gelächter, das der selbstsame Lat eines Narren folgt. Das Leben ist der phantasiereichste Dichter und der bissigste Satiriker. Während der Fürst zu Königsberg in romantischer Begeisterung singt und sagt, daß vor hundert Jahren sein Volk im Kampf für Ehre und Freiheit die drückende Wehrpflicht freudig auf sich genommen habe, läßt ein Quersulant zu Strahburg, vielleicht mit umdämmerten Gehirnen, ein grelles Witzlicht fallen auf die steif-groteske Gestalt, die das deutsche „Volksheer“ auf dem Wege von Scharnhorst bis Heeringen bekommen hat.

Der Gamaaschendienst hatte den Staat des alten Fritz bei Jena zerrümmert. Der Sieger wurde, wie so oft in der Geschichte, zum Lehrer. Von den Söhnen der französischen Revolution mußte ein Hohenzoller wider Willen lernen, daß das Vaterland nur verteidigt werden kann, wenn die in der Nation ruhenden Kräfte freigemacht werden. Aber diese königliche Erkenntnis blühte nur kurz, wie eine Frühlingshblume. Und heute, bei der historischen Jubelfeier, wird die peinliche Entdeckung gemacht, daß die preussische Armee wieder an den

gleichen Alters- und Krankheitserscheinungen leidet, wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Minder Gehorsam, gezüchtet durch eisernen Drill, — ein peinlich ins einzelne geregelter Dienst, erstarrt in Formen und Formeln, mangelnde Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der Führer und Soldaten. Ein Statthalter, ein Gouverneur, Generale, Oberste verlieren die ihnen sonst geläufigen Begriffe von Raum und Zeit und glauben, der oberste Kriegsherr könne gleichzeitig im Norden und Süden weilen. Stunden vergehen, bis endlich ein Mann auf die erlösende Idee kommt, einfach bürgerlich das Telefon zu benutzen und in Berlin anzurufen, wo sich der Herrscher aufhalte.

Der Gedanke, einen kaiserlichen Befehl auf seine Richtigkeit und Ausführbarkeit nachzuprüfen, ist dem militärischen Empfinden von heute etwas Ungeheuerliches. Das Heer ist kein Organismus, sondern ein Mechanismus. Und wenn der Zahlmeister-Aspirant Walter vielleicht etwas weiter nach Westen gegangen wäre und der Garnison von Wülhausen oder Mey befohlen hätte, in Frankreich einzurücken, sie hätten ohne Zweifel gehorcht, — der Geist des Generals Fock, der auf eigene Verantwortung zu denken und zu handeln wagte, ist mit Erfolg aus dem Offizierskorps ausgekriecht worden. Der Weg zur Rettung aus dieser ständigen Gefahr ist klar vorgezeichnet. In dem Heer spiegeln sich die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Zustände des Landes; — nur die Entfesselung der in den Massen lebenden Kräfte kann helfen, — heute wie vor hundert Jahren, — Demokratisierung von Reich und Armee.

Der alarmierende Walter wollte durch seinen Streich beweisen, daß er bei gutem Verstande sei. Dieser Beweis ist ihm wohl nicht gelungen. Aber er hat bewiesen, daß in der Organisation des Heeres der richtige Geist und Verstand fehlt, — und für diesen Nachweis schuldet ihm das Volk und Reich Dank.

Der Kampf um die Dardanellen.

Auf der Halbinsel Gallipoli hat am Mittwoch ein Kampf zwischen Türken und Bulgaren stattgefunden, in dem die Bulgaren siegreich waren. Die Nachricht ist von großer Bedeutung. Sie beweist, daß die Bulgaren große Anstrengungen machen, um die türkische Armee der Halbinsel, die auf 80 000 Mann geschätzt wird, zu überwinden. Gelingt dies, so würde die europäische Küste der Dardanellen von den Bulgaren beherrscht und der griechischen Flotte die Möglichkeit der Einfahrt in das Marmarameer offen stehen. Dann könnte Konstantinopel sowohl von der Landseite als von der Seeseite her unmittelbar bedroht werden.

Ein siegreiches Fortschreiten der Bulgaren hätte also nicht nur entscheidende strategische Bedeutung, es wäre auch für die weitere Entwicklung der internationalen Politik außerordentlich bedeutungsvoll. Würde doch dadurch die Frage nach dem Schicksal Konstantinopels gestellt werden, deren Lösung die schwersten internationalen Gegensätze wecken könnte. Ein offizielles Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ deutet auch schon in nicht gerade beruhigender Weise bereits die Möglichkeiten von Sonderaktionen einzelner Mächte an.

Als wir am Tage von Niamils Sturz den Abschluß des Friedens auf Grund der Uebergabe Adrianopels als eine Bedingung für die Sicherung des europäischen Friedens und für die Rettung der Türkei bezeichneten, wurden wir deshalb vom „Berliner Tageblatt“ angefallen. Heute ist ein Zweifel wohl nicht mehr möglich, daß der Friedensschluß damals im Interesse der Türkei nicht minder wie in dem der europäischen Sicherheit gelegen hätte. Und selbst Herr Theodor Wolff könnte erkennen, daß die Politik, die er so begeistert befürwortet hat, töricht und verderblich gewesen ist.

Sieg der Bulgaren auf Gallipoli

Sofia, 6. Februar. (Meldung der Agence Bulgare.) Die türkische Armee vor Gallipoli ist gestern von bulgarischen Truppen südlich vom Fluße Kawak geschlagen worden und hat sich, von den Bulgaren verfolgt, in großer Unordnung auf Bulair zurückgezogen. Durch diesen Erfolg ist fast die ganze Küste des Marmarameeres bis Bulair in den Händen der bulgarischen Truppen.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 6. Februar. Amtlich wird über die Kämpfe vom 4. Februar gemeldet: Der Feind, der mit einem Teil seiner Streitkräfte im Gelände von Gallipoli steht, hat mehrere Regimenter von Kadiföi gegen Kawak, wo eine türkische Abteilung stand, vorgeschoben. Es kam zu einem Kampf, der bis zum Abend dauerte und zu unseren Gunsten geendet hat. Mit dem Einbruch der Nacht zogen sich unsere Truppen gemäß den bereits vorher gegebenen Befehlen auf Bulair zurück, zum großen Teil, ohne daß sie der Feind verfolgen konnte. Eine andere feindliche Ab-

teilung rückte gegen Nyrionhito am Marmarameere vor und besetzte den Ort, der nur von einigen Gendarmen besetzt war. Die Korvette Zaha flogte den in der Richtung auf Scharfoi vorrückenden feindlichen Streitkräften ernste Verluste zu. Der Feind konnte über Kamilo hinaus nicht vorrücken. (Diese Meldung bestätigt im wesentlichen den bulgarischen Bericht.)

Vor Tschataldscha.

Konstantinopel, 5. Februar, abends. Bulgarische Truppenabteilungen steckten die Ortschaft Tzed-dinköi sowie einige andere in ihrer Gewalt befindliche Dörfer an der Tschataldschalinie in Brand und zogen dann von der Tschataldschalinie wieder ab. Auf Rekognoszierung ausgesandte türkische Abteilungen fanden vom Feinde keine Spur. Rekognoszierungen türkischer Abteilungen bei Gallipoli stellten die Anwesenheit feindlicher Streitkräfte in ziemlich bedeutender Stärke im Gelände von Gallipoli fest.

Die Lage der Türkei.

London, 6. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Daily Telegraph“ bringt heute einen langen unzensurierten Bericht aus Konstantinopel über Konstanza seines Korrespondenten, Herrn Bartlett, der als guter Kenner der Türkei bekannt ist. Er telegraphiert, daß sich die Masse des türkischen Volkes absolut gleichgültig verhalte und nur noch mit dem Problem beschäftigt ist, wie sie ihr Leben fristen soll. In Konstantinopel und Kleinasien herrsche das äußerste Elend; die Massen seien am Rande des Verhungerns. Das Chaos, das in der Regierung herrsche, vermehre sich von Tag zu Tag. Man sei der Ansicht, daß die Jungtürken einen unverzeihlichen Fehler begangen hätten, indem sie die Regierung stürzten, ehe Niamil Bascha die Antwort an die Mächte abgeschickt hatte. Der Butsch sei ursprünglich für einen Zeitpunkt nach der endgültigen Uebergabe Adrianopels geplant gewesen. Aber absichtlich oder aus Irrtum habe der bestohene Beamte des Großwesirs die Mitteilung zu früh gemacht. Jeder suche jetzt nach der Formel, nach der Adrianopel aufgegeben und der glorreiche 23. Januar gerechtfertigt werden könne. Die Türkei treibe schnell dem Ruin und Bankrott zu. In der Staatskasse befinde sich kein Silber und das Ministerium zerbreche sich den Kopf darüber, wie Geld aufzubringen sei. Jede Stunde komme man mit neuen Plänen. In der Versammlung, die am Sonntag in Konstantinopel gegen die Fortsetzung des Krieges protestierte, und von Ärzten, Soldaten und anderen Beamten besucht war, habe man die Jungtürken Diebe, Mörder und Idioten genannt. Selbst Mahmud Schewket, der auf dem Balkon erscheinen mußte, sei mit Schimpfworten empfangen worden. Vom

militärischen wie wirtschaftlichen Standpunkt sei die Lage der Türkei hoffnungslos.

Die Haltung der Mächte.

Köln, 6. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht folgendes offiziöse Telegramm aus Berlin:

Die falschen Gerüchte über ein unmittelbares Eingreifen der Mächte sind für heute verstummt. Falsch wäre aber auch die Annahme, daß die europäischen Kabinette angefaßt der Lage im Orient die Hände in den Schoß legen. Sollten die militärischen Operationen bedrohlich bis in die Nähe der Meerengen oder Konstantinopels ausgedehnt werden, so wäre vielleicht mit der Möglichkeit zu rechnen, daß nicht alle Mächte lediglich un-tätige Zuschauer bleiben würden.

Die rumänische Exzesspolitik.

Bukarest, 6. Februar. In der gestrigen Sitzung der Kammer stellte Niculescu (L) an den Minister des Aeußern die Anfrage, ob die Behauptung der Blätter, daß Rumänien auf seine Ansprüche auf Silistria verzichte, den Tatsachen entspreche. Der Ministerpräsident erwiderte: Wir haben auf Silistria nicht verzichtet. Von einem Verzicht war keine Rede. Niemand ist er-mächtigt worden, auf Silistria zu verzichten. (Langanhaltender Beifall.)

Sodann fragte Arion, der Präsident der Kulturliga, ob die Regierung nicht beabsichtige, Aufklärungen über die Lage des Landes zu erteilen. In seiner Antwort erklärte der Ministerpräsident, er erkenne die Berechtigung der großen Aufregung der öffentlichen Meinung an und freue sich, daß sie in der Kammer Widerhall finde. Man dürfe aber nicht vergessen, daß die Regierung von demselben Patriotismus befehle sei, aber auch die ganze Verantwortung zu tragen habe. Der Ministerpräsident schloß, indem er die in der vorigen Woche abgegebene Erklärung wiederholte: Die Worte des Königs, daß Rumaniens Stimme Gehör finden werde, werden zur Wahrheit werden. (Langanhaltender Beifall.)

Die türkische Staatsschuld.

London, 6. Februar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die Bolschawiken im Prinzip eine Formel angenommen, durch die die Uebernahme eines Teiles der ottomanischen öffentlichen Schuld durch die Verbündeten sowie deren Verbindlichkeiten gegenüber den Orientbahnen geregelt werden. Eine Mitteilung hierüber ist an die Regierungen der Verbündeten ge-gangen.

Die Kriegsgrenze.

London, 6. Februar. Unterhaus. Walter Guinness richtete heute von neuem eine Anfrage über die angeblichen Ausschrei-tungen in Mazedonien an Staatssekretär Grey. Dieser wiederholte seine Weigerung, Berichte darüber zu veröffentlichen, und sagte: Ich bemühe mich, soweit es in unserer Macht steht, zur Herbeiführung des Friedens und eines guten Verhältnisses für die Zukunft beizutragen. Was Mazedonien anbetrifft, so hat man von dort in den letzten Jahren bis zum gegenwärtigen Augenblick nur Unangenehmes gehört, und wenn ich in diesem Augenblick Vergangenes aufschreibe, so kann ich nur sagen, daß dies sowohl vom Standpunkt der Mohammedaner wie der Christen das Un-vorteilhafteste wäre.

Blutiges Gold.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Hast ein Jahr ist verfloßen, seitdem in den Gold-minen an der Vena anläßlich eines friedlichen Streiks der Arbeiter 270 Personen getötet und 250 ver-wundet wurden. Die Leichen der Getöteten sind fast schon in den Gräbern vermodert, die Verwundeten fristen irgendwo als Krüppel ein elendes Dasein. Die meisten der übrigen Streikenden, besiegt in dem ungleichen Kampfe gegen die Be-hörden und die Verwaltung, haben schon längst ihre Arbeits-stätte verlassen, und erst jetzt wird diese Angelegenheit, die im verfloßenen Frühjahr die gesamte Kulturwelt in Erregung ver-setzt hat, in dem russischen Ministerrat erörtert. Allerdings ist auch dies, gemessen an der üblichen russischen Praxis, ein Fortschritt. Gewöhnlich wurden die niedergemetelten Arbeiter oder Bauern in der Erde verscharrt, und keine Hand erhob sich, um den Schuldigen das Stigma des Verbrechens auf die Stirne zu prägen. Dieses Mal aber erhob sich die gesamte Arbeiterklasse Russlands, um in gewaltigen Demonstrationen-streiks ihren Protest gegen die Arbeitermorde an der Vena auszudrücken. Allerdings versuchte der Minister des Innern Malatow, sekundiert von seinen Getreuen, in der Duma mit lugnerischen Anklagen gegen die Arbeiter und die sozialdemo-kratrischen „Agitatoren“ hervorzutreten. Aber unter dem Druck der Arbeiterbewegung, die ihren Widerhall in der Duma fand, sah sich die Regierung zum Nachgeben gezwungen, und ent-sandte den Senator Manuchin nach dem Streikgebiet, um die Vorgänge einer gründlichen Revision zu unter-werfen.

Senator Manuchin kehrte bereits im August aus dem Lenarevier zurück, nachdem er an Ort und Stelle die völlige Schuldlosigkeit der Arbeiter, ihre grauenhaften Arbeits- und Lebensbedingungen, das ungeheuerliche Ausbeutungssystem der Goldgesellschaft, und die Schuld der Direktion und der Behörden an der Mordthat festgestellt hatte. Die Angaben des Senators bestätigten vollkommen die Anklagen der sozial-demokratischen Presse und der sozialdemokratischen Duma-abgeordneten, die die mit der mächtigen Kapitalgesellschaft liierten und von ihr abhängigen Regierungsinstanzen als die Hauptschuldigen zur Verantwortung zogen. Sie bestätigten auch, daß der Minister des Innern die Duma in der schamlosesten Weise angelogen hatte, indem er bei der Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation die Schuld an den Vorgängen der Agitation der politischen Verbündeten, unter anderem des sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma Dataschow zuzuschreiben suchte, und die Vorgänge so darstellte, daß die „aufständischen“ Arbeiter sich mit Waffen auf die Truppen gestürzt und sie zum Einschreiten gezwungen hätten. Alle diese Anschuldigungen wurden von dem Senator in das Reich der Phantasie verwiesen. Der sorglich geheim-gehaltenen Revisionsbericht stellte im Gegenteil fest, daß der Zustand ein direktes Ergebnis der ungeheuerlichen Ausbeutung seitens der Goldgesellschaft war, und daß die Arbeiter allen Pro-vokationen der Verwaltung und Behörden eine bewundernswerte Disziplin und Zurückhaltung entgegengekehrt hatten. Diese Feststellungen, eine offenkundige Brandmarke der gesamten Regierung, waren aber der Grund, daß die Revisions-angelegenheit plötzlich ins Stocken geriet. Der Justizminister hieß im September den Prokurator der Gerichtskammer von Schutz nach Petersburg, und auf sein Drängen hin wurde, trotz der beendeten Senatoren-Revision, eine neue Untersuchung

hinsichtlich des „bewaffneten Ueberfalles der Arbeiter auf die Truppen“ eingeleitet! Mit dieser Untersuchung wurde derselbe Staatsanwaltsgehilfe Proobraschensky betraut, der gleich nach den blutigen Vorgängen vom 17. April gefälschte Be-richte nach Petersburg telegraphiert hatte — ein unwider-legbarer Beweis, daß die Regierung, koste es was es wolle, ihre lugnerischen Behauptungen aufrecht zu erhalten suchte! In einem solchen Ausgange waren auch die mächtigen Aktionäre der Lenagoldgesellschaft interessiert, die sich zu einem großen Teil aus den Hof- und Regierungstreifen rekrutieren. Den Bemühungen aller dieser Interessenten des blutigen Lenagoldes ist es zuzuschreiben, daß die bisher geübte Ver-schleppungspolitik noch weiterhin befolgt, und daß die ver-zweifeltsten Anstrengungen gemacht wurden, Anlagematerial gegen die Arbeiter und ihre verhafteten Vertrauensmänner zu beschaffen. Nur der Ergebnislosigkeit dieser Bemühungen ist es zu verdanken, daß der Bericht des Senators Manuchin endlich doch im Ministerrat zur Erörterung gestellt wurde.

Bei dieser Gelegenheit machte der Senator noch einige weitere Feststellungen, die auf die Beziehungen der Regierung zu der Goldgesellschaft gresse Schlaglichter werfen. Schon im Jahre 1911 erteilte der Handelsminister Timaschow dem Bezirksingenieur Zultschinsky den offiziellen Auftrag, die Interessen der Lenagoldgesellschaft zu wahren, die für die ge-mainte russische Industrie eine „ungeheure Bedeutung habe“. Der Minister hob namentlich hervor, daß Zultschinsky die Interessen der Gesellschaft und nicht die der Arbeiter verteidigen müsse, weil an der Spitze der Gesellschaft der persönliche Bekannte des Ministers Manufakturatt Beloserow stehe! Ein anderer Günstling des Handelsministers, der frühere Direktor der Reichsbank Dojanowsky verstärkte noch die Intimität, die sich zwischen der freigebigen Goldgesellschaft und den höchsten Regierungsbeamten herausgebildet hatte. Obgleich er früher als Vertreter des Finanzministeriums in der Direktion der Lenagoldgesellschaft sehr pessimistische Angaben über die Kreditfähigkeit des Unternehmens gegeben hatte, setzte er es, nachdem er in die Direktion der Goldgesellschaft eingetreten war, durch, daß die Lenagoldgesellschaft ein Darlehn von 10 Millionen Rubel aus der Reichsbank erhielt! Diefelbe Intimität herrschte auch zwischen der mächtigen Goldgesell-schaft und den Ministerien der Justiz und des Innern, deren Beamte, namentlich der Richter Chitun und der Gendarmerrittmeister Treshatschenko, als besoldete Agenten der Direktion, die schmählichste Rolle bei den blutigen Vor-gängen vom 17. April gespielt haben. Nach diesen Fest-stellungen ist es kein Wunder, daß die Vertreter der genannten Ressorts sich bei der Erörterung des Revisionsberichts im Ministerrat als die eifrigsten Verteidiger des Lenagoldes erwiesen. Der Handelsminister Timaschow trat wiederum mit dem Hinweis hervor, man müsse der Lenagoldgesellschaft gegenüber die größte Zurückhaltung üben, da sie in der russischen Industrie eine bedeutende Rolle spiele. Der Justiz-minister Szeglowitow, der die größten Anstrengungen zur Verschleppung der Angelegenheit gemacht hat, meinte, die Affäre sei von der Presse und der Opposition aufgebauscht worden. Im Grunde habe man es hier mit einer gewöhnlichen Erscheinung zu tun, die oft zum Blutvergießen führt. Auch die Schuld der einzelnen Beteiligten sei schwer festzustellen. Einen ähn-lichen Standpunkt, wenn auch nicht so prononziert, nahmen der Minister des Innern Malatow und der Landwirtschaftsminister Krivoschein ein, die die Ergebnisse der Senatorenrevision als zu „einfettig“ und „unvollständig“ er-klärten.

Ein abschließendes Urteil ist bei der ersten Erörterung im Ministerrat noch nicht gefällt worden. Die allgemeine Stimmung jedoch, so weit sie nicht schon durch die angeführten Aeußerungen der Minister gekennzeichnet wird, geht dahin, daß eine zweite Revision nicht angängig sein würde, und daß aus dem vorliegenden Material gewisse Schlüsse gezogen werden müßten. Allem Anscheine nach wird der Gendarmerrittmeister Treshatschenko, der den Befehl zum Feuern gegeben hat, als Sündenbock in die Wüste geschickt werden. Sonst wird wohl alles beim Alten bleiben, denn wenn der Ministerrat die richtigen Konsequenzen selbst aus der bürokratischen Revision des Senators Manuchin machen wollte, müßte er beantragen, daß er selbst, seine Untergebenen, die Direktion der Lenagoldgesellschaft und alle sonstigen Interessenten dieser verbrecherischen Sippe unter der Anklage des Amismißbrauchs, der Bestechung, der Verschleuderung von Staats-geldern, der Verletzung der Reichsgesetze und des Mordes an 500 Arbeitern dem Gericht übergeben werden sollen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. Februar 1913.

Fragen des Volkswohls.

Aus dem Reichstag. Die Besprechung über das Aufsichtamt für Privatversicherung hat der Reichstag am Donnerstag verbunden mit der Beratung des Besoldungs-etats für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Der Zentrumsabgeordnete Trimbom wies auf die Mißstimmung unter den Angestellten hin, die schon jetzt über die Versicherung herrscht. Er mahnte zur Geduld: Aller Anfang ist schwer, mit der Zeit werden die Verhältnisse besser werden. Ihm antwortete Genosse Giebel, indem er dem Zentrumsredner vorhielt, daß die bürgerliche Mehrheit die Versicherung der Angestellten so schlecht gestaltet hat, und deshalb die Miß-stimmung unter den Angestellten sehr erklärlich ist. Je mehr die Angestellten die ungenügenden Leistungen der Versicherung aus eigener Erfahrung kennen lernen werden, desto größer wird auch die Unzufriedenheit werden. Daher darf eine gründliche Menderung des Gesetzes nicht zu lange hinausge-schoben werden. Das haben die Sozialdemokraten bereits bei der Beratung des Gesetzes vorausgesagt.

Dann ging unser Redner näher auf die Mängel ein, die sich bis jetzt bei der Durchführung des Gesetzes gezeigt haben. Schon die ersten Vorbereitungen der Durchführung lassen die unbedingt erforderliche Unparteilichkeit des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt vermiffen. Trotz der Proportional-wahl für die Vertrauensmänner sind die großstädtischen Bezirke benachteiligt worden. Ganz besonders wandte sich Ge-nosse Giebel dagegen, daß die Betriebskrankenkassen nicht als Ersatzkassen, sondern als — Lebensversicherungen zugelassen worden sind im Widerspruch zu dem Wortlaut und Sinn des Gesetzes.

Der Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Dr. Caspar, hütete sich, die Vorkommnisse bei der Wahl der Vertrauensmänner auch nur mit einem Worte zu ent-schuldigen. Dagegen bemühte sich der Herr, die Auslegung

des Gesetzes, die das Direktorium sich in bezug auf die Be-triebskrankenkassen erlaubt hat, als gesetzlich zulässig hinzu-stellen. Der Versuch ist aber, wie sich aus der Antwort des Genossen Giebel ergibt, durchaus nicht geglückt. —

Zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Be-kämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich leistet das Reich einen Beitrag von 60 000 Mark. Genosse Büchner begründete unseren Antrag, der eine Reichs-anstalt zur Bekämpfung und Erforschung der Säuglings-sterblichkeit fordert. Unser Redner wies ausführlich nach, wie ungenügend die Leistungen auf diesem Gebiete noch immer sind. Hier handelt es sich aber um eine sehr wichtige Kultur-aufgabe; und ihr müsse das Reich unter allen Umständen ge-recht werden.

Die bürgerlichen Parteien stimmten zwar den Antrag nieder und ein Teil ihrer Redner entrüstete sich sogar darüber, daß Genosse Büchner an die schweren Unterlassungssünden der bürgerlichen Parteien auf diesem Gebiete gebührend er-innert hat. Jedoch sahen sich die Herren veranlaßt zu einem Antrage, der im nächsten Etat größere Mittel zur Be-kämpfung der Säuglingssterblichkeit und zur Förderung des Hebammenwesens fordert. Den Antrag nahm der Reichstag einstimmig an.

Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose sind 100 000 Mark eingestellt. Genosse Kühle brachte die Tatsache zur Sprache, daß es mit der Bekämpfung der Tuberkulose unter den Kindern sehr schlecht bestellt ist. Diese traurige Entwicklung ist eine ernste Mahnung. Sie darf nicht unbeachtet bleiben. — Graf v. Westarp und Erzberger forderten für das Jahr 1914 eine Erhöhung der Ausgabe um 50 000 Mark zur größeren Fürsorge für die Kreise, die keinen Anteil an den Leistungen der Invaliden-versicherung haben. Der Reichstag nahm auch diesen Antrag einstimmig an.

Bei der Beratung des außerordentlichen Stats wurde mit der Erörterung der Wohnungsfrage begonnen. Sie wird morgen fortgesetzt.

Gendarmen und Fürsorgeerziehung.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Donnerstag wurde zum größten Teil ausgefüllt durch eine Debatte über die Gen-darmen. Diese Staatskräfte erfreuen sich der liebevollsten Für-sorge namentlich der konservativen Abgeordneten, die sich ihrer in jedem Jahre warm annehmen. Kein Wunder, steht doch den Gendarmen das Wahlrecht zum Landtage zu, und die Konser-vativen wissen sehr wohl, daß die Gendarmen nicht nur ihre zuver-lässigen Wähler, sondern auch tüchtige Agitatoren sind. Allerdings ist das, was die Konservativen den Gendarmen gewähren wollen, wenn man der Sache auf den Grund geht, herzlich wenig. Ihnen ihre staatsbürgerlichen Rechte zu gewährleisten, fällt den Konser-vativen nicht ein. Das muß wieder einmal der Sozialdemokratie überlassen bleiben, deren Redner, Genosse Vorchardt, vor allem die Abschaffung der unwürdigen Arreststrafe forderte. Auf der anderen Seite schilderte Vorchardt an der Hand eines reichhaltigen Materials, das die Genossen Liebnecht und Hoffmann ergänzten, das Unwesen der Gendarmen, die Drangsalierungen des Publikums, wovon namentlich die Arbeiter ein Lied singen können.

Bei dem Kapitel Fürsorgeerziehung wies Vorchardt Kritik an dem ganzen System, er stellte fest, daß das Fürsorge-erziehungsgesetz sich in der Praxis als wirkungslos erwiesen habe und daß insbesondere eine Abnahme der Kriminalität nicht zu verzeichnen sei. Die Reformbedürftigkeit des Gesetzes erkannte sogar der Minister v. Dallwitz an. Ein Befürworter erstand dem heutigen System in der Person des Abg. Schupp (Fortf. Sp.), dessen Rede der schwarzbauen Mehrheit so gut gefiel, daß sie, um die Wirkung derselben nicht abzuschwächen, schnell die Debatte schloß.

Am Freitag soll die Beratung des Ministeriums des Innern zu Ende geführt werden.

Der Seniorenkongress des Reichstags

Bestimmte am Donnerstag, daß der nächste Schwerinstag am Mitt-woch, den 12. Februar, abgehalten wird. Auf die Tagesordnung dieses Schwerinstages wird der Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahl-rechtes zu den Einzellandtagen gesetzt. Man glaubt, am Freitag die Beratung des Stats des Reichsamtes des Innern zu Ende zu bringen; dann soll die Beratung des Justizstats folgen. Aber der Schwerinstag wird bestimmt am kommenden Mittwoch abgehalten, wie auch im Seniorenkongress von verschiedenen Seiten gewünscht wurde, daß Schwerinstage bis Ostern regelmäßig in jeder Woche stattfinden sollen.

Die Abstimmungen, besonders die namentliche Abstimmung über die zurückgestellten Resolutionen, welche die Erleichterung der Fleisch-einfuhr bezwecken, finden bestimmt am nächsten Dienstag statt.

Weitere Einschränkung des Fleischgenusses.

Unter den erleuchteten Geistern, die die preussischen Ministerfessel zieren, ist unzweifelhaft der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Dieser der genialste Kopf und deshalb auch bei den bekanntlich für hohe Intelligenz schwärmenden Agrarierklassen am meisten beliebt. Für alle Klagen über die Freisteuerung land-wirtschaftlicher Erzeugnisse hat er ein Heilmittel: Einschränkung. Allerdings gilt dies Mittel nur für die Konsumenten; die landwirt-schaftlichen Produzenten haben selbstverständlich, wenn sie über Lohn- und Steuererleichterung, über Ungunst der Zeiten und Erschwerung der Absatzmöglichkeiten klagen, völlig recht. Für sie taugt die Ein-schränkung nicht.

Auch die Rede, die der Herr Landwirtschaftsminister heute zu Beginn der Tagung des königlichen Landesökonomie- kollegiums gehalten hat, war wieder auf diese Melodie gestimmt. Zwar mußte Freiherr v. Schorlemer-Dieser zugeben, daß die Schweinezahl von vorigen Jahre im Vergleich zu der vom Jahre 1911 ein Manco von 1 1/4 Millionen Stück er-gaben hat, daß ist deshalb eine Doffnung der Grenzen nicht er-forderlich. In der Grenzsperr und den hohen Vieh- und Fleisch- preisen muß vielmehr unter allen Umständen festgehalten werden. Können die ärmeren Volksschichten die hohen Fleischpreise nicht be-zahlen — nun, dann müssen sie nach der Logik des Herrn Landwirtschaftsminister ihren Fleischgenuß noch mehr einschränken. Die Regierung kann nichts weiter tun, als daß sie nach und nach — immer sachlich! — die Oeb- und Moorländer urbar macht und dort Bauern ansiedelt.

So meinte der Herr Minister:

„Vor uns liegen weite Oeb- und Moorflächen, wir stehen vor der inneren Kolonisation, vor der Anlegung von Bauern und land-wirtschaftlichen Arbeitern, mit denen wir den Anforderungen, die in Zukunft an die Landwirtschaft herangetragen werden, gerecht zu werden hoffen. Die Staatsregierung allein kann auch unter Be-willigung großer Geldmittel diese Aufgaben nicht lösen, dazu ist die freiwillige und eifrige Mitarbeit aller in Betracht kommenden Interessenten unbedingt erforderlich. Ich zweifle nicht, daß ich diese Mitarbeit bei Ihnen finden werde. Ich warne dabei vor einem gewissen Pessimismus, der auch in Reden und in der Presse in den letzten Monaten hervorgetreten ist.“

Ich warne vor der Befürchtung, als wenn Reichs- und Staatsregierung abweichend könnten oder abgesehen wären von den Bahnen unserer beherrschten Wirtschaftspolitik. Es ist mir bekannt, daß die Mehrzahl von Ihnen nicht einverstanden gewesen ist mit den Maßnahmen, die im Herbst zur Beseitigung eines hoffentlich vorübergehenden Notstandes in der Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Fleisch getroffen wurden. Man mag über diese Maßnahmen denken, wie man will, aber man wird zugeben müssen, daß sie nicht ohne Wirkung geblieben sind. Sie haben zweifellos den Erfolg gehabt, daß ein weiteres Ansteigen der Fleischpreise nicht stattgefunden hat, und sie haben ferner durch die Vergünstigungen, die den Städten eingeräumt wurden, es diesen ermöglicht, die ärmere Bevölkerung mit Fleisch zu versorgen. Und sie haben schließlich den Erfolg gehabt, daß eine Verübung der öffentlichen Meinung eingetreten ist und daß das Ungerechtigkeitsgefühl, aber heftiger wirkende Gesetze über Fleischsteuerung und Unterernährung des Volkes mehr oder weniger geschwunden ist. Dieser Erfolg ist um so höher einzuschätzen, weil es dadurch möglich war, mit größerer Energie, als es sonst hätte der Fall sein können, all den Bestrebungen entgegenzutreten, die auf eine Durchbrechung unserer Fleischbeschaubestimmungen und vor allem auf eine Beseitigung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes gerichtet waren."

Und zum Schluß erklärte Freiherr v. Schorlemer-Lieser: „So lange ich an dieser Stelle stehe, wird von Seiten der preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung treu und entschlossen festgehalten werden an dem Schutze der heimischen Landwirtschaft und an unserer bewährten Zoll- und Wirtschaftspolitik.“

Es bleibt also, wie es ist. Höher als die Volksernährung steht die weitere Steigerung des Profits der Großgrundbesitzer!

Sozialdemokratischer Boykott und militärischer Boykott.

An den zwar gegen die moderne Rechtsauffassung verstoßenden, aber für den sonderbaren preussischen Rechtsstaat durchaus zutreffenden weiten Anspruch des ehemaligen Justizministers v. Schönstedt: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe!“ wird man wieder durch eine offenbar amtlich inspirierte Notiz der „Berliner Politischen Nachrichten“ erinnert. Bei der Beratung des Etats des Innern im preussischen Abgeordnetenhaus hat einer der sozialdemokratischen Redner den Klagen über angeblichen sozialdemokratischen Boykott den Militärboykott gegenübergestellt. Das Organ des Herrn Schweinburg unterzieht sich nun der Aufgabe, nachzuweisen, daß der Militärboykott gar kein Boykott sei.

Der sozialdemokratische Boykott hat den Zweck, die betreffenden Geschäftswerte und sonstigen Geschäftskreise durch Schädigung in ihrem Erwerb zur politischen Unterstüßung der Sozialdemokratie, insbesondere bei den Wahlen, zu zwingen. Der Zweck des Verbots der Militärbehörde dagegen ist, die Soldaten vor der Anstetzung mit sozialdemokratischen Tendenzen zu bewahren; das aber ist die Pflicht der militärischen Vorgesetzten. Sie dürfen im Interesse der Disziplin nicht dulden, daß sozialdemokratische Auffassungen bei den Soldaten Eingang finden. Daß diese Gefahr bei den Besuchen von Wirtschaften, die sozialdemokratisch verfaßt sind, besteht, wird keinem Zweifel unterliegen. Der Versuch, durch das Verbot der Militärbehörde den sozialdemokratischen Terrorismus gegenüber Geschäftswerten und anderen Geschäftsbetrieben zu erschulden, muß daher als ein solcher mit untauglichen Mitteln bezeichnet werden.

Diese Beweisführung ist daneben gelungen. Die Militärbehörde boykottiert sogar Säle in Orten, in denen sich gar keine Garnison befindet. Die Folge dieses Boykotts ist dann, daß in diesem Saal keine Kontrollversammlung mehr abgehalten wird. Hier kann der Boykott doch beim besten Willen nicht damit begründet werden, daß man Soldaten, die gar nicht vorhanden sind, „vor der Anstetzung mit sozialdemokratischen Tendenzen bewahren müsse“. Wo die Sozialdemokratie boykottiert, dort handelt sie in der Notwehr, Sie boykottiert nicht, um irgendwelche Sonderansprüche durchzusetzen, sondern sie verlangt nur, daß sie als gleichberechtigt mit der anderen Partei anerkannt und nicht schlechter behandelt wird als diese. Wähler hat nirgends die sozialdemokratische Partei von einem Saalbesitzer gefordert, daß er den von ihr zu Versammlungszwecken benutzten Saal anderen Parteien verweigern soll. Immer handelte es sich lediglich um die Forderung, daß der von anderen Parteien benutzte Saal auch ihr zur Verwendung überlassen werde. Der militärische Boykott dient dagegen politischen Erpressungszwecken. Durch ihn soll eine bestimmte Partei im Widerspruch gegen das Staatsrecht in ihren Bestrebungen gehemmt und gehindert werden. Es kann daher auch gar nicht zweifelhaft sein, daß der militärische Boykott in rechtlicher und ethischer Beziehung nicht mit dem sozialdemokratischen Gasthausboykott gleich bewertet werden kann. Ist letzterer ein Akt der Notwehr zur Sicherung des verfassungsmäßigen gleichen Rechts, so ist der militärische Boykott eine gefährliche Zwangsmaßregel zur Vernichtung des geltenden Versammlungsrechtes.

Das freisinnig-nationalliberale Wahlbündnis in der Provinz Sachsen.

Von dessen Abschluß durch die Vorstände beider Gruppen wir kürzlich berichteten, hat auf dem Bezirkstage der Fortschrittlichen Volkspartei, der am Sonntag in Weizenfeld stattfand, Bestätigung erhalten. Wie bei den Liberalen üblich ist, wurden die Verhandlungen über die Politik bei der bevorstehenden Landtagswahl unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt, weshalb es auch erst jetzt möglich ist, auf Grund der recht dürftigen und spärlichen Berichte der liberalen Provinzpresse einige Schlüsse auf den Inhalt des Abkommens zu ziehen. In sämtlichen Kreisen des Bezirks Halle (mit Ausnahme des Kreises Sangerhausen, wo die Fortschrittler durch die Wahl eines Konservativen die Reaktion wiederzustärken gedenken) soll je ein Nationalliberaler und ein Freisinniger aufgestellt werden. Bezüglich der Wahlkreise Zeitz-Weizenfeld, wo die Wasser-männer nach Sangerhauser Vorbild gar zu gern mit den Konservativen kompromittieren möchten, einigte man sich nach vieler Mühe dahin, daß das Provinzialabkommen nur unter der Bedingung Geltung erlangen soll, daß jede Partei einen Kandidaten stellt. Jedenfalls will man dadurch den bei der Reichstagswahl gegen einen Sozialdemokraten durchgefallenen Rektor Sommer eine Anerkennung in Form eines Landtagsmandates verschaffen.

Daß der Schocher nicht so leicht von staten geht, geht daraus hervor, daß die Fortschrittler des Wahlkreises Merseburg-Duerfurt erst gezwungen werden mußten, von dem Beschluß der Nichtbeteiligung an der Wahl zurückzutreten und „Schulter an Schulter“ mit den Nationalliberalen gegen das Junkertum zu kämpfen. Man wollte in diesem Wahlkreise die Mandate kamplos den Junkern überlassen aus Dankbarkeit dafür, daß die Konservativen bei der Reichstagswahl dem Fortschrittlerbauern Koch zum Siege über den Sozialdemokraten verholfen.

In den offiziellen Berichten über den Bezirkstag heißt es, daß sich für die Liberalen im Bezirk eine Anzahl Mandate gewinnen ließen, wenn die beiden liberalen Parteien ehrliche Waffenbrüderlichkeit hielten. Ein Bündnis mit der Sozialdemokratie erachtete man einstimmig für gänzlich ausgeschlossen. Nur die Sozialdemokratie hätte allen Anlaß für die Liberalen ohne jede Einschränkung einzutreten, denn — so heißt

es in dem Bericht — „auch die Nationalliberalen wollen eine Verbesserung des Landtagswahlrechts, nämlich die geheime und direkte Wahl“. Dieser Geniestreich der „Entschleierten“ wird um so pikanter, wenn man weiß, daß die Konservativen haben jetzt außer in Halle (sämtliche Kreise im Besitz) die „Weinigen“ auch nicht ein einziges Mandat aus eigener Kraft zu erobern vermögen, vielmehr auf Erfolg nur rechnen können, wenn sie die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen anerkennen.

Aus Sachsen-Weimar.

Die Landboten des Großherzogtums Sachsen-Weimar haben sich wiederum „im Interesse des Volkes“ versammelt. Eröffnet wurde der Landtag durch eine sogenannte „alterthümliche Propostionschrift“. Während die bürgerlichen Abgeordneten (stehend die altständischen zeremoniellen Ausführungen bei der Verlesung anhörten, blieben die Sozialdemokraten sitzen. Eine der ersten Vorlagen betrifft die Verwilligung von 100 000 M. als Patengeschenk! des Landtages, da dieser „einem alten Herkommen gemäß“ bei der Krönung des Erbgroßherzogs Patenstelle übernommen hat. Der Betrag soll dem Großherzog zu Wohlfahrts- und gemeinnützigen Zwecken überwiesen werden. Gegen diese Verwilligung wandten sich nur die vier Sozialdemokraten. — Zum erstenmal ist jetzt auch den Sozialdemokraten ein Sitz in dem Finanzausschuß eingeräumt worden. In den Vorberhandlungen über die Verlesung der wichtigeren Ausschüsse wurde von nationalliberaler Seite gefordert, die Sozialdemokraten müßten, um einen Sitz im Finanzausschuß zu erhalten, die Bedingung eingehen, für den Gesamtetat zu stimmen. Dies wurde von unseren Genossen rundweg abgelehnt. Die Wahl unserer Genossen in alle Ausschüsse ist daraufhin bedingungslos erfolgt.

Die Landtagswahlen im Herzogtum Altenburg.

Die am Donnerstag, den 6. Februar, erfolgten Landtagswahlen im Herzogtum Sachsen-Altenburg haben, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, an dem alten Stand der Dinge wenig geändert. In den vier städtischen Wahlkreisen haben die sozialdemokratischen Stimmen sich um rund 800 vermehrt, während die Stimmen der Reichsverbandskandidaten in den dritten Abteilungen sich um 700 verminderten. Gewählt sind bisher die Genossen Böhm, Direktor, Reichs und Wunderlich in den städtischen Wahlkreisen. Die Ergebnisse aus den Landkreisen stehen noch aus, da die Wahl bis abends 7 Uhr andauert; doch wird aus dem sechsten Landkreis gemeldet, daß Genosse Paulian als gewählt gelten könne.

Zur Landtagswahl in Preußen.

Der „Post“ wird gemeldet: Mit der Anberaumung des Wahltermins für die preussischen Landtagswahlen wird sich das Staatsministerium in den nächsten Tagen beschäftigen. Die Wahltermine werden, wie ursprünglich beabsichtigt, nach Pfingsten festgesetzt werden. Die amtliche Veröffentlichung der endgültigen Termine wird demnächst erfolgen.

Nicht Träumer, sondern Prophet!

Auf unsere anspruchsvolle Notiz „Raumann der Träumer“ antwortet Herr Raumann in einem zwei Spalten langen Artikel. Vor allen Dingen will Herr Raumann kein Träumer sein. Wenn er nach zwanzig Jahren zur alten Wiebe seiner nationalsozialen Ideen zurückgekommen sei, so sei er darum kein Träumer. Im Gegenteil: was man von seinen Ideen einst als Illusion und Traum verspottet habe, sei ein „erstes Problem aller Beteiligten“ geworden. Also nicht Träumer, sondern Prophet. Schade nur, daß dieser Prophet so wenig in dem unbanbaren Vaterlande gilt und daß weder Bourgeoisie noch Proletariat seine Mahnungen beachten.

Aber Herr Raumann ist, wie alle Propheten, geduldig. Noch einmal redet er der Sozialdemokratie und besonders dem auch so eine große Mehrheit für diese Bewilligungen endlich — nationalsozial zu werden. Nur durch „positive Mitarbeit“, d. h. durch Verwilligung der Militär- und Kolonialvorlagen, könne das sozialistische Proletariat Einfluß auf den Staat gewinnen. Einen anderen Weg zur Macht im Staat gebe es nicht. Nur dann könne die Sozialdemokratie, die durch ihren äußeren Druck doch höchstens sozialpolitische Erfolge erreicht habe, auch die Handels-, Verkehrs-, Schul-, Kolonial-, Militär- und Finanzpolitik beeinflussen.

Hat der Mann eine Vorstellung vom politischen Interessenkampf! Die Arbeiterschaft braucht nur Kanonen und Kriegsschiffe mitzubewilligen und flugs fliegen ihr — trotzdem auch so eine große Mehrheit für diese Bewilligungen vorhanden ist — die Weichen der gerührten Bourgeoisie und ihrer Regierung nur so zu. Handelspolitik? Die Junker und Großindustriellen verzichten auf die Brot- und Fleisch- und Eisenölle und lassen sibi argentum Fleisch herein, als die Arbeiter nur mögen! Schulpolitik? Zentrum und Konservative willigen dankbar in Trennung von Schule und Kirche und spenden 100 Millionen Mark mehr für Gehalt der Volksschule. Finanzpolitik? Agrarier und Schlotbarone laufen Arm in Arm mit den militärfremd gewordenen Roten Sturm gegen das indirekte Steuersystem und laufen sich gegenseitig den Rang ab in der Erhöhung der Progression der direkten Steuern!

Soll ein soziales Salaraffia winkt den Proletariern, wenn sie nur erst nationalsozial werden und an Rüstungsbegeisterung die Herren Raumann und Jedli noch überbieten! Oder sollte es doch anders sein? Sollte der Lohn für das „patriotisch“ gewordene Proletariat nur in dem erhebenden Gefühl bestehen, daß sein Mitregieren nur in der militärischen Geldverschleuderung besteht? Möglicherweise, daß zwar nicht die Massen, wohl aber die Führer einige Vorteile hätten. Sie brauchen nicht mehr ins Gefängnis zu wandern, würden auch von der Bourgeoisiepresse gleich den biederen „Christlichen“ hin und wieder gelobt, kriegen hier und da einen geheimräthlichen Händedruck, würden auch von den Monarchen zu einem Bierabend eingeladen und könnten am Ende gar auch gleich den Fischbeck und Rüdgan einen Biermaj vierter Güte an ihren Bratenrod bestellen. Das wäre in der Tat der geeignete Weg, das Proletariat zur „Macht im Staat“ zu führen.

Wir hoffen freilich, Herr Raumann wird nach abermals 20 Jahren noch ebenso über das „langsame Denken“ der Sozialdemokratie und ihres Zentralorgans wehklagen müssen, wie heute. Vielleicht aber hat er bis dahin etwas zugelehrt!

Kapitalistische Wohlfahrts-einrichtungen.

Wir hatten nach unserem Dortmunder Parteiblatte berichtet, daß den in der Kolonie der Seebe Minister „Athenbach“ wohnenden Witwen der bei der Schlagwetterkatastrophe verunglückten Bergleute, soweit sie keine Angehörigen mehr auf der Seebe hätten, der für sie die Wohnung übernehmen, vom Kolonieverwalter eröffnet worden sei, daß sie am 1. Februar die Wohnung räumen müßten. Dazu wird der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ von der Seebe geschrieben:

„Wir nehmen Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß weder vom Kolonieverwalter noch von irgendeinem andern Beamten der Seebe eine derartige Mitteilung an die Witwen gelangt ist. Wenn eine Witwe sich tatsächlich in dem Glauben befunden haben sollte, daß die Anordnung der Wohnungsräumung getroffen worden sei, so scheint hier ein Mißverständnis vorzuliegen.“

Unser Dortmunder Parteiblatte bemerkt zu der Einsetzung, daß sie diese Entschuldigungen nicht gelten lassen könne. „Ob“, so heißt es, „scheint uns das Mißverständnis bei einem Zeichenbeamten — und zwar bei dem Kolonieverwalter — zu liegen. Will man vielleicht den von uns angeführten Fall ableugnen, daß einer Witwe, der vom Kolonieverwalter am 21. Januar eröffnet wurde, daß sie bestimmt am 1. Februar die Wohnung räumen müsse, erst auf Vorstellwerden bei der Betriebsleitung genehmigt wurde, bis zum 1. März in der Wohnung zu bleiben? Will der Kolonieverwalter ferner abstreiten, daß er dem Verwandten einer in Frage kommenden Witwe die Frage vorlegte, ob diese nicht einen Angehörigen habe, der auf „Athenbach“ arbeiten und für sie die Wohnung übernehmen könnte, damit sie nicht ausziehen brauche? Was sollte denn diese Frage bedeuten, wenn nicht tatsächlich eine solche Anordnung gegenüber den Witwen ergangen war. Um Antwort wird gebeten.“

China.

Die Antwort auf die Quertreibereien des internationalen Kapitals.

Peking, 5. Februar. (Mitteilung des Reuterschen Bureaus.) Der Finanzminister hat an die Bankiers der sechs Mächte einen Brief geschickt, in dem er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß weitere Schwierigkeiten entstanden seien, die sie verhindern hätten, ihr Verprechen zu halten, nämlich den Anleihevertrag gestern zu unterzeichnen und sogleich Vorschüsse zu leisten. Der Minister fügt hinzu, daß die Gelder dringender gebraucht würden, und erinnert die Bankiers daran, daß er sich in einem seinerzeitigen Schreiben ausdrücklich die Freiheit vorbehalten habe, mit anderen Parteien zu unterhandeln, solange der Anleihevertrag nicht unterzeichnet sei. Er mache darauf aufmerksam, daß, falls demnächst Teile der Salzsteuer als Sicherheit für eine mit einer anderen Partei abgeschlossene Anleihe gegeben würden, dann der Betrag von 25 Millionen Pfund Sterling, der in dem sechs-Mächtevertrag festgesetzt ist, entsprechend vermindert werden würde im Falle eines zukünftigen Vertrages mit der sechs-Mächtegruppe. Die noch übrig bleibende Salzsteuer werde dann die Sicherheit des später Kommenden sein.

Japan.

Parlamentsberatung und politische Krise.

Tokio, 5. Februar. Die Beratung des Reichstages, welche starke Erregung im Volke hervorrief, wurde vor der Abstimmung über das jetzt abgegebene Mißtrauensvotum angehalten. Fürst Katsura hob die Festigung des Bündnisses mit Großbritannien hervor und erinnerte an die befriedigende Wirksamkeit der Abkommen mit Rußland und Frankreich. Der Führer der Seiyukai (Partei Saionjis) brachte dann das Mißtrauensvotum ein. Er erklärte mit heftigen Worten, daß die Persönlichkeit und die Vergangenheit Katsuras ihn für die Stellung eines konstitutionellen Premierministers untauglich machten. Katsura erwiderte. Der Präsident erteilte dann Schimada das Wort, der sich von den Seiyukai getrennt hatte und zu der neuen Partei Katsuras übergetreten war. Bevor dieser aber die Rednertribüne erreichte, verlas Katsura das Verabredungsbedikt. Die Deputierten zerstreuten sich unter großer Erregung. Die Menge vor dem Parlamentsgebäude brachte Hochs auf die Seiyukai aus, griff die Abgeordneten, die aus dieser Partei ausgetreten waren, an, zog sie aus den Ridschös heraus und versuchte, einige in einen Kanal zu werfen.

Aus Industrie und Handel.

Die Versorgung Deutschlands mit Petroleum.

In der Donnerstagssitzung der Petroleummonopol-Kommission des Reichstages machte der Direktor der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft interessante Ausführungen über die Möglichkeit der Versorgung Deutschlands mit Petroleum. Der Vertreter der „Dea“ führte ungefähr folgendes aus:

Die Versorgungsfrage sei eigentlich eine Preisfrage. Denn das stehe fest, daß der nötige Bedarf an Leuchtöl für Deutschland irgendwoher zu haben sei; es frage sich nur, zu welchen Preisen. Mit einer Leberproduktion an Leuchtöl sei in der Zukunft nicht zu rechnen, weil der Bedarf und damit auch die Preise für Treib- und Heizöl ungeheuer steigen, so daß das Rohöl in immer höherem Grade zu schwer- und leichtflüßigen verarbeitet werden wird. Die Reichsregierung beurteile die Lieferungs-möglichkeit der europäischen Petroleumländer viel zu günstig. Oesterreichs Produktion komme für Deutschland nicht mit 50 000 oder 75 000 Tonnen, sondern höchstens mit 8000 Tonnen in Betracht. Rußland müsse gerade für Deutschland als Petroleumquelle in der Zukunft immer weniger in Betracht kommen, weil dort das Petroleum die fehlende Kohle ersetzen müsse und der Inlandbedarf auch an Leuchtöl wesentlich gestiegen sei. Rumänien könne bei steigender Produktion wohl 150 000 bis 200 000 Tonnen auf den deutschen Markt liefern, aber sicher nur zu erhöhten Preisen. Ausgeschlossen sei, daß die amerikanischen Außenseiter die 400 000 Tonnen Leuchtöl zu annehmbaren Preisen liefern können. So groß sei das Exportbedürfnis dort nicht. Der von der Regierung angenommene Preis von 85 M. pro Tonne frei Hamburg wird für jetzt kaum ausreichen, für die Zukunft sicher nicht. Die Kosten, besonders vom Tank zum Laden des Destillates seien zu gering veranschlagt. Es erscheine ausgeschlossen, daß das Monopol billiger als der amerikanische Trust liefern könne.

Von allen Staaten Mitteleuropas habe Deutschland heute die billigsten Petroleumpreise. Die amerikanischen Außenseiter hätten, wie er erfahren, nur auf zwei Jahre mit festen Preisen abgeschlossen und hätten ausdrücklich betont, daß sie ihre Preise des Leuchtöls nur auf Grund des Rohölpreises stellen könnten. Der Zeitpunkt zur Einführung des Monopols sei außerordentlich ungünstig gewählt mit Rücksicht besonders auf den ungeheuren steigenden Bedarf an Treib- und Heizölen. Die Welt-Angelbildung in Petroleum erfahre durch die Errichtung eines deutschen Monopols zweifellos einen besonderen Anreiz.

Nach dem Vortrag wurden von Reichstagsmitgliedern eine Anzahl Fragen gestellt. Aus den Antworten ergab sich, daß die Standard-Oil-Compagny sehr wahrscheinlich keine Aktien der „Dea“ oder ihrer Tochtergesellschaften besitzt und daß die „Dea“ überall entweder die Mehrheit der Aktien oder die Mehrheit der Stimmen hat. Der Vertreter der „Dea“ führte noch an, daß die Petroleumpreise sehr wahrscheinlich im Vorjahre von der Standard-Oil-Compagny deshalb nicht erhöht wurden, weil das Reichsmonopol in Sicht war.

Ratenkampf.

Der Austritt der Canadian Pacific Railway Co. und der Allan Line aus dem Nordatlantischen Schiffsahrtspool führt nun doch zu einem Ratenkampf in der internationalen Großschiffahrt. Die kanadische Gesellschaft ging mit einer Ermäßigung des Zwischenfahrpreises für die Strecke Trief-Canada und Antwerpen-Canada von 140 auf 120 M. vor. Jetzt haben auch die im Pool vereinigten Dampfschiffahrtsgesellschaften die Raten von Hamburg, Bremen, Rotterdam und Trief nach Canada auf 120 M. ermäßigt. Bereits im Januar ist der bisherige Zwischenfahrpreis von 170 auf 140 M. ermäßigt worden.

Gewerkschaftliches.

Das Glück der Kohlenbarone!

Immer klarer zeigt sich jetzt, welche Dienste die Christen mit ihrer Berratspolitik dem Kohlenkapital geleistet haben. Die Unternehmer schwimmen nun faktisch im Golde; die Arbeiter aber seufzen unter dem Druck einer unerhörten Teuerung. Es besteht ein Wohnungsüberfluß, weil die Proletarier in engen Räumen sich zusammenpressen müssen. Die Eigentumsbesitzer mehren sich und die Sterblichkeit nimmt zu. Das ist das Kulturbild unserer Lage. Daß die Bergarbeiter von der harten Faust der sozialen Not scharf gepackt werden, verdanken sie zu einem guten Teile dem von den christlichen Führern herbeigeführten bekannten Massenstreikbruch. Die Vergleiche forderten 15 Proz. Lohnerhöhung. Die Unternehmer antworteten brüsk ablehnend. Es kam zum Streik und dann zu den widerlichen Kapitalsdiensten der Christen, die das Unternehmertum vor Lust und Freude aufschaukeln ließen. Und was ist nun der Effekt? Die Löhne der Arbeiter sind im Vergleich mit 1907 im Durchschnitt um noch nicht 4 Proz. gestiegen. Es betrug der Lohn pro Mann und Schicht im Oberberg, Amtsbezirk Dortmund:

im dritten Vierteljahre 1907	4,94 M.
1912	5,10

Die Steigerung macht 16 Pfennig oder 3,3 Proz. aus. Wie aber steht es mit den finanziellen Ergebnissen der Unternehmer? Hier ein typisches Beispiel. Der Bruttoüberschuß der Bergwerksgesellschaft Hibernia ergab:

im Jahre 1909	10 410 991 M.
1910	10 701 898
1911	10 878 918
1912	13 580 900

Mit einem gewaltigen Satz sprang der Ueberschuß im letzten Jahre um fast 3 Millionen Mark oder um 25 Proz. hinauf. Im Vergleich mit dem Vorjahre sind allerdings auch die Löhne etwas mehr gestiegen, nachdem sie seit 1907 kräftig heruntergerissen worden waren. Im dritten Vierteljahre 1912 war der Schichtenverdienst im Vergleich mit dem Vorjahre um 28 Pf. — 8 Proz. höher. Aber die Lohnerhöhung bleibt sehr weit hinter der Profitsteigerung zurück. Und für das Unternehmen beginnt jetzt eigentlich erst die goldene Ernte. Mit dem zweiten Viertel des laufenden Jahres werden wiederum erhöhte Kohlenpreise wirksam. Dazu wird nun mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet. Das Rhein-Westf. Kohlen-Syndikat hat sehr umfangreiche Anforderungen zu befriedigen. Jede über die Beteiligung hinausgehende Förderung wird abgenommen. Alle Mitglieder, die sechs Monate lang über die Beteiligung hinauslieferen, erwerben damit auch noch den Anspruch auf Erhöhung ihrer Beteiligung. Das Freudenfest des Kapitals kommt jetzt erst allmählich auf den Höhepunkt. Riesige Gewinne sind ihm sicher, berauschender Dividenden-segen ergießt sich über die Aktionäre. Die Arbeiter aber haben das Nachsehen — dank der schmachtollen Streikbruchsstrategie der christlichen Führer. Sie hat die Bergarbeiter um viele, viele Millionen Mark geschädigt!

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Western wurden die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Freiherrn von Derspeich in der gleichen Weise wie Dienstag fortgesetzt. Diesmal waren Vertreter der Arbeiter aus folgenden Städten erschienen: Pannitz, Bromberg, Thorn, Stettin, Greifswald, Schwerin in Mecklenburg, Stargard, Deutsch, Kattowitz, Königsbrunn, Grotz, Langenöls, Neife, Posen, Braunschweig, Burg bei Magdeburg, Halle, Magdeburg, Köln, Düsseldorf, Varmen, Krefeld, Danzablad, Hocht, Amberg und München. Es drehte sich auch gestern ausschließlich um die Lohnforderungen, welche von den Städtevertretern ausschließlich begründet wurden. Die Verhandlungen in den beiden letzten Tagen nahmen einen recht interessanten Verlauf. Die Auseinandersetzungen wurden trotz der Schärfe, mit welcher sich die Meinungen gegenüberstanden, sehr ruhig und sachlich geführt. Beschlüsse wurden jedoch auch gestern nicht gefaßt. Der Zweck des Besizes der Städtevertreter war hauptsächlich, die Verhandlungskommission und speziell ihren unparteiischen Vorsitzenden zu informieren.

Nachdem nunmehr alle Städtevertreter zum Wort gekommen sind, werden heute wiederum die Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände zusammentreten, um unter der Leitung des Freiherrn von Derspeich die Beratungen fortzusetzen.

Deutsches Reich.

Die zentralen Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe finden am 10. Februar und folgenden Tagen im Dresdener Künstlerhaus statt. Es sind Differenzen für 43 Orte zu sichten. Letztliche Verhandlungen sind in diesen 43 Orten der nun stattfindenden zentralen Verhandlungen bereits bis zum Zusammen-treten des unparteiischen Kollegiums vorausgegangen. Wurde bei diesen örtlichen Verhandlungen keine Einigung erzielt, so fällt jetzt das Kollegium der Unparteiischen einen Schiedsspruch. Innerhalb 14 Tagen haben dann die Parteien, der Unternehmerverband und der Verband der Schneider, als die Unparteiischen Nachrich-tung zu geben, ob sie den gefällten Schiedsspruch annehmen oder ablehnen. Die zentralen Verhandlungen müssen sich also mit jedem der 43 Orte einzeln beschäftigen und die Vertragsbedingungen prüfen. Als Unparteiische fungieren: Magistratsrat von Schulz-Berlin, Dr. Brenner-München, Magistratsyndikus Dr. Hiller-Frankfurt a. Main.

Selbsterkenntnis in einer Zwangsinnung.

Zur Jahresbericht der Zwangsinnung für das Freizeigewerbe in Hamburg klagt der Vorstand über die Verschlechterung der Lebenslage durch die zunehmende Konkurrenz, und er klagt die Innungsmeister dafür selbst an:

Auch hier tragen die Kollegen selbst ein Teil der Schuld mit, indem die Bekämpfung der übermäßigen Vorkurschücherei nicht allenthalben energig genug durchgeführt wird. Auch dadurch, daß sehr viele Kollegen nur immer und immer wieder ganz junge, eben ausgeleitete Gehilfen beschäftigen, werden die älteren dazu gedrängt, sich selbständig zu machen, und die Konkurrenz wird vergrößert. Jede Neuetablierung, welche nicht mit der Zunahme der Bevölkerung gleichen Schritt hält, bedeutet eine empfindliche Schädigung der Lebenslage der älteren Kollegen. Einrichtungslose Kollegen beschäftigen auch deshalb schon seit Jahren nur ältere Gehilfen, auch schon aus dem Grunde, weil dieselben besser und vor allen Dingen selbständiger arbeiten. Die paar Mark höheren Lohnes sollten keine Rolle spielen, wenn man bedenkt, daß die älteren Gehilfen die einzelnen Berufs-zweige besser beherrschen und dadurch für den Meister im Geschäft bedeutend wertvoller sind.

Diese Auffassung vertritt die Gehilfenorganisation schon seit vielen Jahren. Der Standpunkt der Hamburger Innung unter-scheidet sich vorteilhaft von dem, den sonst die Barbier- und Friseurinnungen in der Lohnfrage allgemein vertreten. Zu dieser Erkenntnis der Hamburger Innung haben die Ergebnisse der Berufszählung sicher wesentlich beigetragen, die eine Zunahme

der Zahl der Selbständigen des Gewerbes im Reiche um 56,3 Proz. zeigte, bei einer Bevölkerungszunahme von 19,22 Proz. Eine Folge der zünftlerischen Lohnpolitik, die auf die Beschäftigung möglichst billiger Arbeitskräfte, Lehrlinge und erst ausgeleiteter Gehilfen, hinausläuft, wobei die beschäftigten Gehilfen den Meistern mit über 21 bis 23 Jahren bereits „zu alt“ zu teuer werden. Die schon so früh zu alt gewordenen Gehilfen sind gezwungen, sich „selbständig“ zu machen, so daß die Konkurrenz ins Un-gemeinere vermehrt wird, während schon die bestehenden Betriebe nicht recht existieren können. Die Zahl der Alleinmeister betrug bereits im Jahre 1907 88 vom Hundert. Daß unter diesen Umständen die Klagen über Konkurrenz nicht verstummen, ist leicht begreiflich. Den Barbier- und Friseurinnungen, insbesondere den Zwangsinnungen, die durch terroristische Maßnahmen eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ver-hindern, können die vorstehenden Ausführungen der Hamburger Zwangsinnung zum Nachdenken dringend empfohlen werden.

Neue Anzustreben unter den Hamburger Hochbahnange-stellten erregt das profinatorische Vorgehen der Direktion gegen die Angestellten. Es sind fünf Jahrbeamtete aus unbekanntem Grunde entlassen worden. Auch soll die Mitteilung darüber, daß Streikende Sabotage verübt hätten, von der Direktion in die Presse gegeben worden sein! Eine Versammlung der Streikenden war über dieses Verhalten der Direktion sehr erregt, und es wurde die Frage penaliert, ob von neuem gestreikt werden sollte. Dazu wird es aber wahrscheinlich nicht kommen. In dem Anwurf der durch die Streikenden verübten Sabotage wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß zu jener Zeit, als der Betrieb der Hochbahn durch Zerschlagung der elektrischen Leitung inhibiert wurde, die Streikenden eine Versammlung abhielten, und schon deshalb die Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist, daß einer der Streikenden sich zu solcher Unsinntigkeit hätte verleiten lassen. — Die Polizei hat übrigens eine Verfügung erlassen, wonach jedem Jahrbeamteten, der sich am Streik beteiligt, der Jahrschein entzogen werden soll!

Die Differenzen bei der Firma Bosch in Stuttgart sind beigelegt. Am Mittwoch abend fand eine Betriebsversammlung statt. Ueber die grundlegenden Hauptpunkte ist eine Vereinbarung erzielt worden. Die Sperre ist aufgehoben.

Auch eine Entwicklung.

Der Arbeitslosenstatistik des Reichsarbeitsblattes entnehmen wir untenstehende Zahlen, die schon einen Einblick verschaffen in die Mitgliederbewegung der einzelnen christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912. Von den christlichen Verbänden hatten am 1. Januar Mit-glieder:

	1912	1913
Keram- und Steinarbeiterverband	8 841	7 706
Metallarbeiterverband	48 302	42 283
Textilarbeiterverband	40 889	40 158
Lederarbeiterverband	5 877	5 952
Holzarbeiterverband	16 448	17 459
Tabak- und Zigarrenarbeiter- verband	8 080	7 287
Graphisches Gewerbe	1 787	2 174
Gutenbergbund	3 102	3 296
Staats- und Gemeindearbeiter- verband	15 517	18 740
	141 773	145 075

Demnach haben die neun christlichen Verbände, die dem Reichs-amt des Innern Arbeitslosen- und Mitgliederzahlenmaterial über-mitteln, im Jahre 1912 insgesamt 3202 Mitglieder zugenommen. Mitgliederfortschritte dürften unter den hier nicht aufgeführten christ-lichen Verbänden höchstens noch die Eisenbahnerorganisation (Eiz-Eisfeld), der christliche Maurerverband und die Organisation der christlichen Heimarbeitern aufzuweisen haben. Dagegen sind dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, insolge des schmällichen Arbeiterberrats im Ruhrbecken, viele Tausende Mitglieder verloren gegangen. Die Gesamtbewegung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 ist nicht vorwärts gekommen. Daran ändert der Agitationsbloss des „Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter“ im Saarrevier auch nichts. Hier haben sich im November und Dezember 9-9000 Bergarbeiter durch den Gewerbeverein lapern lassen, als die aber den Betrag erkannten, sind sie der christlichen Organisation wieder laufen gegangen. Da aber bekanntlich der Teufel in der Rot fliegen irrt, so werden die 9-9000 Mitglieder noch im Geschäftsbereich des christlichen Verbandes für das Jahr 1912 mit-gerechnet werden. Sonst sähe es doch gar zu erbärmlich mit dem Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften aus.

Man muß sich fast zu Tode wundern über jene Leute, die immer noch glauben, die christlichen Gewerkschaften seien das „sicherste und beste und erfolgreichste Bollwerk“ gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. In der Zeit, wo die freien Gewerkschaften 6-700 000 Arbeiter aufnahmen, sind die christlichen Gewerkschaften sozusagen stehen geblieben. Trotz aller Hilfe, trotz aller Protektionen! Die deutschen Arbeiter wollen nichts von diesen christlichen Streik-brecherorganisationen wissen. Das ist die Lehre, die sich auch aus obigen Zahlen ergibt.

Ausland.

Ein Tarifvertrag im Kinematographengewerbe der Schweiz.

In Basel ist unter der Mitwirkung des sozialischen Einigungs-amtes und des Arbeitersekretariates zwischen dem Personal und den Leitern von fünf Kinematographenfirimen ein Tarifvertrag ab-geschlossen worden, der über Arbeitszeit und Löhne folgendes be-stimmt: I. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt für Operateure und Musiker im Maximum 7½ Stunden (von 8 bis 11 Uhr nachmittags), an Sonntagen und öffentlichen Ruhe-tagen 8 Stunden (von 8 bis 11 Uhr nachmittags); für Portiers (im äußeren und inneren Dienst) im Maximum 9½ Stunden zwischen 9 Uhr vormittags und 11 Uhr abends. Nicht in diese Arbeitszeit fallen und nicht besonders bezahlt werden die Vor-bereitungsarbeiten der Operateure bis eine Viertelstunde täglich und die Aufstufen bis 2 Stunden wöchentlich. Sonstige über die Maximalarbeitszeit hinausgehende Arbeitszeit wird als Ueber-zeitarbeit mit 25 Proz. Zuschlag vergütet. In der Zeit zwischen 8 und 8 Uhr abends ist jedem Arbeiter eine halbstündige Ruhe- und Schlafzeit zu gewähren, deren Anfang für den einzelnen von der Betriebsleitung festgesetzt wird. II. Arbeitslohn. Der Mindestlohn (Taglohn) für Operateure beträgt anfänglich 6,50 Fr., nach dreimonatlicher Anstellung 7 Fr., für Musiker, auch für solche, die nicht direkt von der Betriebsleitung angestellt werden, von Anfang an 6 Fr., für Portiers beim Eintritt 4,50 Fr., nach vier-wöchiger Beschäftigung 5 Fr. Jugendlichen, weibliches und Hilfs-personal ist den Lohnbestimmungen des Vertrages nicht unter-worfen. Ersatzpersonal darf nicht unter den endgültigen Mindest-löhnen angestellt werden. Die Lohnzahlung hat jede Woche zu erfolgen. Die Festsetzung des Zahlungs wird der Betriebsleitung anheimgestellt. — Ferner werden Ruhetage, Kündigung, Krankheits- und Unfallentschädigung sowie der Arbeitsnachweis geregelt. Es ist ein ganz schätzenswerter Erfolg, den so das Baseler Kinoperfonal erreicht.

Klavierarbeiterstreik in Belgien.

Vom Vorstand des belgischen Holzarbeiterverbandes wird uns mitgeteilt, daß sich die Arbeiter der Firma P. u. A. Weher in Gent, Rue de Belleue, im Streik befinden. Auch in Brüssel ist die Lage aufs höchste gespannt. Es wird deshalb gebeten, den Zugang von Klavierarbeitern aller Branchen von ganz Belgien auf das strengste fernzuhalten. Ins-sondere wird darauf hingewiesen, daß eine belgische Firma ihren deutschen Vertreter nach Berlin gesandt hat, um hier Ar-beitswillige zu suchen. Es darf wohl erwartet werden, daß die Berliner Klavierarbeiter die nötige Aufmerksamkeit aufwenden, um diese Bemühungen zu hintertreiben.

Verfammlungen.

Der Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuh-macher, die am Mittwochabend bei Roeder, Weberstraße, stattfand, lag der Bericht der Verwaltung für das Jahr 1912 gedruckt vor, mündlich erläutert vom Vorsitzenden Hamann und vom Kassierer Bendig. Die Arbeitslosigkeit war wieder groß im vergangenen Jahre, 1023 Mitglieder waren 11 863 Tage arbeitslos. Die Mit-gliederbewegung des Verbandes zeigt am Schlusse des Berichts-jahres einen Bestand von 2577, darunter 164 weibliche Mitglieder. Der Zugang betrug 883, der Abgang 846, somit wurde der Be-stand um 37 Mitglieder erhöht. 11 Mitgliederversammlungen, 10 öffentliche und 16 Branchensammlungen fanden statt, unter den letzteren waren 3 Versammlungen für Taubstumme. Ferner fanden 50 Sitzungen des Vorstandes, der Vertrauensmänner und Kom-missionen statt, dann 155 Konferenzen der Fabrikarbeiter, 16 der Schuhmacher, 149 der Schöharbeiter; mit 14 anderen Sitzungen zusammen 421 Veranstaltungen dieser Art. Die Beteiligung an der Kasse war fast vollzählig; eine Aussperrung folgte, die 578 Personen umfaßte. Bei 11 Firmen fanden Lohnbewegungen ohne Streik statt, in allen Fällen wurden die Lohn-erhöhungen erzielt und mit 2 Firmen Tarifverträge abgeschlossen. Bei 3 Firmen kam es zum Streik, der bei 2 Firmen Erfolge zeitigte, bei der dritten Firma aber abgebrochen werden mußte. An den Streiks waren 178 Personen beteiligt.

Die Bestrebungen, einen paritätischen Arbeitsnachweis für die Schuhindustrie einzurichten, sind bis jetzt gescheitert an dem ab-lehnenden Verhalten des Verbandes Berliner Schuhfabrikanten; aber die Arbeiter sind entschlossen, dieses Ziel fest im Auge zu be-halten, denn die jetzige Arbeitsvermittlung hat zu unerträglichen Zuständen geführt. Die Lösung dieser Frage wird in dem Bericht als die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft bezeichnet. Gegen-wärtig unterhält die Organisation einen Arbeitsnachweis für Schöharbeiter Wilmsstr. 58, den sie zur Vermittlung dringend emp-fiehlt. Im Berichtsjahre ließen sich dort 601 Arbeitslose einzei-chen, während 659 offene Stellen gemeldet waren und 448 besetzt wurden. In dem zweiten Nachweis der Organisation, Kranken-selbst, 10, waren 1965 Arbeitslose eingetragen, während 132 offene Stellen gemeldet und 103 besetzt wurden.

Eine lebhaftere Agitation unter den Heimarbeitern wird emp-fohlen, und es wird begrüßt, daß einzelne Firmen bereit sind, durch Einrichtung von Werkstätten die Heimarbeit einzuführen. — Ueber mangelhafte Durchführung des Tarifs wird vielach geklagt; vor dem Innungsschiedsgericht mußten viele Klagen an-hängig gemacht werden.

Eine Broschüre über eine Studienreise durch Amerika, die der Verbandsvorsitzende machte, soll herausgegeben werden, um nach-zuweisen, daß die amerikanischen Schuhindustriearbeiter nicht leistungsfähiger sind als die deutschen, wie die Fabrikanten gern behaupten. Dagegen seien die maschinellen und anderen Einrich-tungen der Fabriken weit besser, ebenso die Lohn- und Arbeits-verhältnisse sowie die ganze Lage der Arbeiter.

Aus der Bibliothek wurden 1181 Bände geliehen, 284 mehr als im Vorjahre.

Der Kassenbericht zeigt für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe eine Bilanz von 69 313,40 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Arbeitslosenunterstützung für 11 863 Tage an 1023 Personen 16 428,70 M., Krankenunterstützung für 17 576 Tage an 738 Personen 16 639,75 M., Reiseunterstützung 1075,00 M., Umzugunterstützung 848,30 M., Sterbefallunterstützung 384 M., Wöchnerinnenunterstützung 48 M., Maßregelungsunterstützung 102 M., Kassaunterstützung 50 M., Streikunterstützung 271,15 M., zusammen 35 344,90 M.

Die Lokalkasse zeigt eine Bilanz von 41 843,65 M. Die Aus-sperrung erforderte eine Ausgabe von 2067,75 M. Für Streiks auswärts 300 M., für die Streikenden der Firma Binner als Beisülze zur Rente 1310 M., als Kassaunterstützung 62 M. — Der Bestand der Kasse war am Schlusse des Berichtsjahres 16 479,09 M.

Die Lokale Zuschußkasse hatte eine Einnahme von 2929,35 M. und eine Ausgabe von 2087,97 M. Diese Kasse zahlte an Arbeits-lofenunterstützung 1532,80 M., an Streik- und Maßregelungs-unterstützung 1400,20 M. aus. Sie verfügt noch über einen Bestand von 5690,40 M.

In der Diskussion über die Berichte wurden nur einige An-fragen gestellt, die zufriedenstellende Antwort fanden. Einige Redner traten sehr energig für die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises ein.

In die Ordreverwaltung wurden gewählt: Hamann, Bendig, Valerius und Dalis, als Revisoren: Kraufe, Gräß und Rattig. Ferner wurde eine Beschwerdekommision von 10 Mitgliedern gewählt.

Letzte Nachrichten.

Die Landtagswahlen im Herzogtum Altenburg.

Altenburg, 6. Februar. (B. Z. W.) Nach den bis jetzt dor-tliegenden Meldungen wurden in den dritten Abteilungen durchweg Sozialdemokraten gewählt mit Ausnahme des 7. ländlichen Wahl-bezirks, wo der Kandidat des Bundes der Landwirte siegte. Die Resultate aus dem 3. und 4. (ländlichen) Wahlbezirk sehen noch aus.

Ein Zwischenfall in der belgischen Kammer.

Brüssel, 6. Februar. (B. Z. W.) In der heutigen Kammer-sitzung kam es gelegentlich der Beratung über die Verfassungs-revision zu einem Zwischenfall. Der katholische Abgeordnete aus Flandern, Gielen, rief einem anderen Redner seiner Fraktion, der von dem französischen Wahlssystem sprach, zu: Fran-çais! ist eine moralische Republik (republique pourrie). Der Prä-sident der Kammer und der Ministerpräsident protestierten gegen diese Ausdrucksweise, nachdem sie aus der Mitte des Hauses inter-pelliert worden waren. Der Kammerpräsident erhob sich und rief: „Vive la France!“ In diesen Ruf stimmte die Kammer ein. Der Abgeordnete Gielen schränkte nachher seinen Ausdruck dahin ein, daß er ihn nur in Bezug auf das französische Wahlrecht gebraucht haben will.

Zur Frage der chinesischen Finanzbeiträge.

Paris, 6. Februar. Zu der Frage der chinesischen Anleihe wird offiziell gemeldet, daß bezüglich der Ernennung der drei aus-ländischen Beiräte baldigst eine Verständigung erzielt werden würde. Dieselben dürften voraussichtlich jenen Mäch-ten angehören, welche als die größten Gläubiger angesehen werden. Eine der Beiratsstellen dürfte Frankreich und Rußland gemeinsam zuerkannt werden.

Französischer Erfolg in Marokko.

Paris, 6. Februar. (B. Z. W.) Nach einem Funkentelegramm aus Rabat hat der Raib Glullli, einer der eifrigen An-hänger El Hibas, sich dem General d'Esperey in Dar el Kadi be-dingungslos ergeben. Der Raib Anflus hat sich in die Gegend von Tarudant geflüchtet.

Attentat auf den Präsidenten von San Salvador.

New York, 6. Februar. (B. Z.) Nach einer hier eingetroffenen Depesche ist der Präsident der Republik San Salvador gestern abend von mehreren Neuchelmördern überfallen und schwer ver-letzt worden.

Reichstag.

105. Sitzung. Donnerstag, den 6. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Zunächst wird gemäß einem Antrage der Geschäftsordnungs-Kommission die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Kretsch als Zeuge in einer Privatklage und zur Strafverfolgung des Abg. Wendel verfasst.

Darauf wird die zweite Beratung des

Etat des Reichsamts des Innern

beim Kapitel

Aufsichtsamt für Privatversicherung

fortgesetzt. Damit wird verbunden der Besoldungs-etat für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Abg. Giesberts (Z.) verlangt gesetzliche Maßnahmen gegen die Abonnementversicherung. Heute ist für die Versicherten einer solchen Abonnementversicherung gar keine Garantie vorhanden, daß sie z. B. in den Besitz des Sterbegeldes kommen. Ich kritisiere diese Versicherung, trotzdem auch Zentrumsblätter bedauerlicherweise sie als Reklame benutzen. Auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb muß gegen diese Versicherung vorgegangen werden.

Abg. Taubadel (Soz.):

Wenn man den Abg. Jund gestern hörte, so könnte man meinen, die Zeitungsverleger haben aus reinem Mitleid mit den Zeitungslesern die Abonnementversicherung eingeführt. Er wies auf die großen Summen hin, die bei Unfällen an arme Leute ausgezahlt werden. Als aber meine Fraktion bei der Reichsversicherungsordnung den Kreis der gegen Unfall zu Versicherenden erheblich erweitern wollte, stimmte die Partei des Abgeordneten Jund dagegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, die Zeitungsleser erhalten schon durch die Zeitung den Gegenwert für den Abonnementbetrag und haben die Versicherung umsonst. Aber der literarische Wert dieser Zeitungen ist sehr minderwertig, sie würden ohne die Abonnementversicherung am Abonnentenschwund zugrunde gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind grundsätzlich gegen die Verbindung von Vertragsgeschäft und Versicherung, wir stehen noch wie vor auf dem Standpunkt, dem der Staatssekretär Dr. Nieberding einmal Ausdruck gab mit den Worten, ein anständiges literarisches Unternehmen beschäftigt sich nicht mit solchen Dingen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jund (natl.) bemerkt, daß seine Stellungnahme nur sachlichen Erwägungen entspringe.

Abg. Werner-Hersfeld (Antif.) wendet sich gegen die Abonnementversicherung; mindestens müßte jedes derartige Unternehmen der Aufsicht des Reichsamts unterstellt werden. Des Weiteren tadelt er, daß deutsche Versicherungsbehörden amerikanische Schreibmaschinen verwenden.

Abg. Trimborn (Z.) wünscht, daß der Magdeburger Privatbeamtenverein als Ersatzkasse zugelassen werde. Es ist nicht recht verständlich, warum die Entscheidung solange auf sich warten lasse; die Zulassung der Kasse der Firma Krupp ist sehr rasch erfolgt. Das hat um so mehr überrascht, als bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung die Mehrheit der Kommission der Ansicht war, diese Kasse könne nicht zugelassen werden. Das eine Gute hat die Zulassung jedenfalls bewirkt, daß die Statuten der Kasse revidiert wurden, so daß die auscheidenden Arbeiter einen weit höheren Teil ihrer Beiträge zurückerhalten. — Weiter sollte die Regierung auf diejenigen Unternehmer achten, die Werkmeister, Vorarbeiter und andere Arbeiter in gehobenen Stellungen in Affordohn beschäftigen, lediglich, um sie der Versicherung für Privatangestellte zu entziehen. Es ist das eine Umgehung des Gesetzes, die nicht gebilligt werden kann. Redner fährt noch einige Fälle an, in denen die Anwendung des Gesetzes schwierig ist, z. B. bei Klavierlehrern, die in mehreren Familien unterrichten. Aber durch solche Schwierigkeiten soll man sich die Freude über die große soziale Tat, die das Gesetz darstellt, nicht vergällen lassen. (Bravo! im Zentrum.)

Ministerialdirektor Gaspard sagt möglichste Beschleunigung der Prüfung zu, inwieweit Privatklassen als Ersatzklassen zugelassen werden können; die Kasse des Magdeburger Privatbeamtenvereins werde sicherlich wohlwollend geprüft werden. Daß die Krupp'sche Kasse als Ersatzkasse zugelassen ist, ist ein Irrtum; sie hat dies gar nicht beantragt, sondern wollte als Versicherungsunternehmen

zugelassen werden, was nach der Erfüllung der notwendigen Bedingungen auch geschehen ist.

Abg. Giebel (Soz.):

Es wird Aufgabe des Reichstages sein, darauf zu dringen, daß so bald als möglich eine Reform des Angestelltenversicherungs-gesetzes erfolgt. Die Nichtstimmung in den Kreisen der Angestellten über die zu enge Auslegung des Begriffs „Angestellter“ ist sehr groß. — Die Tätigkeit des Direktoriums der Privatversicherung im ersten Jahre seines Bestehens hat durchaus die Befürchtungen bestätigt, die Kräfte der Arbeiterzeitung äußert hat. Die Beamten haben sich durchaus nicht nur darauf beschränkt, Vorarbeiten zu leisten, sondern haben eine ganze Reihe Taten verrichtet, die in den Kreisen der Angestellten große Unzufriedenheit hervorgerufen haben. Ich will nicht erst eingehen auf den sonderbaren sozialen Geist, der sich in der Festlegung der Anstellungsbedingungen für die Angestellten der neuen Versicherungsanstalt ausdrückt, auch nicht darauf, ob es notwendig war, ohne jede Rücksicht auf die weiblichen Versicherten die Frage nach dem Vorhandensein von Kindern so zu formulieren, daß durch ihre Beantwortung für unterheiratete weibliche Versicherten ein sehr heikler, für sie persönlich unangenehmer Zustand geschaffen wurde. Mit etwas mehr Rücksicht auf die dabei in Betracht kommenden sozialen und psychologischen Momente hätte der Zweck, die Feststellung der anspruchsberechtigten Nachkommenschaft, sicher ebenso gut erreicht werden können.

Unerwünscht mit dem Gesetz ist der auf Veranlassung des Direktoriums vom preussischen Handelsministerium herausgegebene Erlaß, der bestimmt, daß bei Anträgen auf Heilverfahren die Angestellten selbst die Hälfte der auf 6 M. festgesetzten Gebühren für die ärztlichen Gutachten zu tragen haben. Abgesehen davon, daß im Gesetz sich keinerlei Handhabe für eine solche Forderung bietet, ist sie auch durchaus unsozial. Man will offenbar damit die Angestellten nach Möglichkeit davon abhalten, Anträge auf Heilverfahren zu stellen. In der Jahrzehntelangen Praxis der Invalidenversicherungsanstalt ist man niemals auf die Idee gekommen, eine teilweise Abschließung dieser Gebühren auf die Versicherten vorzunehmen. Hier wird das einfach dekretiert. Im Wahlkampf wurde gerade das Heilverfahren als besonders soziale Errungenschaft hingestellt und hier wird sie nun auf diese Weise verwässert. Mich wundert auch, daß die sonst auf ihre Interessen so bedachte deutsche Ärzteschaft sich gegen diesen Erlaß nicht gewehrt hat, der bestimmt, daß solche Gutachten nur von Kreisärzten abgegeben werden sollen. Bei der Durchführung der ersten Wahl hat die Regierung zwar Angestellte gehört, hat aber dabei eine ganz einseitige Parteilichkeit

zu Gunsten der Siebener-Kommission betrieben. Dieselbe Parteilichkeit hat das Direktorium gezeigt, als es sich darum handelte, über den Inhalt des Gesetzes instruirende Artikel den Verbandsblättern der Angestellten zuzuschicken. Dabei hat man nur die im Hauptauschuß vertretenen Angestelltenorganisationen berücksichtigt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), die der freien Vereinigung angehörigen Organisationen aber zuerst einfach übergangen. In einem Artikel von offizieller Stelle wurde sogar nebenbei noch Wahlagitation zugunsten des Hauptauschusses getrieben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Behörde soll doch über den Parteien stehen. Bei den Wahlen hat man durch die Art, wie das Verhältniswahlsystem durchgeführt worden ist, den wirklichen Willen der Wähler verflächt. Hier müssen in Zukunft Änderungen eintreten, damit der Grundsatz der Verhältniswahl klar zum Ausdruck kommt.

Redner möchte sich den Wunsch aussprechen, daß die Regierung das reichhaltige Material über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Privatangestellten, insbesondere ihre Gehälter, das ihr in den jetzt 1/2 Millionen Aufnahmeanträgen zur Angestelltenversicherung zugegangen ist, sobald wie möglich verarbeiten, und den Privatangestellten zugänglich machen möge.

Dann einige Worte zur Frage der Werkpensionsklassen und ihre Zulassung als Lebensversicherungsunternehmen. Bekanntlich ist die Krupp'sche Pensionskasse als solches Unternehmen zugelassen worden. Diese Auslegung widerspricht aber klar der Absicht des Gesetzes, das nur im Interesse der Angestellten, um sie gegen doppelte Beitragsleistungen zu schützen, die Bestimmungen über die Lebensversicherungsunternehmen getroffen hat. Das soll auch nur dann geschehen, wenn nach dem Geschäftspläne die Interessen der Versicherten hinreichend gewahrt sind. Um so weniger kann die Krupp'sche Kasse als Lebensversicherungsunternehmen anerkannt werden, denn bei ihr sind die Interessen der Versicherten keineswegs gewahrt. So endigt z. B. die Mitgliedschaft, wenn der Angestellte aus der Stellung aus-

tritt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und diese große millionenreiche Firma erstattet den Angestellten in solchen Fällen nicht einmal die Beiträge zurück. (Hört! hört!) Selbst nach 25 Jahren kann ein Mitglied dieser Pensionskasse unter Umständen seine Rechte verlieren. Die außerordentliche Mitgliedschaft, das ist die Mitgliedschaft beim Ausscheiden aus der Firma Krupp, beim Verlassen ihrer Fleischbänke, ist an die Einwilligung der Firma gebunden, ja, sie kann widerrufen werden wegen unwürdigen Verhaltens. Und das soll ein Lebensversicherungsunternehmen sein! Das ist ganz unzulässig. Die Werkpensionsklassen haben nur die Wahl zwischen Ersatz- oder Zuschußkasse. Die Auswahl, die das Direktorium des Aufsichtsamts der Kasse gegeben hat, verstößt gegen Absicht, Sinn und Wortlaut des Gesetzes. Das hier anzuregen war notwendig. Es ist nicht zu dulden, daß das Gesetz entgegen dem Willen der Gesetzgeber zum Schaden der Versicherten ausgelegt wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.): Auch ich bitte, die Entscheidung über die eingegangenen Anträge, als Ersatzklassen zugelassen zu werden, möglichst zu beschleunigen. Wir sind bei Erlaß des Gesetzes wohl etwas voreilig gewesen und haben uns die realistischen Konsequenzen nicht immer klar gemacht. Um so mehr müssen jetzt möglichst schnell klare Rechtsverhältnisse geschaffen werden. — Dann habe ich noch den Wunsch, daß die großen Kapitalisten, die bei der Versicherungsanstalt zusammenströmen, dezentralisierend und zugunsten des Mittelstandes verwaltet werden.

Ministerialdirektor Dr. Gaspard: Der letzte Wunsch des Abg. Westarp wird nach Möglichkeit erfüllt werden. Der Redner bemüht sich dann (im einzelnen auf der Tribüne oft unverständlich), nachzuweisen, daß die Zulassung der Krupp'schen Pensionskasse als Versicherungsunternehmen sowohl dem Gesetze wie auch den Intentionen der Mehrheit der Kommission bei der Beratung des Gesetzes entspricht.

Abg. Jrl (Z.): Das Wahlverfahren der Arbeitgebervertretermänner zur Angestelltenversicherung ist verbesserungsbedürftig.

Abg. Giebel (Soz.):

Die von dem Ministerialdirektor angeführten Äußerungen in der Kommission bezogen sich meines Erinnerns nicht auf Werkpensionsklassen, sondern auf solche, wie der Magdeburger Privatbeamtenverein, dem man die Möglichkeit lassen wollte, als Versicherungsunternehmen weiter zu bestehen. Für Werkpensionsklassen gilt das nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Beim Titel: Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich — 60 000 M. liegt eine Resolution Albrecht u. Gen. (Soz.) vor, die die Gründung einer Reichsanstalt zur Bekämpfung und Erforschung der Säuglingssterblichkeit fordert, und eine Resolution Kumm u. Gen. (wirtsch. Bg.), die im nächsten Etat größere Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit verlangt.

Abg. Wächner (Soz.):

Zur Erklärung des schon seit 1876 zu konstatarenden Geburtenrückgangs werden noch komische Ansichten ausgesprochen, so soll die Frauenbewegung schuld sein, die zunehmende Irreligiosität, die steigende Ausdehnung der Sozialdemokratie. Dabei ist doch gerade die Sozialdemokratie stets für weitgehenden Mutter- und Säuglingschutz eingetreten. Nicht die bewährte Wirtschaftspolitik, sondern die verkehrte Wirtschaftspolitik trägt die Schuld, weil die Mütter an Unterernährung leiden und Hunderttausende von Kindern schon im Mutterleib hungern. Im Oktober 1911 tagte die wissenschaftliche Deputation für deutsches Medizinalwesen, wo von beiderseitiger Seite unnummern eine Aenderung der agrarischen Gesetzgebung zugunsten der gesamten Bevölkerung verlangt wurde. Arbeiterinnenchutz und offene Grenzen wurden als die besten Mittel gegen den Geburtenrückgang dort angegeben. Die Vorträge sind in einer Broschüre zusammengefaßt, die gewissermaßen amtlichen Charakter hat.

Von allen Ärzten wird als bestes Mittel gegen die Säuglingssterblichkeit die natürliche Ernährung empfohlen. Aber die Proletarierfrauen müssen außer dem Hause arbeiten, und ihren Säugling notgedrungen der künstlichen Ernährung überliefern. Daher kommt es, daß die Säuglingssterblichkeit bei uns so außerordentlich groß ist, und zwar in den verschiedensten Teilen des Reiches, in Westpreußen, wo sie auf dem Lande noch größer ist als in der Stadt, in Sachsen, in Bayern; besonders hoch ist sie in Sachsen, wo das fromme Zentrum in der Gemeinde einen so hervorragenden Einfluß hat. Es gibt ja auch einige Ge-

Kleines feuilleton.

Mutterleiden, Schulreform, Volksbildung. Die bürokratische und psychologische Annatur unserer Schule wird immer klarer erkannt und immer stärker empfunden. Es läßt sich gar nicht leugnen, daß die Schulreform in Deutschland eine vorzeitige, mitunter geradezu pädagogisch-revolutionäre Literatur gereizt hat. Wie sehr die Schule dem Leben entfremdet worden ist, beweist am besten der Umstand, daß in allen Schulen eines Landes daselbe Pensum abgefaßt wird. So weit Unterschiede vorhanden sind, richten sie sich nach der Gliederung des Schulsystems, niemals aber nach dem Charakter der Welt, von der die Kinder umgeben sind.

Die einflussreiche Volksschule hat ein anderes „Pensum“ als die mehrklassige; diesen Unterschied erkennt der Bureaucrat an. Doch es aber ein schrecklicher Irrtum ist, den Kindern von Berlin d. denselben Stoff zu bieten wie den Kindern des Nordseeufandes, daß sogar die Kinder der Obsee in einer ganz anderen Welt aufwachsen wie die der Nordsee, sieht er nicht ein. Ob wir uns in den Alpen oder in der Ebene, ob wir uns in Bergwerksbezirken oder in fruchtbaren Bauernländern befinden, ob im Süden oder im Norden, ob an der russischen Grenze oder am Rhein: immer sind es dieselben Unterrichtsstoffe, die wie abstrakte Gespenster durch die Schule spuken. Vor dem Abstrakten haben die Kinder eine Scheu wie vor einem Leuchnam, sagt Rousseau. Unsere Schule aber umgibt sie mit Leichen.

Dieser Annatur steht eine Literatur der Schulreform gegenüber, die zum Teil bedeutend genannt werden muß. Wenn die Ideen dieser Literatur ins Leben hinausgeführt werden könnten, was Preußen-Deutschland selbstverständlich nicht zuläßt, würde viel Kinderleiden verschwinden. Sowohl in der Volksschule wie in der „höheren“ Schule müssen unsere Kinder unter der Berrücktheit des pädagogischen Systems viel und hart leiden. Während sonst die Leiden nach oben hin abzunehmen pflegen, ist das bei den pädagogischen Leiden einmal ausnahmsweise nicht der Fall; die Kinder der höheren Schulen sind einem noch schädlicheren pädagogischen System unterworfen als die Kinder der Volksschule. In diesem Kinderleiden der eigenen Klasse muß darum auch die Wurzel der Literaturliteratur gesucht werden, zu der die bürgerliche Schulreform es gebracht hat. Es geht den bürgerlichen Vätern, wie es dem genialen Dänen Grundwieg ging:

Mit Behmut nur kann ich die Kinder sehen!
Ihr Aug' so hell, wie sonst nichts auf der Erden.
Sie müssen jah' mit in die Schule gehen
Und wie sie wachsen, täglich kleiner werden.

Man versteht also, daß die Schulreform Wandel schaffen will, und ihre wissenschaftlichen Forschungen müssen auch notwendig dem Kinde und der Kultur zugute kommen. Nichtsdestoweniger hat die bürgerliche Schulreform einen sehr unangenehmen Ha-

Sie könnte vielleicht eine Volksschule schaffen, die der heutigen überlegen ist. Sie kann aber nicht durchsetzen, daß diese Schule von gut genährten Kindern besucht wird, die mit tüchtig ausgerichteten Gehirnen in die Schule kommen. Hinter der Schulreform erhebt sich drohend die soziale Frage. Die bürgerliche Schulreform kann eine Kinderschule schaffen, aber die dazu gehörigen gefunden Kinder werden von der bürgerlichen Gesellschaft leider nicht gestellt. Ebenso kann sie die höheren Schulen reformieren, ohne aber doch eine wirkliche Volksschule zu schaffen. Eine wirkliche Volksschule kann überhaupt nicht aus irgendeiner Schule, sondern nur aus dem Volksleben selber hervorgehen.

Wo sollte aber eine Volksschule herkommen können, wenn die bürgerliche Gesellschaft Männer, Weiber und Kinder in die barbarischen Ketten des Erwerbs schmeißt. So sehr wir also die bürgerliche Schulreform anerkennen. So sehr wir ihre Leistungen nach ihrem Wert zu schätzen wissen: eine wirkliche Schule, wie eine wirkliche Volksschule kann erst geschaffen werden, wenn eine neue Gesellschaft die Menschheit aus der Sklaverei des Erwerbs erlöst hat.

Herosen-Asterkultus. Dem „deutschen Volke“ sind allmählich so starke byzantinische Kreisläufe angezuckelt worden, daß sie aus der eigenen gesegneten Weisheit nicht mehr gedeckt werden können. Besonders beliebt ist seit längerem wieder die Napoleon-Schwärmerie. Sehr nett verspottet dieses neueste Nationalkaffee, das bereits abnormen Unflug in der Literatur veranlaßt hat, „Der Baderwurm“. In seiner Jahrgangnummer lesen wir:

Die drei großen Nationalhelden des deutschen Volkes sind: Gustav Adolf von Schweden, William Shakespeare und Napoleon Bonaparte, doch Napoleon ist der größte unter ihnen; aber nur Napoleon, der Hauptmohltäter Deutschlands, hatte bis jetzt bei uns weder eine eigene Gesellschaft noch einen eigenen Kalender. Diesem wahrhaft beschämenden Mangel ist durch die kürzlich gegründete Napoleon-Gesellschaft und den neuen Napoleon-Kalender endlich abgeholfen worden. Es sei uns nun gestattet, zu dem Kalender und seinem Ausbau einige Worte zu sagen, damit auch wir nicht fehlen, wenn es gilt, die Danieschuld unseres Volkes gegen jenen Großen abzutragen.

Wie herrlich ist's, den Helden durch den Tageskalender Schritt für Schritt begleiten zu dürfen! Doch gerade da ist leider noch nicht genug gesehen; und ich vermiss' manches schmerzlich; da heißt es einmal: „Napoleon ging zum Diner“, ja um alles in der Welt, ich will wissen, wie, wo und was er aß und ob es ihm geschmeckt hat! Das ist doch sehr wichtig, ob es einem schmeckt!!! Oder wenn wir in dem Kalender für 1812 unterm 20. Mai lesen: „Napoleon folgt einer Einladung der Kaiserin von Oesterreich zu dem bei ihr stattfindenden großen Diner. Darauf begab er sich in die Oper;“ — darauf, was heißt darauf, das genügt mir durchaus nicht! Es ist eine der großen Ueberrückungen der Weltgeschichte, daß der Kaiser sich plötzlich von der Tafel erhob, bloß

und eilig den Saal verließ und in einem kleinen Raum verschwand, nach kaum zehn Minuten aber zurückkehrte; — wo war der Kaiser während dieser zehn Minuten?! Das will ich wissen! Eine hochbedeutende Aufgabe für die Napoleon-Forschung! Gleichzeitig eine schwere Aufgabe gegen die Zeitgenossen, die versäumten, Antwort zu stehen auf die bange Frage: Wo war „Er“, als er nach dem Essen so plötzlich auf zehn Minuten verschwand? — — —

Humor und Satire.

Disziplin.

Wie Majestät in Königsberg bemerkte
Ist unser Heer das Fundament des Reiches;
Der deutsche Bürger findet etwas gleiches,
Worin ihn Straßburg selbstn Tags bestärkte.

Der Umstand, daß das Telegramm des Jren
Die ganze Garnison in Launel brachte
Und selbst dem Prinzenjüngling Weine machte,
Kann diese Ansicht keineswegs verwirren.

Im Gegenteil — oh! Hier sieht man's grade:
Von wem es kommt, ist vorderhand noch klappe.
Ein Druß genügt — und schon entleitet die Wippe,
Und fragt nicht: gibt es Krieg — gibt's nur Parade?

Wie Majestät in Königsberg ergänzte,
Muß man das Fundament noch stärker machen.
Nun, nun — nach Straßburg brauch's nicht stärker machen —
Wir sah'n doch, wie die Disziplin dort glänzte!
Peter Scher.

Notizen.

— Theaterchronik. Die nächste Premiere der Kammer-spiele des Deutschen Theaters ist die Uraufführung von Karl Sternheims „Bürger Schappel“.

— Kunstabend. Zur Feier des hundertsten Geburtstages Otto Ludwigs veranstaltet das Schiller-Theater im Schiller-Saal, Charlottenburg, am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, ein „Otto Ludwig-Abend“.

— Parfüm in Leipzig. Das Leipziger Stadttheater will am 4. Januar 1914, also sowie alsbald nach Freierwerb von Wagner's Werken, Parfüm auführen. Max Klingner wird die künstlerische Ausgestaltung der Dekorationen übernehmen.

— Ausgrabungen im Trierer Kaiserpalast. Die durch staatliche Beihilfe von 200 000 M. unterstützten Ausgrabungen im Trierer römischen Kaiserpalast haben in der letzten Zeit überraschende Resultate ergeben. An der Südseite des mächtigen Baues wurde ein 68 Meter langer Gang freigelegt, der als Ausgange für die Sklaven dienete. Auch im Innern der Ruinen sind durch Grabungen vollständige Wege und Baureste — bis jetzt ist der vierte Teil freigelegt — zutage gefördert worden.

meinen, in denen die Sozialdemokratie einen Einfluss ausübt, und dort spricht das Ergebnis durchaus zu unseren Gunsten. (Vizepräsident Dobe ruft den Redner zur Sache.)

Wenn Sie dem Bevölkerungszuwachs Einhalt tun wollen, müssen Sie für Mutter- und Säuglingsfürsorge sorgen. Hier sollen einer privaten Anstalt 50 000 M. überwiesen werden. Diese Summe zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit für ein Reich von 65 Millionen ist nur ein Tropfen auf einem heißen Stein. Im vorigen Jahre bereits sprach man davon, die Summe zu verdreifachen oder zu vervierfachen; sie müßte aber mindestens zehnmal so hoch sein. Aber was kümmern sich die Mehrheitsparteien und das Deutsche Reich um die Erfüllung von Kulturaufgaben. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung traten wir für weitgehenden Mutter- und für Schwangerschaftsversicherung ein. Aber dafür ist in Deutschland kein Geld vorhanden. Deutschland steht an erster Stelle in bezug auf die Säuglingssterblichkeit, deshalb liegt die Errichtung einer Anstalt zur Bekämpfung und Erforschung der Säuglingssterblichkeit im Interesse des Reiches. Es ist die Pflicht des Reiches, Vorkehrungen zu treffen, um die jungen Menschenleben und die Mütter zu schützen. Nehmen Sie unseren Antrag an, so beweisen Sie damit, daß die Mehrheitsparteien wohl bereit sind Hunderte von Millionen zu bewilligen, um neue Werkzeuge für den Reichtum zu schaffen, aber nicht Mittel zu bewilligen für Mutter- und Säuglingsfürsorge, für Kulturzwecke, denen nachzukommen Menschenpflicht ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Graef (L.): Die Argumentation des Vorredners erinnert an das Wort: „Die Armut kommt von der Paupertät“. (Heiterkeit.) Daß die Säuglingssterblichkeit mit den traurigen sozialen Verhältnissen zusammenhängt, wissen wir auch, uns aber die Ursachen dieser sozialen Verhältnisse auseinanderzusetzen, ist hier nicht die richtige Gelegenheit. Die Sozialdemokratie stellt besonnlich alle sozialen Maßnahmen in den Dienst ihrer besonderen Zwecke für die Umwandlung der Gesellschaft. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen alle kommunikativen Wege klären (Heiterkeit bei den Soz.) bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit vermeiden. Das Schwergewicht in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit liegt in der Familie, in den Kommunen, sowie in der privaten Fürsorge. Die Übernahme dieser Aufgabe durch den Staat lehnen wir ab. (Bravo! rechts.)

Abg. Heyn (Sp.): In Pommern ist die Säuglingssterblichkeit besonders groß. Die Hauptursache der Säuglingssterblichkeit ist die mangelnde Stillfähigkeit der Mütter. Viele Säuglinge sterben auch an Verdauungsstörungen durch Überernährung infolge des Unverstandes der Mütter, die das Kind zu früh mit Vollmilch und fetten Speisen ernähren. In den besser bemittelten Kreisen fehlt es den Müttern vielfach an dem Willen, ihr Kind selbst zu stillen. Gegen die Gründung einer Reichsanstalt haben wir wesentliche Bedenken. Die Summe im Etat sollte wesentlich erhöht und daraus den Provinzen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Vor allem muß auch das Vormundschaftsweisen gründlich reformiert werden.

Abg. Rumm (Wirtsch. G.): Der erste Redner hat es verstanden, selbst in diese Frage parteipolitische Streitigkeiten hineinzubringen. Ich will ihm auf dies Gebiet nicht folgen. Bei Gründung einer Reichsanstalt würde das August-Biktoriahaus durch Wegfall des Reichszuschusses in schwere Bedrängnis kommen. Deshalb bitte ich unserem Antrage zuzustimmen.

Abg. Schirmer (Z.): Der sozialdemokratische Redner hat versucht, die katholische Bevölkerung des Reiches für die Säuglingssterblichkeit verantwortlich zu machen. Das weise ich zurück. Vielmehr liegt die große Säuglingssterblichkeit in bestimmten Bezirken an der Weisheit des Viehfutters infolge des kalkreichen Bodens. Wir stimmen dem Antrag Rumm zu.

Der Antrag Ullrich (Soz.) wird abgelehnt, der Antrag Rumm angenommen.

Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung des Tuberkulose werden 100 000 M. gefordert.

Abg. Nägele (Soz.):

Auch diese Summe ist viel zu klein. Das Reich hat die Pflicht, reichere Mittel zu vorbeugenden Maßnahmen, insbesondere gegen die kindertuberkulose zur Verfügung zu stellen. Für das höhere Lebensalter ist ein Rückgang der Sterblichkeit an Tuberkulose festzustellen, für die Jugend ist eher eine Zunahme erfolgt, erst in der allerletzten Zeit ist die Sterblichkeit hier stationär geworden. Systematische schulärztliche Untersuchungen haben ergeben, daß die Tuberkulose unter den Schulkindern vielmehr verbreitet ist, als man früher glaubte. Die Bekämpfung dieser Volkskrankheit bei der Jugend hat bisher nichts erlitten. Das hat auch Ministerialdirektor Dr. Richter gelegentlich zugegeben. Westfalen ist die Tuberkulosesterblichkeit in den allerersten Lebensjahren, während sie z. B. in England gesunken ist. Viel mehr könnten die Gemeinden in der Bekämpfung der Tuberkulose tun; ihre Leistungen sind durchaus unzureichend. Daher sollte das Reich durch eine großzügige Organisation den Kampf gegen die Tuberkulose aufnehmen. Sehr verbreitet ist in der Jugend auch die latente Vorform der Tuberkulose, die Ströphulose. Daß über deren Umfang systematische Untersuchungen notwendig sind, sagt auch das Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose. Es liegt heute eine Resolution zu diesem Titel vor, ihn im nächsten Jahr um 50 000 M. zu erhöhen. Das ist sehr bescheiden. Der Reichstag hat am 23. März vorigen Jahres bereits eine Resolution angenommen, die einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Tuberkulose verlangt. Wir können daher wohl erwarten, daß nunmehr bald etwas Ernstliches geschieht, namentlich prophylaktische Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose unter den Jugendlichen; denn auf den Jugendlichen beruht die Zukunft der Nation. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Bekker (L.): Wir haben beantragt, den Titel im nächsten Jahre um 50 000 M. zu erhöhen; diese Summe möchten wir der neuen Sektion überwiesen sehen, die sich im Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose speziell beim Mittelstand, der der Versicherung nicht unterliegt, gebildet hat.

Die Resolution wird angenommen.

Beim Titel „Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt“ beantragt

Abg. Dr. Belzer (Z.), daß die Schaffung eines internationalen Luftschiffahrtrechts am Widerspruch Englands scheitert; um so notwendiger sei die Schaffung eines deutschen Luftschiffahrtrechts, das namentlich auch die Frage der Haftpflicht regeln müsse.

Direktor im Reichsamt des Innern Lehmann teilt das Bedauern des Vorredners, daß eine internationale Regelung nicht zustande gekommen ist. Ob der in Aussicht genommene Gesetzentwurf auch die Frage der Haftpflicht regeln wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Abg. Erzberger (Z.): Nach vor Erlass eines Gesetzes müßte mindestens durch eine Verordnung dem Unfug ein Ende gemacht werden, daß jeder mit ganz beliebigen Motoren ohne jede behördliche Abnahme auf die Menschheit losgelassen werden kann.

Ministerialdirektor Lehmann: Das Reichsamt des Innern hat schon vor zwei Jahren an die Landesregierungen das Ersuchen gerichtet, für Sicherheitsmaßnahmen bei Flugversuchen Vorkehrungen zu treffen. Es bestehen auch eine ganze Reihe von Vorschriften für Flugzeuge und Luftschiffe.

Zum Titel „Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals 7. Rate 50 Millionen“ wird eine Resolution der Budgetkommission angenommen, die sorgfältige Durchsicht der Vorarbeiten bei der Ausschreibung öffentlicher Arbeiten wünscht, damit die Submittenten in der Lage sind, angemessene Gebote abzugeben.

Zum außerordentlichen Etat „Förderung des Kleinwohnens 4 Millionen“ liegt eine Resolution Rumm (Wirtsch. G.) vor, den Betrag für Wohnungsfürsorge im nächsten Jahre um 100 000 M. zu erhöhen.

Die Budgetkommission beantragt in einer Resolution die außerordentliche Summe zur Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen im nächsten Etat umgemessen zu erhöhen, und in einer zweiten Resolution wünscht sie noch im Herbst dieses Jahres einen Gesetzentwurf, durch welchen das Reich in Verbindung mit den Einzelstaaten unter gewissen Bedingungen die Bürgerschaft für zweite Hypotheken der Kleinwohnungsbauten gemeinschaftlicher Baugesellschaften übernimmt.

Abg. Wechre (Soz.):

Die Hoffnung auf die baldige Inangriffnahme einer gründlichen reichsgesetzlichen Regelung des Wohnungswezens ist wieder einmal niedergeschlagen. Schuld daran trägt Preußen. Der Reichstag hat wiederholt einmütig ein Reichswohnungs-aufsichtsamts gefordert. Infolge dessen sind die Regierung schon an einen entgegenkommenderen Standpunkt einzunehmen als früher. Es wurde die Einbringung eines Reichsgesetzes in Aussicht gestellt. Damit erkannte die Regierung die Kompetenz des Reichstages, das Wohnungswezen zu regeln, ausdrücklich an. Ich betone das besonders, da jetzt jedenfalls Herr Delbrück wieder erklären wird, die Regelung des Wohnungswezens sei Landesache. Seine Rückkehr auf den früheren Standpunkt ist offenbar eine ganz freiwillige (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Sie ist das Werk Preußens, das diesmal von dem Partikularismus einiger süddeutschen Staaten unterstützt wurde. Preußen wird von der Furcht geleitet, daß die Wohnungsreform vom Reich viel vorteilhafter betrieben würde, als es mächtigen preussischen Interessenten lieb ist. Die süddeutschen Bundesstaaten, die Preußen dabei geholfen haben, haben der Reaktion einen guten Dienst erwiesen. Es zeigte sich gerade wie bei der Frage der Wahlurnen, daß der Staatssekretär Dr. Delbrück zum Rückzug und zur

Unterwerfung unter Preußen

gezwungen wurde. Das beweist wieder, daß in Wahrheit die Reichsregierung die preussische ist, daß die einzelnen Staatssekretariate immer mehr nur abhängige Dependancen von Preußen werden. Vor hundert Jahren erlangte der Ruf: „Preußen, immer die Preußen“ als Jubelruf. Heute muß derselbe Ruf uns mit Grimm und Born erfüllen, denn immer finden wir Preußen im Kampf gegen die Vorwärtsentwicklung.

Gegen ein solches Preußen muß der Reichstag Front machen. Preußen will nun den Schaden dadurch gut machen, daß es selbst einen Wohnungsgehwentwurf eingebracht hat. Die Drohung des Staatssekretärs, wenn Preußen nicht tue, werde das Reich selbst vorgehen, war offenbar recht harmlos, es war wohl nur die etwas pilante Einleitung der nächsten Mitteilung, daß Preußen auf diesem Gebiet vorgehen werde. Herr Delbrück wußte offenbar, als er die scheinbare Drohung gegen Herrn Dalwig aussprach, bereits, daß das Manuskript des preussischen Entwurfs bereits fertig war. Aber der Reichstag darf sich das Verdienst zusprechen, daß durch sein fortgesetztes Drängen Preußen endlich zu seinem Vorgehen gezwungen worden ist. Freilich bedeutet der preussische Entwurf nicht im geringsten einen Ertrag für das, was auf reichsgesetzlichem Gebiete zu geschehen hat, und darf uns keineswegs veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen. Zunächst wissen wir ja noch gar nicht, ob und wann der Entwurf überhaupt an den Landtag gelangen wird. Er könnte ja auch nur eine vorläufige Irreführung des Reichstags und ein Röder für die bevorstehenden Landtagswahlen sein. Auf jeden Fall gilt das Wort: vestigia terrae (Die Spuren sprechen). Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß dieser Entwurf ebenso im Schuttsack des Handelsministers liegen bleibt wie der von 1904, von dem er im übrigen nur einen verwaschenen Aufwurf bedeutet. Aber auch wenn der Entwurf im Landtag eingeht, haben wir auf sein Schicksal keinen Einfluß. Deshalb dürfen wir nicht ruhen, um so weniger, wenn man sich den Entwurf näher ansieht. Seine erste Hälfte enthält allerdings Erreuliches, wenn die Bestimmungen der beiden ersten Paragraphen Gesetz werden, wird der Kleinwohnungsbau gefördert werden. Was aber das Reich gefordert hat, ist in dem Entwurf überhaupt nicht oder nur in kümmerlichen Ansätzen enthalten. Der Entwurf enthält kein Wort von einem Landeswohnungsamt, kein Wort vom Ausbau des Erbbaurechts. Deshalb muß diese Arbeit uns im Reich vorbehalten bleiben und wir dürfen nicht rasten. Der Entwurf kennt keinen allgemeinen Wohnungsnaheis, er ist jedes Fortschrittes bar. Wohnungsordnungen kennt er nur für Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern, die viel schlechteren Wohnungsverhältnisse in kleineren Städten und auf dem Lande läßt er völlig unberührt. Und die Wohnungsordnungen sind fast ganz dem Welkeben der Polizeibehörden überlassen. Wohnungsämter werden nur gefordert für Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern, und die Befugnisse dieser Wohnungsämter hängen ganz in der Luft, sie erhalten nach dem Entwurf nicht die geringste Macht. Soweit das Reich eingreifen hat, vermag der Entwurf völlig, insbesondere macht er ein Reichswohnungsgezeis nicht überflüssig, im Gegenteil, er schießt geradezu nach einem Reichswohnungsgezeis als seiner notwendigen Ergänzung. Kommt ein solches Amt, so ist jede gründliche auch einzelstaatliche Wohnungsreform gefährdet. Wir brauchen ferner ein großes Kreditinstitut für Schaffung zweiter Hypotheken in irgend einer Form und einen allgemein organisierten Wohnungsnaheis im Interesse der Mieter und der Hausbesitzer. Eine Regelung des Kreditwezens für Kleinwohnungen hat der Staatssekretär in Form eines Reichsfondsvereins angedeutet. Öffentlich wird die Reform nun wenigstens an diesem Zipfel angefangen. Wir Sozialdemokraten werden nicht ruhen und nicht rasten, immer wieder für eine reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswezens zu wirken. Die noch bestehende Wohnungskommission sollte nicht aufgelöst werden, sondern sollte als hoffentlich recht fühlbarer Stachel im Fleische der Reichsregierung bestehen bleiben. Vielleicht gelingt es uns, in diesem engeren Kreise wie bisher in aller Eintracht die Dinge vorwärts zu treiben. Es muß schließlich auch auf diesem dunklen Gebiet des Wohnungswezens bei uns im Reich Licht und hell werden. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Posadowsky: Die Voraussetzung unter der der Herr Staatssekretär auf die Einbringung eines Reichswohnungsgezeises verzichtet hat, hat sich erfüllt. Man wird sich bei dieser Sachlage vorläufig beruhigen müssen. Wir dürften aber auf die Forderung eines Reichswohnungsgezeises zurückkommen, entweder wenn das preussische Wohnungsgezeis nicht eine Gestalt bekommt, die den wirklichen Bedürfnissen unseres Volkes entspricht oder wenn, falls das preussische Gesetz in befriedigender Form verabschiedet werden sollte, dann die anderen Staaten nicht den gleichen Weg wie Preußen gehen. Ich hoffe, daß das politische Schwergewicht des Deutschen Reichstags groß genug sein wird, um die Verbündeten Regierungen zu veranlassen, dann selbst ein genügendes Reichswohnungsgezeis vorzulegen. Aber ganz abgesehen davon, sind auch andere positive Maßnahmen nötig, wie eine Veränderung des Hypothekendarlehenwesens und der Ausbau des Erbbaurechts im H. G. B. Die Grundbesitzpreise haben heute in Deutschland eine Höhe erreicht, die in keinem anderen Kulturlande Europas. Wollen wir das Wohnungswezen fördern, so müssen wir auch denen, die nur ein kleines Sparloosmaterial besitzen, es ermöglichen, sich ein wirkliches Heim zu schaffen. Ein großer Teil der Leiden unseres Volkes geht aus dem Wohnungswezen in den Großstädten hervor. (Beifälliger Beifall.) Wir haben eine Unmenge von sozialen Resolutionen angenommen, vielleicht gar einige, die sich kreuzen. Ich wünschte, wir stellten die Einzelfragen zurück und konzentrierten die ganze Kraft dieser Versammlung auf eine großartige Wohnungsreform. Von solchen positiven Maßnahmen verspreche ich mir eine größere staatsverhaltende Wirkung als von Ausnahmegesetzen, die in diesem Reichstag keine Mehrheit finden und wahrscheinlich auch nicht in einem künftigen Reichstage. (Bravo! links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Graf (Sp.): Daß wir in der wichtigsten Frage des Wohnungswezens so viel als möglich tun müssen, davon sind wir alle überzeugt; um so mehr können wir davon Abstand nehmen,

noch viel darüber zu reden. Schließen wir lieber den Etat des Innern heute ab. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Hierauf wird ein Beratungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung, dann Justizetat.)

Schluß 7/7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

126. Sitzung, Donnerstag, den 6. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Die innere Verwaltung.

Die Beratung wird fortgesetzt bei der Polizeiverwaltung in den Provinzen.

Abg. Mandow (L.) spricht über die Deutenot auf dem Lande, die es verhalte, daß das Personal nicht mit der nötigen Sorgfalt ausgesucht wird. — Der Präsident erklärt, daß das alles nicht zur Sache gehöre. — Dann spricht der Redner über den Telefonkonflikt des Rechtsanwalts Paechter in Berlin und wird wieder zur Sache gemahnt. — Auch auf dem Lande müssen Fremdenbäder eingerichtet werden. In der Steinmeißstraße zu Berlin (Gode) ist ein zwölfstöckiges Mädchen (Gode) versteckt worden. (Auf: Zur Sache. — Heiterkeit.) Wenn ich das nicht vortragen darf, werde ich das Material dem Abgeordneten des betreffenden Wahlkreises und dem Minister unterbreiten. (Heiterer Beifall.)

Abg. Dr. Fiesch (Sp.) spricht über den Mangel an Einfluß der Städteverwaltungen auf die Polizei.

Minister des Innern v. Dallwitz antwortet auf die Beschwerde des Vorredners, daß der Magistrat in Frankfurt a. M., dem die Gaupolizei zusteht, alle Gaupolizeiordnungen dem Polizeipräsidentium vorlegen müsse. Das ist keine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung, denn die Polizei ist eine Funktion des Staates. Uebrigens hat jene Vorkehrung auch den Zweck, die rechtliche Begründung der Verordnungen zu prüfen, damit sie nicht der Aufhebung unterliegen. Das liegt doch auch im Interesse des Publikums. Das will doch auch der Antrag Schäffer!

Abg. Dr. Fiesch (Sp.): Die Rechtslage ist mir bekannt, aber wenn den Gemeinden Polizeifunktionen übertragen werden, muß ihnen dieselbe Freiheit dabei gelassen werden, wie bei ihren richterlichen Funktionen. Der Antrag Schäffer will alles eher als eine Beschränkung der Selbstverwaltung.

Minister v. Dallwitz erwidert u. a., daß die Uebertragung von Polizeifunktionen auf die Gemeinden widerrechtlich durch den Minister erfolge und jederzeit zurückgezogen werden könne.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Polizeisekretäre“ usw. werden die Redner, die zumeist über die Aufstellungsverhältnisse sprechen, vom Vizepräsidenten Dr. Fiesch sehr energisch kontrolliert und wiederholt zur Sache gerufen.

Bei der Gendarmerie wünscht

Abg. Hammer (L.) eine bedeutende Erhöhung der Gendarmerie und trägt Gendarmenwünsche vor, die diese als Militärs nicht in Petitionen niederlegen können. — Mehrere andere Redner bringen ebenfalls Gendarmenwünsche vor.

Abg. Delius (Sp.) trägt, daß bei den Dienstverfassungen der Gendarmen, die 30 bis 35 Jahre Dienstzeit hinter sich haben, eine halbe Stunde Griffe kloppen müssen. Man sollte sie lieber über den Verleher mit dem Publikum belehren und die Arreststrafen aufheben. Im Ausland zieht man die besten Elemente zum Sicherheitsdienst heran, warum nicht auch bei uns?

Ein Regierungskommissar: Die Klagen rühren vom inaktiven Gendarmen her, heute treffen sie nicht mehr zu.

Abg. Borchardt (Soz.):

Wir kommen in anderer Art in Fühlung mit den Gendarmen wie Sie, aber aus Ihren Klagen über die soziale Lage der Gendarmen haben wir gelernt, daß der preussische Staat nicht einmal den Gendarmen, seinen Sähen gegen die rote umstürzlerische Kotte, auskömmlichen Lohn zahlt und diese erwachsenen Männer, diese Kuffachtpersonen, wie Schulbuben behandelt und sie sogar das, was sie nicht recht gemacht, fünfzigmal abschreiben läßt. Wie muß die Autorität der Gendarmen durch alle die hier vorgebrachten Disziplinarmittel gehoben werden, so wenn der Gendarm einmal nicht nach Hause kommt und seine Frau auf die Frage der Kinder nach dem Vater antworten muß: „Der brummt im Arrest!“ (Heiterkeit links.) Trotz jahrelanger Klagen ist das noch nicht aufgehoben, ein Beweis, daß Sie auch in dem Gendarmen einen Proletariat erblicken, dem man alles bieten kann und den man sogar noch mundtot macht, denn er darf sich weder beschweren, noch auch mit einem Abgeordneten in Verbindung setzen, wie uns Herr Hammer erzählt hat, er muß dazu erst

die Hilfe seiner Schwiegermutter

in Anspruch nehmen. (Hört! hört! und Heiterkeit links.) Seit Jahren klagen Sie hier vergeblich über die geringe Dienstaufwandsentschädigung von 192 M. pro Jahr gleich 52 Pf. pro Tag, wovon der Gendarm sich bestreitet, notwendige Dienstaufgaben, Schreibmaterialien usw. befreiten muß.

Uebrigens steigt die Dankbarkeit und Hochachtung der bürgerlichen Parteien für die Gendarmen von Jahr zu Jahr. Sie klagen, daß das Abgeordnetenhaus so kurzweilig wenig Zeit habe, daß wir Sozialdemokraten zu lange reden, indessen verdröben sie die Zeit und einer Ihrer Redner nach dem anderen wiederholt mit liebevoller Breite, was der Vorredner über die braunen Handläufe, die Uniformen der Gendarmen usw. gesagt hat. Es fehlt nur noch, daß wir auch über die Unterhosen und die Rockenden der Gendarmen in der Debatte unterrichtet werden wären. (Heiterkeit.) Diese Reden vom Fenster hinaus vorhin darüber schon verzweifelt. Wir sind mit ihm betrübt und meinen, daß die Zeit des Hauses besser verwendet werden kann. (Abg. v. Pappenheim: Wenn Sie es nur nicht bergessen möchten!) Deshalb sage ich es ja, damit es sich Ihre Freunde zu Herzen nehmen. Manche Abendstimmung könnte dadurch vermieden werden.

Nun wollen wir uns aber auch mal über die

Tätigkeit der Gendarmerie

und darüber, was dieses Institut im Staate schafft, unterhalten. Abg. Mandow hat es besagt, daß auf dem Lande die Bildung von Verbrechen durch die Fußgendarmen so langsam abnimmt werden und es sehr vielfach noch am Telefon. Nun, die Arbeiter-Radfahrervereine würden sich in solchen Fällen gern zur Nachrichtenübermittlung zur Verfügung stellen, aber statt sie zu unterstützen, werden sie von den Gendarmen schikaniert, natürlich auf Verleihen der Landräte und Amtsvorsteher. Nicht weit von Berlin befindet sich eine Volkswirtschaft mit dem patriotischen Namen „Zum alten Bieten“. Eines Tages gab der Gastronome Lokal zu einer sozialdemokratischen Vereinsversammlung her. Darauf erschien der Landgendarm bei ihm und befahl ihm: „Reiß darfst Du Dein Lokal nicht mehr „Zum alten Bieten“ nennen!“ (Hört! hört! links.) Der Wirt ließ sich das nicht vorkreiden, da mußte sich der Gendarm höchst eigenhändig an die Arbeit machen und die In-schrift überpinseln. (Hört! hört! links.) — Abg. Hoffmann: welcher Winkel hat das angeordnet! — Lebhafte Heiterkeit links! Natürlich wurde dem Wirt auf seine Beschwerde bescheinigt, daß er den „Alten Bieten“ wiederherstellen dürfe. Müßte der Gendarm vielleicht auch noch den Winkel und die Farbe von den 52 Pf. täglich bezahlen! Seine Autorität wurde durch dieses Vorgehen gewiß nicht erhöht. In Heinerswalde in Dispreußen kamen in einer Privatwohnung einige Sozialdemokraten zusammen, um etwas zu besprechen. Der englische Hauswirt hatte die Polizei benach-

richtigt und auf Verreiben des Gendarmen ging der Hauswirt und ein Geschäftsbüro als Lokspiegel in die Versammlung, damit man nachher ein Strafverfahren wegen Abhaltung einer nicht-angemeldeten öffentlichen Versammlung einleiten konnte. Dazu ist die Gendarmen doch nicht da. Lokspiegel ist auf alle Fälle außerordentlich verdächtig, ganz besonders aber, wenn sie von staatlichen Organen angeklagt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

(Von dem Abg. v. Pappenheim mit dem Ruf begrüßt: noch einer? — Abg. Hoffmann: Wenn Sie wollen, rede ich auch noch.) In Alttrausdorf bei Marktscheid wohnte seit über einem Jahrzehnt ein Schneider, der sich seit 25 Jahren, seit seinem 12. Jahr, in Deutschland aufhält. Er ist russischer Staatsangehöriger, aber gänzlich unbescholten und alle Behörden stellen ihm das allerbeste Zeugnis aus. Allerdings ist er theoretischer Anarchist, aber der harmloseste Mensch von der Welt. Er hatte mit der Polizei niemals etwas zu tun und lebte mit ihr auf dem allerfreundlichsten Fuße. Als aber im vergangenen Sommer die Kaisermandate in dieser Gegend stattfinden sollten, erschienen plötzlich früh morgens zwei Gendarmen in seiner Wohnung, reißten ihn von seiner Frau weg und verhafteten ihn mit der Order, seine Sachen binnen einer Stunde zusammenzupacken und die Ausweisung abzuwarten. Der Mann wurde per Schub über die russische Grenze gebracht. Die Frau, eine von ihm in Deutschland geheiratete Deutsche, bekam keinerlei Mitteilung über sein weiteres Schicksal. Alle Nachforschungen und Vorstellungen bis zum Regierungspräsidenten hinaus waren vergeblich. Erst einige Zeit später hat der Mann durch ein Telegramm, das aus einem Ort bei Posen aufgegeben war, um 30 M., die er erhielt. Es kam keine weitere Nachricht von ihm, bis der Minister des Innern auf meine Beschwerde mitteilte, daß der Mann

an die russischen Behörden ausgeliefert

worden sei. Die russischen Behörden waren aber anständiger wie die preussischen und ließen den Mann gehen, wohin er wollte. Diese unerhörte Ausweisung ist ein Stück Barbarei, die in einem Kulturstaat nicht vorkommen sollte. Ich möchte den sehen, der sie rechtfertigen wollte. In der Regel wird auch bei den grundlosesten Ausweisungen eine Frist zur Vorbereitung gegeben, die auch Vorstellungen bei den vorgesetzten Behörden ermöglicht. Hier wurde bei Nacht und Nebel die Familie auseinandergerissen und vollkommen gleichgültig von den Behörden ohne jede Nachricht gelassen. Der hat kein Schamgefühl mehr, dem ein solcher Fall nicht die Schamröte ins Gesicht treibt. (Widerpruch des Abg. v. Pappenheim.) Sie freilich lassen ja ganz laut bei den berechtigten Beschwerden, die wir hier vorbringen. Die Regierung hat keinerlei Remedur eintreten lassen, überall wurde geantwortet, daß die Beamten ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hätten und irgend eine besondere Härte nicht anerkannt werden könne. Regierung und höhere Behörden, die sich mit diesem rücksichtslosen, unmenschlichen Verfahren einverstanden erklärt haben, tragen auch die Verantwortung für diese echt preussisch-deutsche Schande. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Pfurtschke reht.)

Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wenn es sich darum handelt, die Verwendung der Gendarmen gegen und zu lenken, sind wir niemals in Verlegenheit um Material. In Pappendorf, Provinz Sachsen, wurde einem Arbeiterräteverein eine Vereinsaktivität ohne Grund verboten und dem Vorsitzenden droht, im Nichtbefolgungsfall die Lustbarkeit durch sieben Gendarmen mit Waffengewalt auseinander zu sprengen. Um nicht die Einwohner durch derartige Ungeheuerlichkeiten aufzuregen zu lassen, mußte der Verein auf sein gutes Recht verzichten. Dafür muß der preussische Bürger die Gendarmen bezahlen! In Magdeburg in Sachsen sieht der Sozialdemokrat kein Lokal zur Verfügung. Als ihr eine Wirtin den Saal hergeben wollte, drohte der Gendarm mit früherer Ansetzung der Polizeistunde und in einem anderen Lokal wurde für den Fall der Herabsetzung zu einer sozialdemokratischen Versammlung die Beschreibung häuslicher Veränderungen angefordert. Es scheint also, daß unser Leben der Polizei wertvoller ist, als das der Angehörigen anderer Parteien! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Merzdorf, Kreis Borsdorf, fand eine öffentliche Versammlung statt. Es war im Sommer und die Fenster des Hauses des Grundbesitzers standen offen. In dem Hause aber befand sich das Gattlein des Besitzers. Der Gendarm machte deshalb Anzeige, daß das Kind die Worte, die draußen gesprochen sind, habe hören können (Heiterkeit und Hört! hört! links), es habe also an einer politischen Versammlung teilgenommen! Herr v. Kardorff, Sie können hier so viele Schachmattreden halten, als Sie wollen, Sie werden der Sozialdemokratie so lange keinen Abbruch tun, als man uns mit solchen unglaublichen Kinderereien zu bekämpfen versucht. (Drabal bei den Sozialdemokraten.)

Beim Titel „Fürsorgeerziehung Minderjähriger“ verlangt

Abg. Schmieding (B.) eine Reform der Fürsorgeerziehungsgesetze.

Minister v. Dallwitz erkennt die Reformbedürftigkeit an. Die Oberpräsidenten sind angewiesen, nach Jahresfrist über ihre Erfahrungen zu berichten und dann werden wir an die Umgestaltung des Fürsorgegesetzes heranzugehen.

Abg. Dr. Schupp (Sp.): Die Fürsorgeerziehung muß schon im vorläufigen Alter einsetzen. Einzelne Städte haben dafür bereits Sanktfliegerinnen angestellt, die mit gutem Erfolg gearbeitet haben. Das Kinderschutzgesetz sollte schärfer gehandhabt werden. Das Kinohörsaal hat sich allmählich zu einer toten Wollschaferei entwickelt. Hier ist ein gesetzgebender Eingriff notwendig. Die Kinobesitzer umgeben vielfach die Zensurverbote, indem sie verbottene Stücke unter anderem Titel wieder aufführen.

Abg. Borchardt (Soz.):

Eine Reihe von Fragen, die ich im Vorjahre gestellt habe, sind noch immer unbeantwortet. Vom Direktor des Martinshauses in Groß-Rosen bei Breslau ist einem Vater der Besuch des Fürsorgezögling unterzogen worden, weil er angeblich andere Zöglinge ausgefragt hat. Womit soll das gerechtfertigt werden? Wertwüßigerweise hat auch der fortschrittliche Abg. Dr. Schupp im Vorjahr das Ausfragen der Zöglinge als gefährlich bezeichnet. Es könnte eine Revolte entstehen, meinte er. Wenn es wahr ist, was uns die Denkschrift der Regierung sagt, daß überall mit Mißbrauch und Liebe ertragen wird, dann können die Zöglinge doch nichts Böses verraten! Aber Dr. Schupp spricht immer nur aus seinen Erfahrungen als Lehrer anomaler Kinder heraus. Dann habe ich keine Auskunft bekommen über den Fall, in dem

Fürsorgezöglinge als Streikbrecher

bei einem Aufstande und Aufseherstreik verwendet wurden. Unbeantwortet blieb auch meine Frage, wie Familien Zöglinge, die sie zur Erziehung bekommen, für 5 und 10 M. monatlich beschützen, belohnen und erziehen sollen. In einem anderen Fall hat man der Großmutter eines Zögling den Besuch verboten und ihr bei einem Verstoß gegen das Verbot mit den Gendarmen gedroht. Das ist auch keine richtige Behandlung. Wie sieht es mit den Schwarzen Listen an den Berliner Gemeindeführern? Heber Schüller, die für die Fürsorgeerziehung fast reif sind, werden von den Lehrern Listen angelegt. Wenn nun ein solcher Schüler die Schule wechselt, so wird er auf Grund dieser Listen als verdächtig gemeldet. Man fragt mit Recht über die geheimen Personalisten für die Beamten. Alle Parteien wollen sie abschaffen. Sind diese Schwarzen Listen etwas anderes als geheime Personalisten? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es tritt zu, was im vorigen Jahre der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau gesagt hat, daß unsere Fürsorgeerziehung

in einer Ausnahmemaßregel für Proletariatskinder geworden ist, denn er konnte keinen Fall, wo Kinder höherer Stände in Fürsorgeerziehung gekommen wären. Tatsächlich sind 98 Proz. aller Fürsorgezöglinge Volksschüler und nur 1/10 Proz. höhere Schüler. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 66,8 Proz. der Fürsorgezöglinge stammen von Eltern, die unter 900 M. Einkommen haben, 30,7 Proz. von Eltern mit einem Einkommen von 900 bis 1500 M. und 6 Proz. von Eltern ohne alles Einkommen. Also 93 Proz. aller Fürsorgezöglinge sind rein proletarischer Abstammung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Aus dem Bericht erfährt man gerade die Hauptsache nicht, nämlich die Praxis der Fürsorgeerziehung. Wie werden die Kinder erzogen? Es wird angegeben, daß 1910 62,2 Proz. als Gefesselter entlassen wurden, aber wer hat das festgestellt und wie? Auf dem Fürsorgetag in Dresden war man außerordentlich mit sich zufrieden und bezeichnete als eine der günstigsten Folgen die Abnahme der Kriminalität der Jugend. In dem Jahresbericht des Hauptvereins der Kinderhorte in Berlin wird aber vom Stadtschulrat Dr. Fischer eine traurige Steigerung der Kriminalität gerade schulpflichtiger Kinder festgestellt. In manchen Anstalten geht es recht sonderbar zu. Die Waisendeputation der Stadt Berlin hat in der jüdischen Fürsorgeanstalt in Plöschensee die traurigsten Zustände vorgefunden. Das Gebäude ist hässlich, der Speiseraum im Keller und zu klein, die Zufahrtstraße unfahrbar und die Stuben im Fall eines Feuers die reinen Menschenfallen. Der Regierung sollen diese Zustände nicht unbekannt sein! Die auf dem Fürsorgetag in Dresden ausgestellten Photographien aus den Anstalten zeigten in einiger Entfernung von den arbeitenden, in ihrer plumpen Tracht Sträflingen gleichenden Zöglingen, nicht Lehrer, die angebildet als die älteren Freunde der Zöglinge wirken, sondern uninformierte Aufseher, die Amtswörter im schmausartigen Gesicht und den Daumen an der Hosennaht, alles wie im Gefängnis. Die körperliche Züchtigung ist zugelassen und wird geübt, wie Pastor Seiffert-Straußberg erklärt, um den Trotz und den Willen des Zögling zu brechen. Auf dem Fürsorgetag in Dresden hat Pastor Knaut den Grundlag ausgestellt, daß der in diesem Alter besonders starke Freiheits- und Selbstbetätigungsdrang nicht unterdrückt werden dürfe, wenn nicht willensschwache oder rezidivierende Menschen erzogen werden sollen.

In einer Beziehung ist ja Preußen viel mehr als Amerika das Land der unbegrenzten Möglichkeiten: In Breslau wurde die Witwe eines aus Oesterreich stammenden Tischlers Schwarzger, die ihre Kinder durch schwere Arbeit ernährte, ausgewiesen, weil eines der Kinder, um die sie sich natürlich nicht so sehr kümmern konnte, die Schule schwänzte und in eine Fürsorgeanstalt gebracht wurde. Sie wollen die Quellen des Übels verstopfen. Aber wenn die Kinder in der Fürsorgeerziehung mißhandelt werden und wenn man auf der anderen Seite eine Frau, die Mutter und Sorge leidet, um ihre Kinder durchzubringen, auf die Straße setzt, weil eines ihrer Kinder der Fürsorgeerziehung überwiesen wird, so werden Sie uns nicht einreden können, daß es Ihnen mit den Zwecken der Fürsorgeerziehung ernst ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar antwortet, daß man in den Berichten nicht die Tätigkeit jeder einzelnen Anstalt beschreiben könne. Die Eltern dürfen ihre Kinder betrogen, sich aber nicht als Aufsichtspersonen geben. Wir haben nichts zu berbergen und laden Abg. Borchardt zum Besuch der staatlichen Anstalten ein. Die körperliche Züchtigung ist durch den Ministerialerlass noch oben beschränkt. Sie ist bei schulentlassenen Zöglingen nur zugelassen, wenn andere Strafmittel sich als unwirksam erweisen. Der Arzt muß bei Schwächlingen und Schonungsbedürftigen Kindern gehört werden, aber bei den anderen kann das nicht immer geschehen, denn es wäre unsinnig, eine Strafe erst einige Tage nach der Tat zu vollziehen. Alles in allem haben wir von der Fürsorgeerziehung hoch erfreuliche Resultate. (Beifall.)

Abg. Dr. Schupp (Sp.) rechtfertigt die Schwarzen Listen über die Befähigung und Anlagen der Schüler als eine pädagogische Notwendigkeit. Herr Borchardt versteht überhaupt nichts von der Fürsorge. (Beifall bei der Mehrtheit.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Borchardt (Soz.) bemerkt zur Geschäftsordnung, daß er verhindert sei, auf eine Bemerkung Schupp's zu antworten, daß die Fürsorgeerziehung keine Parteifrage sei. Die Reden Dr. Schupp's zeigen, wie sehr er in dieser Frage mit den Konservativen zusammenkommen kann.

Abg. Dr. Lieber (natl.) wünscht eine Erhöhung des Fonds zur Fürsorge für die gefährdete oder verwaiste Jugend. In Berlin sollen 150 000 Kinder verwaist sein. Die bestehenden Anstalten sind überfüllt, die Kinderhorte müssen unterstügt werden.

Abg. Dr. Fiebig (Sp.) wünscht eine genügende Staatsunterstützung für die private Tätigkeit auf diesem Gebiete.

Abg. Rosenow (Sp.): Die Fürsorgeerziehung muß schon in der Vorklasse einsetzen, besonders für die Kinder, deren Eltern auf Arbeit gehen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr, Weiterberatung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Marineetat. — Deutsch-englische Flottenpolitik und Verständigung.

Die Budgetkommission des Reichstags trat am Donnerstag in die Beratung des Marineetats ein. Der Referent v. Thüncfeld wies darauf hin, daß der Etat die Summe von 462,4 Millionen enthalte, wozu noch fünf Millionen für den Bau der „Kohlenzollern“ kommen. Wünschenswert sei eine allgemeine Aussprache über die deutsch-englische Marinepolitik. So habe im vorigen Sommer der englische Marineminister unrichtige Angaben über den deutschen und englischen Flottenbau gemacht, die den deutschen Flottenbau als dem englischen überlegen darstellten. Das Marineamt hätte diesen Darlegungen entgegenzutreten sollen. — Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, über die deutsch-englischen Beziehungen keine Auskunft geben zu können, er sei dazu nicht berechtigt, sondern nur der Reichskanzler. Der deutsche Flottenbau habe stets nur denselben Charakter gehabt und werde ihn auch behalten. Mit dem Etat seien keinerlei Mehrforderungen im Sinne weiterer Rüstungen verbunden. — Die Genossen Roske und Ledebour erklärten diese Ausführungen für unbefriedigend. Der Reichskanzler oder ein Vertreter des Auswärtigen Amtes sollten in der Kommission erscheinen und Auskunft über das Verhältnis zwischen Deutschland und England geben. Die politische Lage, ebenso Äußerungen englischer Staatsmänner wie auch Äußerungen des Herrn v. Tirpitz deute erforderlich eine allgemeine Aussprache über unsere Beziehungen zu England und über die deutsch-englische Flottenpolitik. Nach längerer, sehr lebhafter Debatte wurde das Erscheinen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes für Freitag zugesagt und die Verhandlungen abgebrochen. Beschlossen wurde nach, die Aussprache bis zur Verständigung als *vertraulich* zu behandeln und dann erst über die Veröffentlichung zu beschließen.

Die Konkurrenzklausel in der Reichstagskommission.

Die Spezialdebatte in der Kommission am Donnerstag setzte mit den Anträgen zu § 74 G.-G.-B. ein. Dieser Paragraph bestimmt den Begriff der Konkurrenzklausel, die nach dem Kommissionsbeschluss künftig „Wettbewerbsverbot“ heißen und ferner, welche Form für den gültigen Abschluß erforderlich sein soll. Unsere Genossen hatten hierzu zwei Anträge gestellt; der erstere bezweckt, eine Umgehung des Gesetzes dadurch zu verhindern, daß ein Prinzipal einen Konkurrenzklauselvertrag statt mit dem Handlungsgehilfen mit einem Dritten (Water, Mutter, Gatte usw.) abschließt. Der Antrag wurde jedoch mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Frage selbst soll an anderer Stelle erledigt werden.

Der zweite sozialdemokratische Antrag verlangte für einen Konkurrenzklauselvertrag den notariellen oder gerichtlichen Abschluß. Unser Antrag und ein gleicher Antrag des Abgeordneten Behrens wurden nach längerer Debatte mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Nun lag noch der Antrag Weinhausen (Sp.) vor, den § 74 wie folgt zu fassen:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen, welche den Handlungsgehilfen für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt, bedarf der Schriftform und Erzhändigung einer vom Prinzipal unterzeichneten, die vereinbarten Bestimmungen enthaltenden Urkunde an den Handlungsgehilfen.“

Da unsere Verbesserungsanträge abgelehnt waren, stimmten unsere Vertreter gegen diesen Antrag, der mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen wurde.

Der Parfifal — ade!

Am Donnerstag liest der freisinnige Dr. Kerchensteiner als Referent in der Petitionskommission des Reichstages mit vollen Vaden in das Horn der Frau Cosima Wagner (Witwe Richard Wagners), ihres Sohnes Siegfried und all jener anderen Interessenten und Nichtinteressenten, die der Bayreuther Musikindustrie und der Familie Wagner die kapitalistisch-monopolistische Ausschlagung des „Parfifal“ noch volle zwanzig Jahre länger erhalten wissen wollen, als es nach dem jetzigen Gesetze möglich wäre — also bis 1931! Herr Kerchensteiner brachte alle alten und rücksichtigen Gedanken aus, die nur irgend zur Begründung der Privilegierung des „Parfifal“ und der Bayreuther Festspielwirtschaft herangeschleppt werden können. — Der Zentrumskammerordnete Dr. Pfeiffer (als Korreferent) schlug Herrn Kerchensteiner mit ein paar geschickten Wendungen all seine Waffen aus der Hand. Er zeigte, wie sich die reichen Snobs in Bayreuth spreizen; Herrschaften, deren Kunstverständnis mehr als alles zu wünschen übrig läßt. Pfeiffer beantragte Uebergang zur Tagesordnung. — Der von der Kommission beigezogene Regierungvertreter beschränkte sich auf einige rechtliche Ausführungen. — Zu einer eindrucksvollen Darlegung nahm Genosse Dr. Landsberg das Wort. Er zog die verschiedene Bewertung des „Parfifal“ in die Debatte. Ein Teil der Kenner beurteilt das Werk als greisenhaft, ein Teil als höchste Blüte aller Kunst. Ist das Werk greisenhaft, so gebührt ihm kein Schutz. Ist es das Meisterstück aller Meisterstücke, dann hat die Nation, ja die ganze Kulturwelt das Recht, das Werk nicht noch länger gesperrt zu sehen. Den Hinweis darauf, daß Richard Wagner selber gewünscht habe, der „Parfifal“ solle Bayreuth vorbehalten bleiben, konnte der sozialdemokratische Redner mit der bekannten Tatsache niederschlagen, daß nach Mitteilungen von Richard Wagners Tochter, Angelo Neumann und anderen Wagner später seine Ansicht darüber geändert habe! Auch das Genie hat der Vergangenheit, der Gesamtkultur soviel zu verdanken, daß es nicht verlangen darf, seine Produktionen über eine billige Frist hinaus eben dieser Gesamtkultur zu entziehen. Wagner selbst hat einmal gesagt: es würde das Todesurteil für sein Werk bedeuten, wenn nur Reiche es genießen könnten. Die Befreiten wollen also dem Werke des Meisters das Todesurteil sprechen. Die Sozialdemokratie ist für eine derartige Petition zu haben. — Dr. Junck wies nach, daß die Wünsche der Antiquarier dem Geist des Urheberrechts widersprechen. Als Rationalist aber wäre er schließlich doch für den „Mittelweg“ zu haben gewesen, den „Parfifal“ noch auf zwanzig Jahre zu privilegieren. — Dr. Oertel trat nach einigen mißglückten Witschen in seiner Eigenschaft als „Dichter“, Reaktionsärztl. usw. zuerst für Kerchensteiners Antrag ein und gab darüber hinaus zu, daß ihm sogar eine ewige Schutzfrist für Bayreuth als Ideal vorkäme! Schließlich zog er sich aber doch auf den Antrag zurück, die Petition zur Ervägung zu überweisen. — Ziele (Soz.) charakterisierte noch einmal ganz kurz die kapitalistische Spekulation, die sich in Bayreuth der Wagnerischen Oper bemächtigt hat, worauf Fegter mitteilte, daß der Referent nur im eigenen Namen gesprochen habe, daß aber die beiden anderen freisinnigen Mitglieder der Kommission gegen die Petition stimmen würden.

Nach den Schlussworten der Referenten ergab die Abstimmung Ablehnung der „Verächtlichung“ und der Oertelschen „Ervägung“ und Uebergang zur Tagesordnung.

Arbeiter-Wanderversen „Berlin“. Sonntag, den 9. Februar: I. Wanderversen nach der märkischen Schweiz (Sudow). Abfahrt: Charlottenburg 6,23, Friedrichstraße 6,42, Schiel, Bahnhof 7 Uhr. Sonntagstour bis Dahmsdorf-Königsberg über. Abfahrt 11,00.

II. Besuch des Museums für Völkerverständigung. Treffpunkt bei 12 Uhr am Museum, Königgräber und Prinz-Albrecht-Strassen-Ecke.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 9. Februar: Wanderung Müllermarkt-Regin-Potsdam. Abfahrt nach Müllermarkt Leichter (Bern) Bahnhof früh 6,40 Uhr. (4 Kl.) Abfahrt 11,00.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 12. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das Frauenstimmrecht in Großbritannien. Von J. Köppen. — Rom: Ausbruch eines Krieges gegen? (Der Einfluß der inneren Politik des russischen Zarismus.) Von Gregor Alexinsky. — Eine Kette von Verträgen. Von Wilhelm Reil. — Der Sozialismus in Argentinien. Anlässlich des ersten Kongresses der P. S. A. am 10. 11. und 12. November 1912. Von Cornelio Labien (Buenos Aires). — Mercurius Rundschau. — Zeitschriftenausgabe. Von G. E. Heuvelink von der Neuen Zeit Nr. 60: Otto Ludwig. Von Franz Hebrina. Jabelnspil. Von Heilig Ant. Reuschle'se Propheten. Jüngling ein Kapitel über moderne Völkermaschine. Von D. Sommer. — Völkerverständigung: Heinrich Cunow. Die Parteien der großen französischen Revolution und ihre Presse. Franz Diederich, Krieg. — Lohes Wälder: Zur Geschichte der „Menschlichen Zeitung“ von 1842. Ein Objekt. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preis von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Menschheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiter, ist am 10. und 12. des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Um das Frauenstimmrecht. — Kampf und Kriegsjahr. II. Von H. B. — Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen. I. Von H. F. — Das geplante Vorkriegsmonopol. Von J. K. — Die Sozialdemokratie auf dem Kriegspfade. Von K.

Die „Menschheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 1,60 M.

Von der „Wahren Jacob“ ist soeben die vierte Nummer des 30. Jahrgangs erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Grobnummern sind jederzeit durch den Verlag von G. D. B. Dieckhoff, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Wasserstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	5. 2.	4. 2.	em	cm ³		5. 2.	4. 2.	em	cm ³
Remel, Elbt	242 ^{*)}	242 ^{*)}	+5		Saale, Großhau	282	282	+44	
Bregel, Annerburg	27 ^{*)}	27 ^{*)}	+12		Havel, Spanbau	88	88	+9	
Wesjel, Thorn	208	208	+32		Havel, Rathenow	124	124	+38	
Oder, Rasthof	237 ^{*)}	237 ^{*)}	+113		Spree, Spremberg	150	150	+50	
• Krossen	136	136	+7		• Weßem	92	92	+4	
• Frankfurt	166 ^{*)}	166 ^{*)}	+12		• Weßem, Müden	436	436	+11	
• Wärlitz, Schramm	81 ^{*)}	81 ^{*)}	+21		• Müden	590	590	+20	
• Landsberg	114 ^{*)}	114 ^{*)}	+32		• Müden, Müllersbau	486	486	+6	
• Rehe, Borsum	—	—	—		• Müden, Müllersbau	486	486	+6	
• Elbe, Zeitz	75	75	+67		• Müden, Müllersbau	486	486	+6	
• Dresden	48	48	+28		• Müden, Müllersbau	486	486	+6	
• Berda	230	230	+47		• Müden, Müllersbau	486	486	+6	
• Magdeburg	101	101	+8		• Müden, Müllersbau	486	486	+6	

*) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Eisstand — *) eisfrei. — *) Eisgang.
Die Höhe des Hochwassers im Aller- und Leinegebiet ist seit gestern fast unverändert geblieben.



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
132-37

König-Str. am Bahnhof
Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse

G. m. b. H.

Oranien-Strasse

Lebensmittel-Verkauf

Soweit vorhanden. Inseriertes Obst, Gemüse, Wild und Fische können nicht zugesandt werden.

Kolonialwaren

- Victoria-Erbisen Pfund 18 Pf.
- Kleine Erbsen Pfund 15 Pf.
- Glasierte Erbsen Pfund 22 Pf.
- Glasierte Erbsen Pfund 20 Pf.
- Grüne Erbsen Pfund 18 Pf.
- Grüne glasierte Erbsen Pfund 28 Pf.
- Französ. Erbsen Pfund 32 Pf.
- Linsen Pfund 16, 21, 26 Pf.
- Kleine weiße Bohnen Pfund 18 Pf.
- Mittelbohnen Pfund 22 Pf.
- Salat-Bohnen Pfund 34 Pf.
- Gem. Backobst Pfund 28, 40, 50 Pf.
- Kalif. Pflaumen Pfund 22 bis 50 Pf.
- Entsteinte Pflaumen Pfund 50 Pf.
- Kalif. Birnen Pfund 40, 50, 60 Pf.
- Kalif. Aprikosen Pfund 45, 65, 80 Pf.
- Kalif. Pfirsiche Pfund 36, 42, 52 Pf.
- Amerik. Ringäpfel Pfund 26, 42 Pf.
- Java-Reis Pfund 24, 30, 36 Pf.
- Rangoon-Reis Pfund 18, 20 Pf.
- Bruch-Reis Pfund 15, 16 Pf.

Fleischwaren

- Rotwurst Pfund 55, 85 Pf.
- Jagdwurst Pfund 1.10
- Landleberwurst Pfund 1.00
- Feine Leberwurst Pfund 1.15
- Pasteten-Leberwurst Pfund 1.25
- Bauernmettwurst Pfund 1.25

Frisches Fleisch

Ochsenfleisch

- Schmorfleisch Pfund 95 Pf.
- Filet im Ganzen, unausgeschält, Pfund 1.00
- Roastbeef mit Knochen 95 Pf., ohne Knochen 1.30
- Fehrippe Pfund 80, Brust Pfund 75 Pf.
- Kamm u. Querrippe Pfund 70 Pf.
- Pökelsprague 1.15, Brust 90 Pf.
- Talg Pfund 50 Pf., ausgelassen, Pfund 60 Pf.

Hammelfleisch

- Keule u. Rücken im Ganzen 90 Pf.
- Dicke Rippe Pfund 80 Pf.
- Dünnung Pfund 70 Pf.

Hasen gestreift . . Stück 3.00 bis 3.75

Nur Leipzigerstrasse: Frisches Bärenfleisch

Schweinefleisch

- Schinken im Ganzen . . . Pfund 90 Pf.
- Kotelettes Pfund 1.05
- Kass. Rippespeer 90 Pf. bis 1.05
- Kamm und Schuft . . Pfund 95 Pf.
- Filet Pfund 1.25
- Rückenfett u. Liesen Pfund 70 Pf.

Kalbfleisch

- Keule im Ganzen Pfund 1.10
- Rücken im Ganzen . . . Pfund 1.10
- Brust, Kamm, Bug Pfund 80 Pf.
- Brustspitze Pfund 1.00

Hirsch und Wildschwein

Keule 1.10, Rücken 1.00, Blatt 0.70, Ragout 0.30

Geflügel

- Junge Gänse Pfund 1.15
- Enten 2.40, 2.75, 3.50
- Brat- u. Suppenhühner 1.45 bis 3.25
- Birkhühner 2.30, -hennen 1.85

Fische

- Lebende grosse Schleie Pfund 1.15
- Lebende Plötzen Pfund 48 Pf.
- Leb. Karpfen Pfund 80, 95 Pf., Spiegel 1.05
- Tafellachs in ganzen Fischen, Pfund 68 Pf. 1.10

Südwein

- Tarragona 1/2 Flasche 80 Pf.
- Feiner alter Tarragona 1/2 Fl. 1.00
- Douro-Portwein 1/2 Flasche 1.50
- Alter Douro-Portwein . 1/2 Fl. 1.85
- Sherry 1/2 Fl. 1.20
- Alter Sherry 1/2 Fl. 1.85
- Vermouth di Torino 1/2 Fl. 1.00
- Insel Samos 1/2 Flasche 85 Pf. 1.00

Spirituosen

- Flensburg. Tafel-Aquavit 1/2 Fl. 1.25
- Flensburger Hobro . . 1/2 Fl. 1.65
- Westfälischer Jagdkorn 1/2 Ltr. Krug 95 Pf., 1/2 Ltr. Krug 1.70
- Halb und Halb 1/2 Fl. 1.10, 1.40
- Stonsdorfer 1/2 Fl. 1.10
- „Awelot“ Doppel-Schiffsmumme konzentriertes Malzextrakt 1/2 Dose 90 Pf. . . 1/2 Dose 1.70

Butter u. Käse

- Tischbutter Pfund 1.38, 1/2 Pfund 70 Pf.
- Bratenschmalz Pfund 68 Pf.
- Pflaumenmus Pfund 30 Pf.
- Gem. Marmelade leicht gef. Pfund 33 Pf.
- Brie-Käse Pfund 75 Pf.

WYBERT TABLETTEN schützen Redner, Sänger, Raucher, Sportsleute vor **HUSTEN HEISERKEIT KATARRH** Preis 1 Mk. erhältlich in Apotheken & Drogerien

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellenfische und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorsichtige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Raystoffen 20-40 Mark, Josen 6-14 Mark. Verlandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Hermandias u. Biederleibhaus. Nebenmanns Kaufgelegenheit. Extra billige Jackettanzüge, Wederanzüge, Winterpaletots, Herrenmüster, Herrenhosen, Kleideranzüge, Pelzkleider, Allerbilligster Seitenverkauf. Vermietungsstelle. Aussteuerstellen. Aussteuerkäufe. Reichhaltiges Portiergeschäft. Garbenausschnitt. Teppichauswahl. Blumenarbeiten. Steppdecken. Goldarbeiten. Tischdecken. Bandwaren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags.

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 Mk. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstrasse 69 (Baden).

Teppiche! (Seidenstoffe) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Hadericher Markt 4, Bahndorf Berge. (Teile des Vorwärts) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

Getragene Herrengarderobe. Leihhaus Brunnstrasse 70. 28398*

Garbenausschnitt! Steppdecken! Portieren! Kleider! außerordentlich billig! Vormärtsleiter 5 Prozent Rabatt! extra! Garbenausschnitt! Hadericher Markt 4 (Bahnhof Berge). Sonntags geöffnet!

Federbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletots, Bäde (spottbillig) Pfandleibhaus Müllererplatz 7. 29318*

In freien Stunden. Wochenchrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements möglichst 10 Pf. nehmen alle Ausgaben des Vorwärts entgegen. Probehefte gratis.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudamm. Für den

Arbeiter-Wohnungen. Für jeden Mann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gering gehalten. Kostenpreis 1000 bis 1500, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Wabbert Tischlermeister, Adlerstrasse 54. Kein Abzahlungsgehalt.

Möbel-Rolle. Bestrenommteste Möbelwerkstatt liefert Herren-, Spiel- und Schlafzimmer, sowie Ein- und Zweibettzimmer mit Küche von 200 Mark an (Teilzahlung gestattet), zu Katalogpreisen mit geringem Aufschlag. Transport frei. Verleihen gewogene Möbel besonders billig. Hermann Rolke, Tischlermeister, Kollwitzstrasse 38/39.

Möbelhandlung. Variationsstrasse 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts“-Teiler 3 Prozent Rabatt.

Möbel-Verkauf. Spezial-Möbelhandlung, auf Kredit und gegen Bar. 1. Gehalt: Brunnstrasse 7, am Rosenfelder Platz. 2. Gehalt: Müllerstrasse 174, Ecke Fennstrasse. Etage und Küche Anzahlung von 15.- an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5.- an. Kleinen Auswahl. Größte Kulanz. Vorzeiger dieses Anzeigers erhält beim Kauf von 50.- an 5.- gutgeleitete. Lieferer auch nach auswärts. Sonntags geöffnet von 12-2 Uhr. Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften begleichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet von 12 bis 2 Uhr. 27248*

Wunderbares Speisezimmer! allerartslässige Arbeit, eiche, innen mahagoni, Büffel, 2 Meter, Umbau mit großer Schränke, Credenz, prima Sofa, 6 Stuhldeckel, Biergutlich regulär 1450.-, jetzt 1025.-. Beschäftigung erlässlich! W. Tischlermeister, Schillerstrasse 25, an der Hochbahn.

Kinderdratbett, Kinderwagen, elegant, Klappportwagen. Rathenowerstrasse 47, vorn II, Blente.

Inferatenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Rotwurst

Arbeiter-Wohnungen.

Für jeden Mann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gering gehalten. Kostenpreis 1000 bis 1500, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Wabbert Tischlermeister, Adlerstrasse 54. Kein Abzahlungsgehalt.

Möbel-Rolle. Bestrenommteste Möbelwerkstatt liefert Herren-, Spiel- und Schlafzimmer, sowie Ein- und Zweibettzimmer mit Küche von 200 Mark an (Teilzahlung gestattet), zu Katalogpreisen mit geringem Aufschlag. Transport frei. Verleihen gewogene Möbel besonders billig. Hermann Rolke, Tischlermeister, Kollwitzstrasse 38/39.

Möbelhandlung. Variationsstrasse 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts“-Teiler 3 Prozent Rabatt.

Möbel-Verkauf. Spezial-Möbelhandlung, auf Kredit und gegen Bar. 1. Gehalt: Brunnstrasse 7, am Rosenfelder Platz. 2. Gehalt: Müllerstrasse 174, Ecke Fennstrasse. Etage und Küche Anzahlung von 15.- an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5.- an. Kleinen Auswahl. Größte Kulanz. Vorzeiger dieses Anzeigers erhält beim Kauf von 50.- an 5.- gutgeleitete. Lieferer auch nach auswärts. Sonntags geöffnet von 12-2 Uhr. Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften begleichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet von 12 bis 2 Uhr. 27248*

Wunderbares Speisezimmer! allerartslässige Arbeit, eiche, innen mahagoni, Büffel, 2 Meter, Umbau mit großer Schränke, Credenz, prima Sofa, 6 Stuhldeckel, Biergutlich regulär 1450.-, jetzt 1025.-. Beschäftigung erlässlich! W. Tischlermeister, Schillerstrasse 25, an der Hochbahn.

Kinderdratbett, Kinderwagen, elegant, Klappportwagen. Rathenowerstrasse 47, vorn II, Blente.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirkschaffen und einzelne Stücke auf Kredit unter äusserst Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten läuft bei uns. Krellmann u. Co., Kollwitzstrasse 4. (Schlesischer Bahnhof).

Englische Wohnungseinrichtung. Etage, herrliche Küche, alles neu, selbstbillig. Glas, Kollwitzstrasse 57, vorn III rechts.

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstrasse 58, nahe Kaiserstrasse. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Etage und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Lieferer auch nach auswärts. Abzahlung monatlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Auswahl bei Anzahlung und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Anzeigers erhält beim Kauf 5 Mark gutgeleitete. Sonntags 12-2 geöffnet. 29008*

Billige und reelle Möbelwerke des Nordens in Hirschowitz, Chausseestrasse 49. Kleiderlager in kompletten Wohnungseinrichtungen. Schlafzimmer, moderner Küchen. Eigene Holzwerkstatt. 628*

Ruhbaumwirtschaft, bildhübsche Etage, herrliche Küchen-Einrichtung für jeden annehmbaren Preis verlässlich. Händler verbeten. Dauer, Große Frankfurterstrasse 85, eine Treppe. 227

Musikinstrumente. Piano, elegant, solide, 175.-, verlässlich, Konegny, Alexanderstrasse 7. 211/18

Bilder. Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bohnen, Weinmeisterstrasse 2. 23488

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldschalen, Braggold, Silber, Gefässe, alte Uhren, Kehrholz, Goldwatten, Dueschler, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände taufte Broch, Edelmetall-Schmelze, Berlin S, Köpenickerstrasse 29. Teleph. Rarität-Platz 3476. 29048*

Platinabfälle, Metalle, Jagdgeschiffe, Platinabfälle, Gold, Silber, Dueschler, Edelmetall-Schmelze, Berlin S, Köpenickerstrasse 29 (gegenüber Kollwitzstrasse). 1/12*

Stanniol, Metalle, Spezialgeschäft, Wasserstrasse 66. 378*

Platinabfälle, Gramm 5,70, Kehrholz, Silber, Jagdgeschiffe, Stanniol, Dueschler bis 3,85 taufte Jagdgeschiffe, Blümel, Schmelzer, Auguststrasse 19 III. 73*

Münzen, Briefmarken taufte Grohmann, Spandauerbrücke 2. 213*

Fahrradant, Jagdgeschiffe, 21/20*

Platinabfälle, Jagdgeschiffe, Goldschmelze, Silber, Dueschler, Stanniol, Jagdgeschiffe, Kollwitzstrasse 10. 2336*

Kupfer 100-115, Neigung 60-85, Zinn bis 3,75, Stanniol, Zinn, Blei, Dueschler, Neigungspähne und alle Arten Abfälle Jagdgeschiffe, Neier, Elisabethstrasse 58. 22/3

Vermietungen.

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Restaurations, Kollwitzstrasse 14, nahe der Weißbäckerstrasse. 10085*

Der Pariser Banditenprozeß.

Paris, 3. Februar. (Fig. Ber.)

Vor den Geschworenen des Seine-Departements hat heute die Verhandlung gegen die 21 Personen begonnen, die an den von den Bonnot und Garnier verübten Verbrechen einen mehr oder minder hervorragenden Anteil genommen haben sollen. Der Pariser Reporterjargon hat sie unter der Bezeichnung der „tragischen Bande“ vereint, was nicht nur eine der so häufigen falschen Auffassungen des Begriffs des Tragischen ist, sondern auch vorwegnimmt, was die Anklage erst beweisen soll: nämlich, daß es sich um eine organisierte Verbrechergesellschaft handelt. Wir haben feinerzeit das Milieu, worin sich der Verbrecher-Anarchismus der Bonnot und Genossen entwickelt hat, eingehend geschildert und gezeigt, wie die anarchisierende Propaganda für die Mitglieder dieses Kreises nur ein Durchgangsstadium war und die miserable „Philosophie“, die den Uebelthätern aus dieser Periode geblieben ist, bloß ein Deckmantel wurde, der ihre Eitelkeit befriedigte. Es ist unläugbar, daß sich die Nordbuben, die, um „ihr Leben zu leben“, bedenkenlos harmlose Greise und Familienväter, kleine Beamte und arme Teufel von Proletariaten umbrachten, ihre Bekanntschaft mit den anarchisierenden Kreisen in mairnigfacher Weise zunutze gemacht haben. Sie vollbrachten ihre Untaten in Iosen, nach Art von „Kampfgruppen“ für die besondere Gelegenheit gestifteten Vereinigungen und vor allem mißbrauchten sie das von den Anarchisten unbedingt bewahrte Asylrecht, um sich einen Unterschlupf zu sichern. Man mag immerhin die Frage erlaubt finden, ob diese sentimentale und dogmatische Auffassung eines Prinzips, das in einer primitiven, vom Raubgedanken beherrschten und aller Rechtsbegriffe entbehrenden Gesellschaft einen hohen sittlichen Wert hatte, unter allen Umständen ihre Geltung bewahren muß — auch dann, wenn die dem Verbrecher gewährte Gastfreundschaft weitere Unschuldige in Gefahr bringen könnte. Einer von denen, die diese Gastfreundschaft gegenüber dem Verfolgten mit dem vollen Bewußtsein eigener höchster Gefahr geübt haben — gemäß einem sittlichen Imperativ, der als solcher Respekt verdient, so absichtlich auch der Anarchist Dubois, der Bonnot die letzte Herberge bot und von den seit dem Tod des Sicherheitschefs Jouin geängstigten Polizisten anscheinend ohne weiteres niedergeschossen wurde. Anders liegt der Fall des Kurzwarenhändlers Gauzy, der sich unter den Angeklagten befindet. In seiner Wohnung hat Bonnot Jouin getötet. Gauzy hat früher viel in anarchisierenden Kreisen verkehrt, aber er ist ein gutmütiger, durchaus ehrenhafter Mann, dem niemand eine moralische Gemeinschaft mit den Nordbuben zumuten kann. Er behauptet, daß sich der von ihm nie gesehene Bonnot bei ihm als russischer Flüchtling mit einer Verfassung auf Konnie (Simentoff), einen der Verbrecher, der bei ihm als Kommissar angestellt gewesen war und sich dabei anständig und ordentlich verhalten hatte, vorgestellt hätte. Er gibt weiter an, an dem verhängnisvollen Morgen, als die Polizei bei ihm eintraf, der Meinung gewesen zu sein, daß der unbekannte Gast sein Haus schon verlassen habe. Diese Darstellung wirkt durchaus glaubwürdig. Es wäre geradezu Wahnsinn gewesen, wenn Gauzy, der ein glückliches Familienleben führte und dessen Geschäft einen großen Aufschwung nahm, eine Situation herbeigeführt hätte, deren Opfer zu werden er gewiß sehr wünschte. In der Tat sind die Umstände, unter denen Jouin getötet wurde, derart, daß die vollkommene Unschuld Gauzy's undoreingenommenen Leuten so gut wie sicher scheint, und die Kampagne, die zu seinen Gunsten in der letzten Zeit von freisinnigen Zeitungen und Propagandisten geführt, aber auch von einzelnen konservativen unterstützt wurde, war vollkommen berechtigt. Wenn er gleichwohl die vielen Monate über in Haft gehalten und unter Anklage gestellt wurde, so darum, weil die Polizei Jouin töten will, aber den toten Bonnot nicht mehr erreichen kann.

Auch sonst ist die Schar der Angeklagten recht buntschichtig. Neben einer Anzahl von sehr schwer belasteten Verbrecheranarchisten findet man professionmäßige Diebe und ähnliche banale Typen aus der Welt der Degenerierten. Der „bleiche Verbrecher“ aber ist diesmal nicht nur von der Sensationspresse, sondern auch von der Anklage „interessant“ aufgeschminkt worden. Diese versucht, alle die den Angeklagten zur Last gelegten Taten um das Blättchen „Anarchie“ zu konzentrieren, dessen Redakteurin, Frau Maitrejean nebst ihrem Geliebten, dem Belgier Ribalschisch mitangeklagt ist. Sie behauptet auch, daß dies Blättchen „offenbar“ einen Anteil von der Beute der Verbrecher erhalten habe — der Beweis wird noch erst zu erbringen sein. Zugegeben mag werden, daß die „Anarchie“ wie andere Organe ihres Schlages von ihrem Abfall nicht leben. Aber Tatsache ist auch, daß niemand an ihrer Existenz ein solches Interesse hat, wie — die Polizei selbst, die so am besten die „gefährlichen“ Elemente beifammen sehen, beobachten und nach Wunsch bearbeiten kann. Jedenfalls galt der Kreis der „Anarchie“ seit langem als gefährlicher Lockpfeilherd. Inwieweit das von der Polizei aufgezeichnete Anarchistenum in der dank den ausgelegten Preisen recht lohnenden Verbrechensserie der „tragischen Bande“ seine Hände mit im Spiel gehabt hat, wird man schwieriglich jemals erfahren.

Wir lassen im folgenden eine knappe Aufstellung der Verbrechen, die dem Hauptangeklagten zur Last gelegt werden, folgen:

21. Dezember 1911. Ueberfall auf den Bankdiener Cahy in der rue Ordener. Cahy wird von zwei Männern angeschossen und schwer verwundet. Das Portefeuille und die Bände, die ihm geraubt werden, enthalten 318 000 Fr. in Wertpapieren, 5200 Fr. in kleinen Münzen und 200 000 Fr. in Gold und Banknoten. Die Täter springen in ein Automobil, das rasch davonfährt, während eine Häsflade aus den Fenstern die Passanten fernhält. Die Mitwirkenden an diesem Attentat sollen gewesen sein: Bonnot, Garnier (beide tot), Dieudonné und Callemine, genannt Raymond la Science-Callemine, soll einem Sicherheitsinspektor und einem Gefängniswärter ein Verstandnis abgelegt haben, leugnet es aber ab. — Das zur Ausführung des Verbrechens dienende Automobil war in Boulogne-sur-Seine gestohlen worden. Groß war der Ertrag des Verbrechens nicht, da die Wertpapiere nicht an den Mann gebracht werden konnten.

Nacht vom 23. zum 24. Dezember 1911. Einbruch beim Waffenhändler Foury in der rue Lafayette. Die Täter sind unbekannt. Geraubt wurden zahlreiche Browning-Revolver und Patronen. Ein Teil der Waffen wurde bei dem Raubmörder Renard gefunden, der vor drei Tagen in Versailles gottillotiert worden ist, ein größerer in den Bureaus der „Anarchie“.

Nacht vom 8. zum 9. Januar 1912. Einbruch im Waffensladen Smith und Person auf dem Boulevard Gauhmann. Mitgenommen werden Pistolen und Karabiner.

Eine Anzahl davon findet die Polizei am 6. April in der Wohnung Salets, der mit Garnier zusammen getötet worden ist — andere bei anderen Verhafteten und auf öffentlichen Plätzen fortgeworfen. 3. Januar 1912. Ermordung des 91-jährigen Privatiers Moreau und seiner 72-jährigen Köchin Arfeus in Thiais. Moreau wird im Bett erschlagen, die Bedienerin erstickt. Erbeutet werden 20 000 Frank in Gold und Wertpapiere. Der Tat verdächtig sind Carron und Reige. Das anthropometrische Bureau hat Fingerabdrücke Carrons am Tatort festgesetzt.

Automobiliebstahl in Gent am 23. und 31. Januar. Beim zweiten wird der Chauffeur Maurq, der die Einbrecher überfällt, erschossen, der Nachtwächter Tamburgher verwundet. Diese Verbrechen gehören indes, da von zwei Belgiern, Callemine und Reige auf belgischem Boden verübt, in die Kompetenz der belgischen Justiz.

Nacht vom 15. zum 16. Februar. Automobiliebstahl in Seziers. Das Automobil sollte zu einem Attentat auf einen Kandidaten in Nimes dienen, eine „Panne“ verhinderte die Ausführung. Teilnehmer: wahrscheinlich Bonnot und Garnier und — nach der Anklage sicher — Dieudonné und Debos.

Automobiliebstahl in Saint Mandé (Pariser Vorort) und geplanter Einbruch bei einer Bergwerksgesellschaft in Klais (Dep. Gard). Auch diesmal verjagt das Automobil auf dem Weg, in Pont-sur-Jonne. Bonnot, Garnier und Callemine müssen zurückkehren. In Paris kommt es dann mitten in der Stadt um 7 Uhr abends durch einen Zufall, daß das Automobil durch einen Autoomnibus aufgehalten wird und die Verbrecher, die sich offenbar verfolgt glauben, auf die verbotene linke Straßenseite ausbiegen und durchbrechen wollen, zu der sensationellen Häsflade in der rue Amsterdam. Der Schutzmann Garnier, der auf das Trittbrett geklettert ist, um den Besitzer wegen der Uebertretung zu notieren, wird durch Revolvergeschüsse tödlich verwundet. Das Auto verschwindet in den Champs Elyées. Man glaubt, daß Bonnot in das Auto gelockt, Garnier neben ihm gefessen hat. Garnier hat in seinem aufsehenerregenden renommierten Brief an den Staatsanwalt weitere Details gegeben, die indes zweifelhaft bleiben. Auf ihrer Flucht mit dem nunmehr berühmten „grauen Auto“ unternehmen die Banditen ein neues Verbrechen:

den Einbruch beim Notar Lintant in Contoise. Sie werden indes gestört und schämen sich vor ihren Verfolgern durch eine Häsflade.

Nach einer kleinen Pause, während der man von den Banditen nichts gehört hat — sie haben das Auto stehen gelassen und angezündet — tauchen sie wieder auf. Die entscheidenden Daten des nun seinem Ende zuwendenden Sensationsdramas sind:

25. März 1912. Ueberfall auf ein Automobil im Wald von Sénart. Der Chauffeur Rathuillé wird erschossen, sein Schalter Corisoles leicht verwundet. Die Banditen, drei an der Zahl, fahren im geraubten Wagen sofort davon und nehmen bald drei sie erwartende Kameraden auf. Zwei Stunden später erfolgt

der Ueberfall der Filiale der Société Générale in Chantilly. Zwei Beamte werden getötet, einer verwundet. Die Bande soll sich aus Bonnot, Garnier, Salets, Callemine, Monier und Soudy zusammengesetzt haben. Bei diesem Ueberfall spielt auch ein Karabiner eine Rolle, aus dem einer der Räuber — angeblich Soudy — schoß, um die Passanten fernzuhalten. Erbeutet wurden 47 000 Fr. in Banknoten, Gold und Barren.

Nun zieht sich endlich das Netz der Polizei über den Verbrechern zusammen. Es beginnt ihr verzweifelter Verteidigungskampf. Einer nach dem andern wird verhaftet. Das Ungescheh der Polizei hilft Bonnot am 24. April noch einmal zur Flucht, nachdem er den Souschef der Sicherheitspolizei, Jouin, erschossen hat. Er wird vier Tage darauf in Choisy-le-Roi, nach einer grotesken Belagerung durch eine ganze Armee, in seiner Verhaftung getötet. Am 14. Juni enden Garnier und Salets in Rogent-sur-Marne auf gleiche Weise. Man hat keinen Versuch gemacht, sie lebend in die Hände zu bekommen, was sehr wohl möglich gewesen wäre. Ihr Haus wurde durch Sprengmittel zerstört, die Polizisten gaben ihnen den Rest.

Der Prozeß wird 14 Tage dauern. Die Zahl der Zeugen übersteigt 300. Die Polizei hat unglaubliche Sicherungsmaßregeln getroffen, um den Justizpalast nur ja vor Attentaten zu schützen. Die Zulassung des Publikums ist sehr beschränkt, auch auf die Presse wurde wenig Rücksicht genommen. Die heutige Eröffnung der Verhandlung, die mit der Aufnahme der Personalien und der Verlesung der Anklageschrift ausgefüllt war, verlief sehr eintönig.

Der Parteitag der Labour Party.

London, 4. Februar. (Fig. Ber.) Der dreizehnte Parteitag der britischen Labour Party wies keine besonderen Züge auf, die ihn von seinen Vorgängern unterschieden. Ein Parteitag der Labour Party ist im großen und ganzen nur eine Wiederholung des Gewerkschaftskongresses in kürzerer Fassung. Wie auf diesem werden politische und gewerkschaftliche Fragen bunt durcheinander aufgeworfen, kurz diskutiert und schnell erledigt. Zu der eingehenden Diskussion einer Frage, die das geistige Leben der Bewegung im kommenden Jahre betrachten könnte, kommt es niemals. An Personen, die die theoretischen Kenntnisse und die praktischen Erfahrungen besitzen, um eine derartige Debatte anregend und wirksam zu gestalten, fehlt es nicht. Die Erscheinung scheint vielmehr auf zwei Hauptursachen anderer Art zurückzuführen zu sein. Zuerst ist da die Organisationsform der Partei, die an und für sich viel Kleinigkeitskrämerei im Gefolge hat. Manche Gewerkschaften scheinen nicht glücklich zu sein, wenn sie nicht jeder Arbeiterkonferenz, zu welchem Zweck sie auch einberufen sein mag, ihre Sonderprobleme unterbreiten. Dann gibt es wiederum kleine Gewerkschaften, die den Gewerkschaftskongress nicht beschiden können, die aber ihren Delegierten zum Parteitag der Arbeiterpartei entsenden, um dort eine Resolution zu unterbreiten, die ihnen sehr am Herzen liegt, die jedoch auf dem Programm eines politischen Kongresses nichts zu suchen hat. Zweitens ist die Tatsache, daß die Labour Party eine Partei ohne Programm ist, dafür verantwortlich, daß die Parteitage nur geringen Einbruch auf die Öffentlichkeit machen. Die Arbeiterpartei verdankt ihre parlamentarische Erscheinung dem Taff-Bale-Urteil. Als die englischen Scharsmacher auf dem beliebtesten Umwege der Gesetzesauslegung den Gewerkschaften den Garauz machen wollten, traten sie in ein Bessinnest. Von allen Seiten strömten die Verteidiger herbei, und das Ziel, das alle Gewerkschafter, welcher politischen Partei sie auch angehörten mochten, bejochte, war die Wiederherstellung der schwer erworbenen Rechte. Daher der parlamentarische

Erfolg des Jahres 1906. Heute aber, da das Urteil längst auf der Welt geschafft und selbst das Osborneurteil für die praktische Politik so gut wie abgetan ist, macht sich das Fehlen des geistigen Bandes fühlbar, das einst sozialistische, liberale und selbst konservative Gewerkschafter zusammenschmiedete. Aber das Fehlen gemeinschaftlicher Grundgedanken steht der großzügigen Diskussion wichtiger Fragen im Wege, so daß die Parteitageebatten kaum als Orientierungsmittel dienen können. Mögen auch die Sozialisten versuchen, solche Debatten zu entfachen, sie stoßen stets auf den Individualismus der liberalen Gewerkschafter, deren noch sehr große Zahl sich mehr durch ein tiefes Schweigen als durch Reden bemerkbar macht. Die Stellung dieser Leute wird am besten durch das Wort gekennzeichnet, das das Parlamentsmitglied Bruce vor einiger Zeit fallen ließ. Er sagte: „Ich bin pro-Labour, aber nicht anti-liberal“.

Zu einem bemerkenswerten Beschluß kam es in der Wahlrechtfrage. Der Parteitag forderte die parlamentarische Fraktion auf, gegen jede Wahlrechtsvorlage zu stimmen, die die Frauen nicht einschließt. Dieser Beschluß war offenbar der Ausfluß der durch die Rede Snowdens erzeugten Stimmung. Die Bergarbeiter enthielten sich der Abstimmung, da sie der ganz richtigen Ansicht sind, daß der Beschluß undurchführbar ist. Man denke sich nur, die Regierung würde ihre Wahlrechtsvorlage, die vielen Hunderttausend Arbeitern, die infolge des bestehenden Registrierungssystems ihres Wahlrechts verlustig gehen, das Wahlrecht sichern wollte, wieder einbringen, und die Arbeiterpartei stimmte gegen die Vorlage. Welcher Arbeiterkandidat würde sich dann bei der nächsten Wahl vor seinen Wählern sehen lassen können? Man kann mit Vertrauen behaupten, daß sich die parlamentarische Fraktion mit diesem Beschluß wenig kümmern wird. Allgemein hatte man erwartet, daß auf diesem Parteitag der parlamentarischen Fraktion tüchtig der Peß gewaschen werden würde. Die Drohungen und Andeutungen, die vorher fielen, ließen jedenfalls erregte Szenen erwarten. Aber aus der Sache wurde nichts viel. Der starke Wein, den man eingegeben, erwies sich als laues Spülwasser. Wegen des Opportunismus der parlamentarischen Fraktion liege sich eine scharfe und überzeugende Kritik führen, wenn nicht die Historie einer gewissen Sorte der Kritiker der Arbeiterpartei die Erfüllung dieser Aufgabe zu einer Unmöglichkeit machte. Genosse Jowett und andere seiner parlamentarischen Kollegen treten für die Unabhängigkeit der Partei ein und verlangen, daß sie im Parlament prinzipiell nach dem Werte einer jeden Frage abstimme und nicht danach frage, ob der Regierung mit ihrer Haltung gedient sei. Von dieser Grundlage ausgehend liege sich eine sachliche und fruchtbringende Debatte führen. Was die ernsthaften Kritiker aber davon hindert, aufzutreten, ist die Furcht, mit den anderen in einen Topf geworfen zu werden. Es ist auch kein Vergnügen, mit sybillisch angehauchten Sozialisten identifiziert zu werden, die ein absurdes Zeug vorbringen, das in keiner politischen Kleinkinderschule der Widerlegung bedarf. Noch unangenehmer ist es, mit Leuten wie den Herren Belloc und Chesferton genannt zu werden, die ihren katholischen Obskurantismus mit dem Geschäft verbinden, in jedem vielversprechend aussehenden Dreck herumzurühren, der ihre Namen vor den Augen der Öffentlichkeit hält. Die wirkliche Kritik bleibt somit stumm, und die davon profitierenden, das sind die die Partei zurückhaltenden liberalen Arbeitervertreter, die ihr Doppelspiel wehretreiben können.

Ob die Resolution, nach der der Vorstand ein Parlamentsmitglied, das sich gegen die Grundgesetze der Partei vergangen hat, dauernd oder zeitweilig ausschließen kann, in der Praxis Erfolg haben wird, ist sehr zweifelhaft, wenigstens insofern die schlimmsten Sünder in Betracht kommen, die es nach der alten liberalen Liebe zieht und deren Wähler vorwiegend liberal sind. Das beste Heilmittel gegen das Uebel der Inaktivität wäre eine starke lokale politische Organisation, deren zwingende Notwendigkeit jetzt auch allgemein empfunden wird. Der Hauptagent der Arbeiterpartei hat unlängst eine Studienreise nach Deutschland unternommen und die Früchte seiner Erfahrungen werden zweifelsohne der Labour Party zugute kommen. In ihrem neuen Sekretäre Henderson hat die Partei zudem einen der tüchtigsten Organisatoren im Lande, der als langjähriger liberaler Wahlagent seiner Aufgabe voll gewachsen ist.

Verbandstag der Zimmerer.

Am Donnerstag wurde die Diskussion über Beitragsleistung und Unterstützungseinrichtungen fortgesetzt und nach längerer Dauer geschlossen. — Nachdem die beiden Referenten auf die Ergebnisse der Diskussion eingegangen waren und nochmals den Standpunkt des Vorstandes vertreten hatten, wurde eine Abstimmung über alle in der Diskussion berührten Fragen vorgenommen. Einstimmig entschied sich die Generalversammlung für Erhöhung der Beiträge. Gegen wenige Stimmen wurde beschlossen, daß der Beitrag nach dem Stundenlohn, aber nicht nach dem Tagesverdienst berechnet wird. Ferner erklärte sich die Versammlung für Beibehaltung des Zentralvereinsfonds, aber gegen die Einführung einer Kranken- und Sterbeunterstützung, gegen die Errichtung eines Invalidenfonds und gegen die Beitragsbefreiung der kranken und arbeitslosen Mitglieder. — Hierauf wurde eine Kommission eingesetzt, welche eine Vorlage in der Beitrags- und Unterstützungsfrage ausarbeiten soll. Die Kommission hat folgende Fragen zu behandeln: Für wieviele Wochen im Jahre soll der Beitrag erhoben werden? Sollen weitere Beitragsklassen eingerichtet werden? Sollen die Beiträge von 5 zu 5 oder von 10 zu 10 Pf. abgestuft werden? Soll die Arbeitslosen- und Streikunterstützung im Falle der Beitragserhöhung gleichfalls erhöht werden? Janßen-Düsseldorf erstattete

Bericht vom letzten Gewerkschaftskongress. Er gab eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses. Dann wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des 8. Gewerkschaftskongresses einverstanden. Die Delegierten versprechen, im Sinne der gefassten Beschlüsse zu wirken. — Die Beschickung des nächsten Gewerkschaftskongresses geschieht nach dem Beschluß des 4. Gewerkschaftskongresses mit der Maßgabe, daß zwölf Delegierte entsandt werden, unter denen sich je ein Vertreter des Zentralvorstandes, der Modaktion und des Ausschusses befinden.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Die Anstellungsbedingungen der Verbandangehörigen referierte Ede-Hamburg: Es sei eine Pflicht des Verbandes, wie es die Pflicht jedes anständigen Arbeitgebers sei, für seine Angestellten die vollen Beiträge zur staatlichen Angehörigenversicherung zu zahlen. Andere Gewerkschaften hätten sich schon dazu bereit erklärt. Einen dementsprechenden Beschluß habe sowohl die Generalkommission als auch der Parteivorstand gefaßt. Auch die Geschäftler der Verbandangehörigen bedürften einer zeitgemäßen Aufbesserung. Die jetzt geltende Gehaltskala sei 100% festgesetzt worden. Danach belägen die angestellten Mitglieder des Zentralvorstandes ein Anfangsgehalt von 2400 M., steigend bis 3000 M.,

während die Hilfsarbeiter im Zentralbau mit 2200 M. anfangen und bis 2000 M. steigen. Ein Teil der damaligen Hilfsarbeiter befindet sich jetzt in verantwortlichen Vorständen. Für die Gauleiter sei 1907 ein Anfangsgehalt von 1900 M. angelegt worden, welches bis 2000 M. steigt. Diese Gehälter entsprechen den heutigen Verhältnissen nicht mehr. Es sei auch zu berücksichtigen, daß die Angestellten der Genossenschaften und der Partei im allgemeinen wesentlich höhere Gehälter bezögen. Die Angestellten des Verbandes wollten sich nicht auf die höchsten Gehälter von Parteiredakteuren berufen, aber das könnten sie mit gutem Recht fordern, daß sie den Bezirkssekretären der Partei im Gehalt gleichgestellt werden. Es sei auch wünschenswert, daß die Zahlstellenangelegenheiten aus der Hauptkassse bezahlt und wenn nicht leicht, so doch später ihre Gehälter nach bestimmten Grundsatzen geregelt werden. Bestimmte Vorschläge hinsichtlich der Gehaltsaufbesserung mache der Vorstand nicht. Er erwarte, daß die Delegierten sich nicht auf den Standpunkt des Arbeitgeber stellen, sondern daß sie bereit sein würden, in kameradschaftlicher Weise den Wünschen der Angestellten entgegenzukommen.

Die meisten Redner, welche zu dieser Angelegenheit sprachen, hielten im Hinblick auf die seit 1907 wesentlich verbesserte Lebenshaltung eine Gehaltserhöhung für durchaus begründet, doch wurden Bedenken darüber geäußert, daß der Vorstand keine bestimmten Vorschläge gemacht und die Mitglieder nicht Gelegenheit gehabt hätten, zu dieser Sache Stellung zu nehmen. Deshalb wurde vorgeschlagen, die Gehaltsregelung bis zur nächsten Generalversammlung zu vertagen. Andere Redner bezeichneten ein Hinausschieben als unzumutbar und ersuchten um eine sofortige Erledigung in der einen oder anderen Weise. — Nach Schluß der Debatte beschloß die Versammlung gegen fünf Stimmen, daß die vollen Beiträge zur Angestelltenversicherung aus der Verbandskassse gezahlt werden. Gegen acht Stimmen entschied sich die Versammlung für eine neue Gehaltsregulierung der Angestellten. Hierfür wurde eine Kommission eingesetzt, welche eine neue Gehaltskala aufstellen soll.

Die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress hatte folgendes Ergebnis: Ege-Frankfurt a. M., Witt-Berlin, Knäuper-Berlin, Janßen-Düsseldorf, Steffen-Bremen, Schmidt-Breslau, Kösch-Dresden, Decker-Braunschweig, Kemmer-München, Schrader-Hamburg, Bringmann-Hamburg, Rube-Berlin.

Als Delegierter zum internationalen Kongress wurde Schrader-Hamburg bestimmt.

Stadtverordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Februar 1913, nachmittags 6 Uhr.

Vorsitzer Michalek eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. In den Ausschuss für die Vorlage betr. den Zentralverein für Arbeitsnachweis hat die sozialdemokratische Fraktion Brückner, Dupont, Glode, Koblenzer entsandt. In der Ausschussberatung ist dem Verlangen des Magistrats, in das Regulator für die Abnahme von Gas aus den städtischen Werken die 1910 befestigte Vorschrift eines Mindestverbrauches von 300 Kubikmeter jährlich für diejenigen Abnehmer, die sich der Gasautomaten bedienen, wieder aufzunehmen, stattgegeben worden, allerdings nur mit vier gegen vier Stimmen, wobei die Stimme des Vorsitzenden und Referenten Jacobi (M. L.) den Ausschlag gegeben hat.

Stadtv. Hinge (Soz.): Ich bitte, die Vorlage abzulehnen. Die nackten Zahlen, die man uns im Ausschusse gegeben hat, müßten allerdings dahin führen, etwa die Hälfte der aufgestellten Automaten einzuziehen und der ärmeren Bevölkerung diesen Vorteil wieder zu nehmen. Auch die Versorgung Berlins mit Licht würde danach schließlich einfach wieder zu einem Privilegium der Reichen werden. Wenn auch 1900 Verbraucher mit unter 100 Kubikmeter im Jahr vorhanden waren, so ist doch der Durchschnitt pro Jahr ein ganz anderer, nämlich 378 Kubikmeter. Bei den Ringgasmessern hat sich 1911 im ganzen eine Zunahme des Verbrauchs um 5 700 000 Kubikmeter ergeben, während die Gesamtzunahme des Gasverbrauchs nur vier Millionen Kubikmeter betrug; der Rückgang bei dem andern Gas ist also nur durch die größere Zunahme bei den Automaten ausgeglichen worden. Im übrigen besagt der Bericht der Gaswerke selbst, daß die Verteuerung der Gasabnehmer auch zu einer Einschränkung des Gasverbrauchs zwingt. Es wird die denkbar größte Propaganda für die Steigerung des Gasverbrauchs gemacht; aber hat man die Konsumenten erst gewonnen, dann heißt es: „Frisch, Vogel, oder stirb!“, dann soll ein Mindestverbrauch von 300 Kubikmeter vorgeschrieben werden, gleichviel ob der Betreffende es nötig hat oder nicht. Als Geschäftsmann muß ich doch gerade auch einmal einen kleinen Abnehmer durchschleppen. Berlin verdient ja am Gas sehr stark, der Kubikmeter Gas kostet uns nur 9 Pf., hier aber rechnen wir 15 1/2 Pf. Mit der Zeit wird ja die Abnahme von Automaten weiter steigen; aber auch ohne das hat die Stadt eine Verpflichtung gegenüber der ärmeren Bevölkerung. Den anderen Abnehmern von Gas gewähren wir ja auch noch Rabatte bis zu 20 Proz.!

Stadtv. Engel (Fr. Fr.): Wir haben keine Veranlassung, der Gasanstalt Schaden zuzufügen. Wer so geringen Gasverbrauch hat, kann sich eine Petroleumlampe und einen Petroleum- oder Gasföcher anschaffen, dann kommt er ebenso billig dazu, während die Stadt keinen Schaden zu erleiden hat. Die Automaten-gasmesser selbst machen uns nicht unbedeutende Kosten. Würden Sie die Vorlage ablehnen, so bliebe der Anstalt nichts übrig, als sehr, sehr vorsichtig bei der Ausführung von solchen Anschlüssen zu sein. Es sind tatsächlich Fälle vorgekommen, wo ein Mieter aus Anlaß eines Geburtstages sich die Leitung legen ließ. Wir können die Wiederaufnahme der alten Bestimmung nur empfehlen.

Eine weitere Debatte wird nicht beliebt.

Im Schlußwort hebt Stadtv. Jacobi noch hervor, daß schon über zehn Millionen in die Automaten hineingesteckt seien. Bei der gegenwärtigen Finanzlage könne es mit Anschlüssen so nicht weiter gehen.

Stadtv. Hinge bedauert, daß er nicht nochmals zum Wort kommen kann. Es sei vorher noch Kollege Solinger auf der Rednerliste verzeichnet gewesen; der habe sich freizieh lassen, und auch vom Magistratsrat habe niemand den Mut zu einer Erwiderung gefunden. Das Bureau habe seine zweite Wortmeldung nicht zur Kenntnis genommen; er bedaure, daß so verfahren worden sei.

Stadtv. Fried (M. L.) als Schriftführer konstatiert, daß Stadtv. Hinge sich bei ihm nicht gemeldet hat.

Die Abstimmung ist auf Antrag Hinge eine namentliche; die Vorlage wird mit 71 gegen 33 Stimmen angenommen.

Der Verkauf einer Parzelle in Rosenhal an die dortige Kirchgemeinde zur Erweiterung des Begräbnisplatzes ist in der Ausschussberatung mit der Maßgabe der Genehmigung empfohlen worden, daß die Anlage von Erbgräbern auf der Parzelle ausgeschlossen sein soll und der später von der Parzelle für die Industriebahnverbreiterung abzutretende Teil deutlich abzugrenzen ist und mit Gräbern überhaupt nicht belegt werden darf. Ohne Debatte werden die Ausschussanträge zum Beschluß erhoben.

Das vom Magistrat vorgelegte Verzeichnis der im Rechnungsjahr 1913 neu und unzulastender Straßen wird ohne Debatte einem besonderen Pflasterauschuss überwiesen.

Der Einsetzung einer gemischten Deputation zur Prüfung des Ortsstatuts für das Berliner Gewerbegebiet in bezug auf das allüberall Wahrecht hat der Magistrat zugestimmt.

Das Denkmal des Herrn v. Blomberg am Königsplatz soll durch ein würdigeres ersetzt werden. Jetzt bildet es einen Teil

einer früheren Grundstücksunterwerfungsmauer. Herr v. Blomberg war lippischer Offizier und fiel am 26. Februar 1813 als Erster bei den vor den Toren Berlins stattgehabten Kämpfen. Die „Lippische Vereinigung zu Berlin“ will ein neues Denkmal in stänfischem Kupferstein herstellen lassen; die der Aufbewahrung wertigen Teile des alten sollen im Märkischen Museum oder in einem ähnlichen Institut aufgehoben werden.

Die Versammlung ist mit der Ausstellung des neuen und mit der Beseitigung des alten Denkmals einverstanden.

Der abgeordnete Entwurf der Inselbrücke und der gegen den von 1908 um 40 000 M. auf 430 000 M. ermäßigte Kostenaufschlag wird ohne Diskussion genehmigt.

Zur Anlegung der rechtsseitigen Spreuerstraße zwischen Rühlendamm und Waisenbrücke, des sogenannten Rolandufers, soll das Grundstück Stralauer Str. 53 für 350 000 M. freihändig erworben werden.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Ich glaube im Interesse der Versammlung und des Magistrats zu handeln, wenn ich Ihnen die Gründe für die Einsetzung eines Ausschusses jetzt nicht vorführe. Ich werde das im Auspruch tun. Sollte meinem Antrage auf Ausschussberatung widersprochen werden, so sind wir bereit, diese Gründe auch hier im Plenum vorzutragen.

Ohne weitere Erörterung wird nach dem Antrage Hoffmann beschloffen.

Für die Kohlenförderungsanlage und für das Anschließgeleise der Zentrale Buch sollen außer den bisher bewilligten Mitteln noch weitere 51 000 M. aufgewendet werden, um den Betrieb zu verbessern und zu verbilligen und um das neue Gleise sofort in Betrieb nehmen zu können.

Die Vorlage wird angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 1/2 1/2 Uhr.

Landkrankenkassen für industrielle Großstädte.

Welches Unheil mit der Zulassung von Landkrankenkassen geschaffen worden ist, zeigt die Tatsache, daß eine Reihe von Groß- und Industriestädten, wie Düsseldorf, Dortmund, Münster, Buer, Recklinghausen, von dem Rechte, Landkrankenkassen zu gründen, Gebrauch gemacht haben. Daß für Großstädte und ausgeprägte Industriestädte das Recht zur Gründung solcher minderwertigen Kassen nicht in Frage kommen sollte, ist bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung ausdrücklich betont und war sogar schon in den Motiven gesagt worden. Die Praxis zeigt aber, daß selbst das scheinbar Unmögliche möglich gemacht wird, daß die Reaktion versteht, die Reichsversicherungsordnung sich in noch viel höherem Grade dienstbar zu machen, als das größte Mißtrauen in die Auslegungszwecken ließ.

Im Bochumer Stadtverordnetenkollegium, das gleichfalls die Errichtung einer Landkrankenkasse beschloffen hat, brachte es sogar der Vertreter des Magistrats, ein Stadtrat namens Pöschner, fertig, zu behaupten, daß die Landkrankenkasse die eigentliche Regel in neuangeordneten Krankenversicherungsweisen bilden solle. Die Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen seien als Ausnahmen zu betrachten. Das gehe auch daraus hervor, daß die fernere Zulassung der bisherigen Ortskrankenkassen als allgemeine Ortskrankenkassen erst von den Aufsichtsinstanzen nachgesucht werden müsse. — Diese Argumentation zeigt, wie die reaktionären Elemente aus jeder Blüte Honig zu saugen verstehen.

Der Stadtrat von Bochum hatte tatsächlich den Mut, die Errichtung einer Landkrankenkasse für die Industriestadt Bochum mit ihren 140 000 Einwohnern, in der bereits heute neben einer leistungsfähigen Ortskrankenkasse zwölf Betriebs- und sechs Innungs-Krankenkassen bestehen, zunächst damit zu begründen, daß eine Landkrankenkasse für höchstens 4500 Mitglieder keine Zersplitterung bedeute.

Derselbe Stadtrat hat vor ein paar Jahren die Auflösung der Gemeindefrankenkasse zugunsten der Ortskrankenkasse ausdrücklich mit dem Zentralisationsprinzip begründet.

Um den Versicherungspflichtigen die Sache schmackhaft zu machen, wurde ihnen vom Stadtrat unter Verwendung willkürlicher Zahlen vorgerechnet, daß sie sich hinsichtlich des Krankengeldes nicht schlechter stellen würden, als in der Ortskrankenkasse. Das geringere Sterbegericht könne nicht in Frage kommen, da die meisten Versichererten ja ledige Dienstboten sein würden. Ebensovienig könne die nur vierwöchentliche Ruhezeit für Wöchnerinnen eine Rolle spielen, denn im Interesse der 3200 weiblichen Dienstboten, die der Landkrankenkasse angehören würden, dürfe man annehmen, daß nur wenige von ihnen in die Lage kommen werden, diese Unterstützungsförm in Anspruch zu nehmen. Zudem seien vier Wochen auch völlig genügend. Beamtenfrauen könnten sich keine vier Wochen Ruhe leisten.

Nach diesen vielversprechenden Präliminarien konnte der Pöschner Kern enthüllt werden: Die „politischen Einflüsse“, die sich gelegentlich der Wahlen bei den Ortskrankenkassen bemerkbar machen, werden den Herrschaften keine Sorge machen. Die Mehrheitsparteien des Reichstags hätten bei Schöpfung der Bestimmungen über die Zulassung von Landkrankenkassen sich von dem Gedanken leiten lassen, politische Momente von der Krankenversicherung fernzuhalten. Das Stadtverordnetenkollegium möge selbst entscheiden, ob es diesen nationalen Gründen Rechnung tragen wolle.

Unter-Blümer ist wohl in keiner Groß- und Industriestadt die Rechtslosmachung eines großen Teils der der Krankenversicherungspflicht neu unterstellten Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten worden wie hier. Man muß sich nämlich vergegenwärtigen, daß nicht nur Städte wie Köln, Essen (in Düsseldorf hat der Oberbürgermeister den Ausschlag zugunsten der Landkrankenkasse gegeben), die Errichtung einer Landkrankenkasse abgelehnt haben, sogar der Kreisrat des Landkreises Bochum und der Landkreis Essen, haben die Errichtung von Landkrankenkassen abgewiesen; ja bis in das schwarze Sauerland hinein hat sich die Ablehnung von Landkrankenkassen erstreckt.

Ironie der Geschichte, daß die Zentrumsarbeitsvertreter in Bochum sich genötigt haben, zu erklären, die Landkrankenkassen seien von Zentrum und den Nationalliberalen nur „geschickt“ worden, um nicht die ganze Reichsversicherungsordnung scheitern zu lassen. Mit anerkanntem Recht haben die Bochumer Zentrumsarbeitsvertreter das Unrecht geschildert, daß den unter die Landkrankenkassen fallenden Versicherern zuteil werden würde; mit Recht wiesen sie auf die Rückwärtslosigkeit hin, die darin lag, daß der Magistrat den Stadtverordneten über diese wichtige Vorlage nicht einmal eine mit statistischen Material belegte schriftliche Begründung vorgelegt, daß er vielmehr sich über seine Stellung zur Frage der Errichtung einer Landkrankenkasse, an die im Ernst niemand gedacht hätte, ausgehend und vier Stunden vor Ablauf der Frist den Stadtverordneten die Frage zur Entscheidung vorgelegt hat.

Half alles nichts. Die paar Zentrumsarbeitsvertreter, die von Werlsherrnugaden im Stadtparlament saßen, blieben allein. Noch nicht einmal ihre eigenen Fraktionskollegen, die „besseren Katholiken“, hielten es für nötig, eine Lanze für das Recht der Dienstboten zu brechen. Ihr Führer, der als Referent der Ausschüsse die Vorlage zu vertreten hatte, machte nur die schwächste Bemerkung, daß er persönlich gegen eine Landkrankenkasse sei. Mit 22 gegen 12 Stimmen wurde die Errichtung einer Landkrankenkasse für Bochum beschloffen!

Die Schuldigen sind die Mehrheitsparteien, die allen Gründen der Gerechtigkeit und allem modern-sozialen Geiste zum Trotz, aus Haß gegen die Selbstverwaltung, aus Zucht vor der Sozialdemokratie die Errichtung der Landkrankenkasse in die Reichsversicherungsordnung hineinbringen wollten. Bei ihnen haben die entrechteten Versicherungspflichtigen sich zu bedanken.

Aus der Partei.

Ein herber Verlust.

Von einem schmerzlichen Verlust ist der Genosse Wolfgang Heine betroffen worden. Nach längerem Leiden verstarb am Mittwoch seine Frau. Wir sprechen zu dem schmerzlichen Schicksalsschlag, der den Genossen Heine und seine Kinder betroffen hat, unser aufrichtiges Beileid aus.

Eine Niederlage des Reichsverbandes.

Unser Parteiblatt in Brandenburg a. N., die „Brandenburger Zeitung“, enthielt am 24. Dezember 1911 im Inseratenteil einen satirisch gehaltenen Artikel, welcher die Form eines vom Reichsverband ausgehenden Inserats fingierte, durch das die Wähler des Reichsverbandes für die damalige Reichstagswahltagung empfohlen wurden. Dieser launige Einfall des Blattes und namentlich der Witze in dem scheinbaren Inserat behagte aber 11 Mitgliedern des Hauptvorstandes des Reichsverbandes gar nicht. Sie — an der Spitze Herr von Liebert — verklagten den Genossen Baron als verantwortlichen Redakteur der Nummer wegen Beleidigung. Sie meinten, der Reichsverband sei groß verhöhnt und damit seien seine verantwortlichen Vorstandsmitglieder beleidigt worden.

Das Schöffengericht verurteilte auch unsere Genossen zu einer Geldstrafe von 50 M.

Die Strafkammer in Brandenburg als Berufungsinstanz hob jedoch das Urteil auf und erkannte auf Einstellung des Verfahrens wegen mangelnder Akte legitimierung der klagenden reichsverbandlichen Hauptvorstandsmitglieder. — In der Begründung wurde u. a. ausgeführt:

Die inframitrierten Äußerungen richteten sich gegen den Reichsverband. Es fragte sich deshalb, ob Mitglieder des Verbandes beziehungsweise die Vorstandsmitglieder überhaupt ein Klagerrecht hatten. Das müßte im vorliegenden Falle verneint werden, obwohl die gebrauchten Witze über ein zulässiges Maß hinausgingen und an sich beleidigend seien, da sie den Vorwurf der politischen Unredlichkeit und Unlauterkeit enthielten. Entscheidend sei, daß sich die Vorwürfe hier nur gegen die Tätigkeit des Reichsverbandes als Kollektivsein richteten. Daß die Beleidiger von gesetzgebenden Körperschaften oder anderen politischen Körperschaften, endlich auch die Beleidiger gewisser Kollektivbegriffe — sie aber nur bei Kreditgefährdung, zum Beispiel von Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Sparkassen — wegen Beleidigung bestraft werden könnten, sei durch die §§ 197, 187 des Strafgesetzbuchs bestimmt. Anderen Kollektivbegriffen (Kollektivseinheiten), ganz gleich, ob sie juristische Personlichkeiten seien oder nicht, habe aber die Rechtsprechung (Reichsgericht) die Beleidigungsfähigkeit versagt. — Wenn jemand von einer solchen Kollektivseinheit, etwa einem Verein, etwas Ehrenrühriges behauptet, so meine er — wenn nicht etwas Besondere dazu hinzukomme — diese Einheit als solche. Abgesehen von den Fällen, wo in der beleidigenden Kundgebung selbst oder in dem Vorfalle, welcher sie veranlaßt hat, irgendeine spezielle Beziehung auf eine oder mehrere Personen erkennbar sei, so daß sich diese Personen im Wege der Schlussfolgerung aus der Kundgebung selbst oder aus anderen Momenten ermitteln lassen. Im vorliegenden Falle gelten aber nach Ueberzeugung des Gerichts die Vorwürfe in dem wipigen Inserat der gesamten in der Erscheinung tretenden Tätigkeit der Kollektivseinheit, dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie als solchen, als einer von dem Wechsel der Mitglieder unabhängigen Personenmehrheit. Es fehle in dem Artikel an jedem Anhalt, der eine Beziehung auf einzelne Personen ermöge. Insbesondere lasse er nicht erkennen, daß dem Hauptvorstande des Reichsverbandes die Vorwürfe gemacht werden sollten, die das „Inserat“ enthalte. Das Gericht sei auch davon überzeugt, daß Wellagier eine solche Absicht nicht gehabt habe. Er habe eben nur die Absicht gehabt, die gesamte politische Tätigkeit des Verbandes mit seinen Anschauungen und Direktiven als solchen, losgelöst von den Personen der Mitglieder des Verbandes und des Hauptvorstandes und einzelner Mitglieder desselben, zu treffen. Somit seien die Privatkläger vorliegend nicht berechtigt zur Stellung eines Strafantrages und zur Erhebung der Privatklage. Darum müsse das Verfahren eingestellt werden.

Die Privatkläger legten nun noch Revision ein. Ihr Vertreter in der Verhandlung vor dem Kammergericht, Rechtsanwalt Dr. Rarraz, führte aus, es sei irrig, wenn der Vorderrichter meine, es handele sich hier nur um Vorwürfe gegen eine Kollektivseinheit beziehungsweise einen Kollektivbegriff. Es werde übersehen, daß doch verantwortliche Personen da seien. Zum mindesten bezögen alle Sozialdemokraten alles, was gegen den Reichsverband gesagt werde, auf Herrn v. Liebert. Mindestens müßte deshalb, soweit er in Frage komme, die Vorentcheidung aufgehoben werden.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der Vertreter des Genossen Baron, machte demgegenüber in eingehenden Rechtsausführungen geltend, daß das Urteil der Strafkammer keinen Rechtsirrtum erkennen lasse. Die einzelnen rechtlichen Ausführungen der Strafkammer ließen erkennen, daß sie sich an die Instanz höchster Instanzen halte, namentlich des Reichsgerichts. Dieses habe mal in einem Urteil ausgesprochen, daß sich durch Vorwürfe gegen „die Juden“ als Kollektivbegriff nicht ein Recht für einzelne Juden ergebe. Strafantrag zu stellen oder die Beleidigungsklage zu erheben. Immer müßte sich, wie auch die Strafkammer ausgesprochen habe, erst eine Beziehung auf einzelne bestimmte Mitglieder der Kollektivseinheit ergeben, die festzustellen allerdings auch durch Schlussfolgerung zulässig sein solle, bevor das Mitglied einer angegriffenen Kollektivseinheit das Recht zur Beleidigungsklage erlange. Hier verneine nun aber gerade das Landgericht auf Grund tatsächlicher Würdigungen, daß irgendeine solche Beziehung auf die Mitglieder des Reichsverbandes oder auf die Mitglieder des Hauptvorstandes oder auf einzelne Vorstandsmitglieder gegeben sei. Somit müßte die Revision der Herren vom Reichsverband zurückgewiesen werden. Nun werde für ihre Revision geltend gemacht, daß der Hauptvorstand verantwortlich wäre, sich deshalb beleidigt fühlen und klagen könne. Wenn das zuträfe, dann müßte er auch für alles, was vom Verbande ausgehe, die Verantwortung übernehmen und dann könnte er massenhaft von Sozialdemokraten verklagt werden, denn es gebe kein vom Reichsverband herausgegebenes Flugblatt, das nicht Beleidigungen von Sozialdemokraten enthalte. Und wenn gar Beleidigungen von Kollektivseinheiten, so „der Sozialdemokratie“, von allen ihren Mitgliedern sollten verfolgt werden können, dann gäbe es gar kein Ende für die Angriffsfähigkeit des Hauptvorstandes des Reichsverbandes. Das wäre die Rechtsseite der Reviden, wenn es nach der Auffassung der Privatkläger ginge.

Das Kammergericht verwarf denn auch am 4. Februar die Revision der Herren vom Reichsverband. Gründe: Die Revision der Privatkläger müßte an den tatsächlichen Feststellungen des Berufungsrichters scheitern. Der Berufungsrichter gehe zwar davon aus, daß die Äußerungen in dem „Inserat“ beleidigend gewesen seien. Aber er meine, es sei nicht darzulegen und nicht darzutun, daß es Beleidigungen der Privatkläger seien. Ferner stelle er fest, daß namentlich auch nicht festzustellen sei, daß Angellagter sich beunruhigt gefühlt, er beleidigt jene Herren. Ein Rechtsirrtum liege nicht vor und an die tatsächlichen Feststellungen sei das Kammergericht gebunden.

Zur Landtagswahl

nahm am Sonntag eine Konferenz der Vertrauensmänner des Wahlkreises Gummersbach-Waldbröl in Dieringhausen Stellung. Der Parteisekretär, Genosse Nitz, gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des preussischen Parteitages und beschloß eingehend die Resolution zur Landtagswahl. Die Konferenz stimmte den Ausführungen des Redners, besonders aber

Der Resolution zu. Es wurden sofort die Vorbereitungen für die Wahl in Angriff genommen. Als Kandidat für den Kreis Gumbrecht-Waldbröl wurde Genosse Witz einstimmig aufgestellt.

Gemeinbewahrfolg. In Blankenburg a. Harz wurde Genosse Robert Oppermann zum Stadtvorordneten gewählt; er ist der erste Sozialdemokrat, der in das Stadtparlament einzieht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein ostbairischer Prozeß.

Unmittelbar vor den Toren Danzigs liegt das 11000 Einwohner zählende und zum größten Teile von Arbeitern bewohnte Dorf Odra, dessen Geschichte der Gemeinde- und Amtsverordneter Lind leitete. Er, der Amtsverordneter Meißner und die übrigen Polizeiorgane sollen durch einen Artikel der Danziger „Volkswacht“ im Oktober des vorigen Jahres beleidigt sein, indem die Frage aufgeworfen wurde, ob die Polizeiwachstube sich in dem Tanzlokal „Zur Ostbahn“ befinde. Weiter war darin die Unparteilichkeit der Polizeiorgane bezweifelt. In diesem Tanzlokal finden fast ausschließlich die Tanzergnügen für Arbeiter statt, die nach Danzig kommen. Die Einwohner des Ortes klagten schon lange über Aufregungen und Skandal, die dort verursacht wurden. Vom polizeilichen Einschreiten dagegen war jedoch niemals etwas zu hören. Unsere Genossen dagegen müssen um die Ausübung ihres Versammlungswortes einen harten Kampf führen. Der Wirt des von ihnen besuchten Lokals „Zum fidele Bauer“ gab sich alle Mühe, den polizeilichen Anforderungen zu genügen. Er konnte trotzdem nicht das Verbot öffentlicher Tanzergnügen und die Herabsetzung der Polizeistunde verhindern. Zu seinem Schutz ging er schließlich an das Oberverwaltungsgericht und machte zu seiner Verteidigung auf das weitherzige Verfahren der Polizei gegenüber der „Ostbahn“ aufmerksam. Darauf erklärte der westpreussische Oberpräsident von Jagow dem Gericht, daß beide Lokale absolut nicht miteinander verglichen werden könnten, weil in der „Ostbahn“ eben die Kutschen verkehrten und Aufregungen der Polizei von dort noch nicht bekannt geworden wären.

Der Prozeß gegen den Redakteur der „Volkswacht“, Genossen Hermann Lorenz, und den Gewerkschaftsbeamten Brill wurde vor der Danziger Strafkammer verhandelt. Es wurde festgestellt, daß der Amtsverordneter Meißner und auch andere Polizeiverordneter sehr häufig von dem Wirt der „Ostbahn“ in sein Lokal bestellt wurden, um vorbeugend für Ruhe zu sorgen und daß sie sich lange Zeit zu dem Zweck darin aufhielten. Sie erhielten dann auch Speisen und Getränke unentgeltlich. Ferner wurde vom Amtsverordneter selbst festgestellt, daß es eine Polizeiwachstube in Odra nicht gebe und daß häufig die Beamten aus der „Ostbahn“ geholt werden mußten, wenn sie dienstliche Aufgaben erledigen sollten. Das geschah auch von dieser Stelle, als ein berüchtigter Messerschneider einen Arbeiter erschossen hatte. Meißner gab an, daß er an dem Tage, als er zur Verhaftung des Totschlägers aus der „Ostbahn“ geholt werden mußte, dort war, um Lustbarkeitssteuer zu erheben. Aus dem Notizbuch, in dem der Wirt genau angezeichnet haben wollte, wann W. bei ihm diese Steuer abhalte, fand sich über diese Erhebung aber keine Eintragung. Der Verteidiger behauptete, daß ein Fleischer R. dem Meißner ein halbes Kalbsborsbein geschenkt habe und dafür eine Schuldenliste nicht verüben brauchte.

Genosse Brill behauptete, daß Meißner bei seinem Hauswirt war, um ihn zur Kündigung seiner Wohnung zu veranlassen. Der Beamte äußerte sich hierzu ausweichend und wollte schließlich nur gefragt haben, wie lange W. die Wohnung schon inne habe. Brill stellte fest, daß er die Kritik durch die „Volkswacht“ deshalb gewählt habe, weil er vom Landrat auf seine Beschwerde wegen eines nach dem Gutachten eines Gerichtschemikers im höchsten Grade gesundheitsschädlichen Brunnens überhaupt keine Antwort erhalten habe. Der Amtsverordneter wollte die Beschwerde zuerst als nicht begründet erscheinen lassen, mußte dann aber selbst bekennen, daß der Brunnen schließlich doch zugeschlüsselt worden war.

Der Staatsanwalt bedauerte zwar, daß Meißner als Ruhestifter in der „Ostbahn“ wirkte und unentgeltlich Speisen und Getränke annahm. Trotzdem forderte er für Lorenz 200 M. Geldstrafe und für Brill zwei Monate Gefängnis. Das Gericht billigte Brill, der in Odra wohnt, den Schutz berechtigter Interessen. Er sollte aber in der Form gefällig sein. Deshalb fordert es für Lorenz 100 M. oder 20 Tage Gefängnis und für Brill 200 M. oder 40 Tage Gefängnis.

Soziales.

Wissenschaftliche Ausnutzung der Arbeitskraft.

Der Amerikaner Taylor hat sein Buch „The principles of scientific management“ (Die Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung) ins Deutsche übertragen lassen.) Der Verfasser hat auf Grund wissenschaftlicher Methoden berechnet, wieviel Arbeitsleistung mehr aus einem Arbeiter herauszuholen ist. Er kommt zu dem Ergebnis, daß ein Arbeiter, dessen einzelne Handlungen genau nach „wissenschaftlicher“ Methode geregelt werden, unendlich mehr als heute leisten könnte. Ein Beispiel erläutere dies. Bei der Verhütung von Eisen wurde im Durchschnitt bei schwerer Arbeit 12,5 Tonnen Kohlen von einem Mann verbraucht. Taylor erhöhte den Zagehohn von 1,15 Dollar auf 1,85 Dollar unter der Bedingung, daß der Arbeiter sich bei seiner Verrichtung genau nach seiner Anleitung richte. Auf Grund vorheriger Kalkulation kommandiert er nun dem Arbeiter, wann der Woz Eisen zu heben ist, in welchem Tempo er zu tragen, wann er niederzulegen ist und wann und auf wie lange eine kleine Ruhepause eintreten soll. Auf Grund des nach wissenschaftlichen Grundrissen ausgearbeiteten Exerzierreglements wurde unter Taylors Kommando die Arbeitsleistung vollführt. Das Resultat war, daß statt 12,5 fortan 47,5 Tonnen Eisen bewegt wurden.

Was sein, daß Taylor bei seinen Experimenten nicht Durchschnittsarbeiter, sondern besonders geschickte und kräftige Arbeiter verwendet hat, so daß die Durchschnittsleistung sich etwas niedriger stellen könnte. Es ist einleuchtend, daß trotzdem eine erhebliche Arbeitsleistung durch die angewendete Methode sich herauspressen läßt. Vorbedingung ist freilich, daß die Methode für den Einzelnen richtig berechnet und daß während des gesamten Arbeitsprozesses der Arbeiter unter einer Leitung steht, deren Anordnungen er automatisch ausführt. Der Arbeiter wird bei diesem System zum willenlosen Kaffier, dessen geistige Regsamkeit durch diese Art Arbeit erheblichen Schaden nehmen muß.

Eine Anzahl Arbeiter haben sich den Experimenten Taylors in der trügerischen Hoffnung zur Verfügung gestellt, daß ihr Arbeitslohn dauernd ein höherer werden würde. Es liegt auf der Hand, daß die Lohnhöhe nur so lange anhält, als diese Art der Herausforderung von Arbeitsleistung noch nicht verallgemeinert ist. Für große Unternehmungen dürfte diese neue Arbeitsmethode trotz der erheblichen Kosten zur Erreichung des im Einzelfall anzuwendenden Kommandos und trotz der löstspieligen Notwendigkeit ständiger Ueberwachung und Anleitung der Arbeitsleistung möglicherweise große Vorteile bringen, wenn in der Tat das Taylor'sche System sich verallgemeinern ließe. Den Arbeitern droht aus ihr die Erziehung zum Stumpfsinn und zur Unterdrückung ihrer geistigen Fähigkeiten. Auf die weitere Entwicklung dieser nach Taylor von der in Ausübung der Arbeitskraft rücksichtslosen Steel Cie. bereits verschiedentlich zur Anwendung gebrachten rationalisierten Arbeitsmethoden wird man zu achten haben. Eine derartige Herausforderung des physiologischen Maximums von

*) Frederik Winslow Taylor: Die Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung. Deutsch von Dr. Kochler. 1913. R. Oldenbourg, München und Berlin.

Arbeitsenergie aus dem Arbeiter kann von verheerender Wirkung sein. Ein Schutz des Arbeiters gegen diese Folgen wäre notwendig.

Entschädigungspflicht für Berufskrankheiten.

Der bekannte Gewerbehygieniker Prof. Dr. Th. Sommerfeld veröffentlicht im ersten Heft der von ihm redigierten Zeitschrift „Die Hygiene“ einen Artikel über Entschädigung für Berufskrankheiten. Seine Ausführungen sind dahin zu konzentrieren:

Bei der Schaffung der sozialpolitischen Gesetzgebung hat der Gesetzgeber die Entschädigungspflicht auf die Betriebsunfälle allein beschränkt, da bei diesen der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung leicht festgestellt werden kann. Es gibt aber noch eine beträchtliche Reihe innerer Erkrankungen, deren Entstehung unmittelbar auf die berufliche Tätigkeit zurückzuführen ist. Auf diese sollte die Entschädigungspflicht nach den gleichen Grundsätzen wie bei Betriebsunfällen ausgedehnt werden. Körperliche Mißgestaltungen, wie Plattfuß, Säbelschneide, Bildung von Krampfadern mit nicht seltenem Ausbruch in Unterschenkelgeschwüre, die Entwicklung der sogenannten Staublungen infolge von Einatmung des bei der Arbeit sich entwickelnden Staubes, vor allem aber zahlreiche gewerbliche Vergiftungen sind unmittelbare Folgen der Berufstätigkeit. Es sollte selbstverständlich sein, daß ein Arbeiter, der Tag aus Tag ein kleine Mengen des giftigen Weisseis bei der Ausübung seines Berufes in seinen Körper aufnimmt, dadurch zu Siedtum oder sogar zum Tode durch Bleivergiftung verurteilt ist, einen ebenso gerechten Anspruch auf eine entsprechende Entschädigung hat wie jener, der durch einen Unfall in Gebrauch seiner Gliedmaßen beschränkt ist.

In der Gesetzgebung des Auslandes werden Berufskrankheiten vielfach als Unfallkrankheiten angesehen. Nach dem Schweizerischen Bundesgesetz vom Jahre 1881 heißt der Betriebsunternehmer auch für den durch Krankheit eines Angestellten oder eines Arbeiters entstandenen Schaden, wenn die Erkrankung erwiesenermaßen durch den Betrieb der Fabrik erfolgt ist. Als solche gefährliche Industrien erklärt der Bundesratsbeschluss vom 18. Januar 1901 alle Anlagen, die die Verarbeitung der näher bezeichneten giftigen Stoffe gewerblich betreiben. Auch die ungarische Regierung hat sich für die Entschädigung gewerblicher Erkrankungen ausgesprochen und die folgenden Gesundheitschädigungen für entschädigungspflichtig erklärt: Mißbrandkrankheit, Wurmtankheit, Koh-, Blei-, Phosphor-, Arsen-, Benzol-, Nitro- und Amido-Verbindungen, Schwefelkohlenstoff, Salpetersäure und nitroxe Gase, Quecksilber, Hautverätzungen und Hautgeschwüre.

In Deutschland werden gegen eine Ausdehnung der Entschädigungspflicht erhebliche Bedenken geltend gemacht, und zwar von den Unternehmern. Die eine zu große Belastung mit darauf folgenden Herabsetzung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt befürchten; weiter werden wissenschaftliche Bedenken derart geltend gemacht, daß die chronischen gewerblichen Vergiftungen nicht immer einwandfrei festzustellen seien. Prof. Sommerfeld legt eingehend dar, daß die von beiden Seiten aufgeworfenen Bedenken nicht gerechtfertigt sind.

Mit dem Hinweis auf die Förderung der durchaus zweckmäßigen Angelegenheit für die zu entschädigenden gewerblichen Vergiftungen beim Gewerbekrankheiten, die die Delegiertenkonferenz der internationalen Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz bereits im Jahre 1904 gefordert hat, schließt Prof. Dr. Th. Sommerfeld seine Ausführungen.

Eine Klage auf Lohnzahlung.

Wegen des Schankwirts Lens, der im Dezember am Bahnhof Friedrichstraße einen Handel mit Weihnachtsbäumen trieb, klagte der Arbeiter P. auf Zahlung von 16 M. Lohn vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts. Wie der Kläger in der Verhandlung behauptete, war er vom 11. bis 18. Dezember für den Beklagten beim Verkauf von Weihnachtsbäumen tätig. Es seien ihm täglich 2 M. Lohn sowie das Essen versprochen worden. Außerdem sollte er den Erlös von den einzelnen Zweigen erhalten. Die 2 M. habe er jedoch nicht erhalten und deshalb am 18. Dezember die Arbeit eingestellt. Der Beklagte gab an, er habe dem Kläger zuerst 2 M. pro Tag versprochen, dann aber mit ihm vereinbart, daß er das Essen, Zweigeld sowie Trinkgelde für Beglitten der gelauteten Bäume bekommen sollte. Die 2 M. rechne er täglich für die Verfertigung. Die Wirtin des Beklagten bestätigte dessen Angaben. Der Kläger blieb bei seiner Behauptung, ihm seien außer der Verfertigung 2 M. täglich zugesichert worden. Er habe oft, während der Verfertigung in der Kneipe geessen, Bäume verkauft. Für das Beglitten derselben sei dann ein anderer Arbeiter angenommen worden, er also den Trinkgelde verlustig gegangen.

Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 10 M. an den Kläger. Nach § 115 der Gewerbeordnung wäre der Gewerbetreibende verpflichtet, die Löhne seiner Arbeiter in Reichsmährung zu berechnen und vor auszuzahlen. Die Verfertigung dürfe nur zum Selbstkostenpreis berechnet werden. Das Gericht sei der Ansicht, daß das dem Kläger verabfolgte Essen nur mit 1 M. pro Tag in Anrechnung gebracht werden dürfe. Mitin sei der Beklagte zur Zahlung von 10 M. Lohn zu verurteilen. Mit der Mehrforderung wurde der Kläger abgewiesen.

Gerichts-Zeitung.

Polizeispittel.

Ein besonderes Kreuz für die Gastwirte sind die Polizeispittel, deren Aufgabe es ist, Uebertretungen der Polizeistunde zur Anzeige zu bringen, wenn es sich um einen solchen Anzeige Betroffenen in den meisten Fällen sehr schwer, die Behauptungen eines solchen Belastungszeugen durch Gegenbeweise zu entkräften. Wenn Leute, die sich zu solchen Liebediensten für die Polizei hergeben, Affordlohn erhalten, also für jede Strafanzeige bezahlt werden, so haben sie ein natürliches Interesse daran, möglichst viele Personen zur Anzeige zu bringen. Eine sehr rührige Hilfskraft der Polizei auf diesem Gebiete ist der „Kaufmann“ Fritz Hartung, ein verhältnismäßig noch jugendlicher Mann, dem man jetzt häufiger als Belastungszeugen in solchen Strafsachen vor Gericht begegnet.

Gestern trat er als Angeber gegen einen Schankwirt Paerch vor der 8. Strafkammer als Berufungsinstant auf; er hatte auch diesen nach einer Anzahl anderer Gastwirte beschuldigt, noch nach 11 Uhr Gäste in seinem Lokal bewirtet zu haben. Der Angeklagte bestritt es und berief sich auf einen einwandfreien Zeugen, der behauptete, daß der Angeklagte an dem kritischen Tage sein Lokal pünktlich geschlossen habe und auch niemand — auch der Belastungszeuge nicht — nach der Polizeistunde mehr sich im Lokal aufgehalten habe. Der Belastungszeuge blieb trotzdem dabei, konnte aber Einzelheiten bezüglich der Lage des Lokals usw. nicht angeben, auch nicht den Mann beschreiben, der ihn angeklagt bedient habe. Auf Betragen des Verteidigers gab er zu, daß er für die Polizei solche Denunzationsdienste verrichte und für jeden Fall bezahlt werde. — Rechtsanwält Dr. Kantorowicz hielt es für ganz undenkbar, daß einzig auf die Aussage eines solchen Zeugen hin, der ein lebhaftes finanzielles Interesse an der Größe der Anzahl seiner Denunzationen habe, ein Angeklagter verurteilt werden könne. Er mache darauf aufmerksam, daß in einem anderen gleichartigen Prozesse das Gericht trotz der bedauerlichen Aussage dieses Belastungszeugen auf Freisprechung erkannt habe. In jenem Prozesse sei auch eine Reueherung des Zeugen zu einer dritten Person festgestellt worden, die dahin ging: „er mache Aussagen, die man drehen könne“. Früher habe einmal ein Mann sein Brot damit zu verdienen gesucht, daß er Automobilfahrern auslauierte, ihnen Rollen stellte und sie zur Anzeige brachte. Nachdem die Gerichte erkannt hätten, daß es sich um einen Polizeispittel handelte, hätten sie diesem Manne keinen Glauben mehr geschenkt und er hoffe, daß dies auch gegenüber dem jetzigen Belastungszeugen der Fall sein werde.

Der Staatsanwalt schloß sich dem Antrage auf Freisprechung an. Das Gericht erkannte auch auf Freisprechung.

Drangsalierungen gegen Polen.

Der holländische Turnverein Socol in Rogilno (Regierungsbereich Bromberg) wollte am 18. Februar 1913 eine Theateraufführung mit folgendem Tanzergnügen abhalten. Die Polizeiverwaltung verbot für beides die Genehmigung.

Die Vorstandsmitglieder Jarecki, Botiadi und Namrodi beschwerten sich vergeblich beim Landrat und dann beim Regierungspräsidenten in Bromberg.

Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt der Klage stattgegeben und die polizeiliche Verbotsverfügung außer Kraft gesetzt.

Gründe: Außer Zweifel sei, daß die ganze Veranstaltung öffentlich sein sollte. Sie habe in zwei Teile zerfallen sollen. Was nun die geplante öffentliche Theateraufführung angeht, so würde sich hier die Befugnis der Polizei bemessen nach der Verordnung von 1885. Diese stelle aber das Verbot nicht durch aus in das Ermessen des Polizei, sondern sie erfordere konkrete Tatsachen, aus denen sich eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Sinne des § 10, Teil 2, Titel 17, des Allgemeinen Landrechts ergebe. Das Stück habe hier keinen Bedenken unterliegen. Es sei nur geltend gemacht, daß derselbe Teilnahmekreis bei einem früheren Anlaß vereinigtgedliche und polizeiliche Vorschriften verletzt habe. Selbst wenn das in der Beziehung noch schwebende Verfahren für die Angeklagten ungünstig abgeschlossen wäre, würden die Tatsachen nicht genügen, das jegliche Theaterverbot zu rechtfertigen. Es sei also aufzuheben. — Bleibe die Tanzlustbarkeit. Die Verfügung ihrer Genehmigung müsse wegen Ungültigkeit der Polizeiverordnung von 1842 aufgehoben werden. Diese Verordnung unterstelle nicht nur öffentliche, sondern auch geschlossene Tanzlustbarkeiten der Genehmigungspflicht. Das sei unzulässig, da geschlossene Veranstaltungen nicht der Genehmigungspflicht unterstellt werden könnten, sondern nur öffentliche. Ferner wolle die Verordnung einzelne öffentliche Veranstaltungen von der Genehmigungspflicht ausschließen. Das sei ebenfalls unzulässig. Diese Verordnung sei demnach ungültig. Und ein Anlaß, auf Grund der allgemeinen polizeilichen Befugnisse einzuschreiten, habe nicht vorgelegen. So sei auch dies Verbot aufzuheben.

Aus der frauenbewegung.

Ueber die Bedeutung der Erwerbsarbeit der Frau für ihre Familie

Sprach am Mittwochabend Frau Dr. Rosa Kempf-München in einer vom Frauenstimmrechtsverband einberufenen öffentlichen Versammlung. In ihrem mit reichem Tatsachenmaterial ausgestatteten Vortrag beleuchtete die Rednerin die aus der Erwerbsarbeit der Frau erwachsenden sozialen, sittlichen und kulturellen Schäden. Die Erwerbsarbeit der Frau ist in allen Kulturländern in ungefähr gleichem Maße anzutreffen, sie ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit, da die Männer nicht so gestellt sind, um auf die Mitarbeit der Frau verzichten zu können. Zur Feststellung der schlechten und gänzlich ungenügenden Lage der Arbeiterfamilien sprach Referentin über die kulturwidrigen Wohnungsverhältnisse in deutschen Großstädten und auf dem Lande und benutzte eine in München aufgenommene Enquete über den Ernährungszustand der Schulkinder. Danach waren in Volksschulen der Arbeiter- und Arbeitergegenden drei Viertel der Kinder unterernährt. In welchem Maße ist das eine Folge der durch wirtschaftliche Noth erzwungenen Erwerbsarbeit der Mutter? Die Frage selbst unbeantwortet. Selbst die Regelung und die Verbesserung des Konsums kann hier keine nennenswerte Abhilfe schaffen. Oft wird Heimarbeit der Fabrikarbeit vorgezogen, um die Kinder zu beaufsichtigen und den häuslichen Verpflichtungen besser gerecht zu werden. Doch auch das bringt der Familie der Heimarbeiterin keinen Nutzen, ja bedeutet durch Zusammenlegung von Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräumen eher einen Schaden für die Gesundheit. Die Voraussetzung, unter der die Frau die für sie schädliche Erwerbsarbeit ausüben konnte, wäre eine entsprechende Erhöhung der Männerlöhne. Doch das kann darauf wohl vergeblich warten würde, kann man die Erwerbsarbeit der arbeitenden Frau nicht hindern. Sie ist notwendig und unentbehrlich. Das Ziel müsse sein: den Frauen Erleichterung zu verschaffen. Aber bei der Erwägung, wie dies geschehen soll, ließ uns die Referentin durchaus unberücksichtigt. Sie sprach von neuen fortschrittlichen Gedanken, Problemen und Taten, an denen man mitarbeiten müsse. Ja, an welchen denn? Als einziges Mittel der Milderung der sozialen Noth und Abmilderung der hauswirtschaftlichen Lasten der Frau erwähnte sie die genossenschaftliche Hauswirtschaft. Die Lösung dieser Frage erwartet sie von der Arbeiterchaft selber. Präulein Lischnenska schloß in der Diskussion allerdings der Ansicht zu sein, daß die sozialen Schäden der heutigen Frauenarbeit ohne schwere Bedenken mit in den Kauf genommen werden können, da diesen ein so großer Vorteil gegenüberliege: die Kultur eines neuen Innenlebens der Frau, als dessen Grundlage die Erwerbsarbeit anzusehen sei. — Dies mag vielleicht auf einige erwerbsmäßig tätige Frauen der höheren Kreise zutreffen, auf die Mehrzahl der verheirateten Arbeiterinnen, die jeden Tag von neuem mit Lebensnöthen zu kämpfen haben, gewiß nicht. Das Verlangen der bürgerlichen Frauen in der Frage, was zur Erleichterung der arbeitenden Frau getan werden muß, erklärt sich aus ihrer Konsequenz. Wohl erkennen sie das heutige Wirtschaftssystem als Ursache der sozialen Schäden, aber die Grundlage dieser Gesellschaftsordnung wollen sie nicht erschüttern. Sie müssen sich, natürlich vergeblich, damit begnügen, einzelne Kräfteheberschneidungen ausheilen zu wollen.

Lesende.

Dritter Kreis. Heute Freitag im Gewerkschaftshaus (Transportarbeiteraal): Gemeindefestlicher Lesabend. Vortrag des Genossen Schent über: Jugendbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Zweiter Kreis. Den Lesabendteilnehmerinnen zur Nachricht, daß der Besuch des Kunstgewerbemuseums, Prinz-Albrecht-Str. 7, am Sonntag, den 9. Februar, nachmittags um 2 Uhr stattfindet. Pünktliche und zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vor dem Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 14 bis 17 Uhr abends, Sonnabend, von 14 bis 17 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Rückhabe und eine Post als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abwesenheitskartei beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Ueber Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

23. 35. Sie sind berechtigt, die Kinder zu sich zu nehmen. Sollte die russische Botschaft die Herausgabe verweigern, so wenden Sie sich an das deutsche Konsulat mit dem Hinweis darauf, daß die Kinder ebenfalls deutsche Reichsbürger sind. — G. S. 49. Eine straflose Handlung liegt unserer Ansicht nach vor. Anmerkung ist es rathsam, derartige Erklärungen zu unterlassen. In der Sache selbst stellen wir andern, in unserer Redaktion vorzusprechen. — G. S. 123. Sie sind zur Abnahme verpflichtet. — G. S. Nr. 10. Nein, sofern die Mängel des Eigentums nicht vorliegen. — G. S. 1. u. 2. Der Arbeiter ist nach § 115 der Gewerbeordnung nicht verpflichtet, bei der Lohnzahlung Reichsmünzen oder Banknoten (genanntes Papiergeld) anzunehmen. Silbermünzen brauchen nur bis zum Betrage von 20 Mark und Nickel- und Kupfermünzen bis zum Betrage von 1 Mark angenommen werden. — M. A. 53. Nein. — Frau Marquardt. Die Entziehung der Armenunterstützung wäre alsdann möglich. — Fr. S. 68. Falls der Wirt in die Verhaftung nicht willigt, ist es zweckmäßig, die Wohnung durch den Kreisarzt beschließen zu lassen. Hält dieser erhebliche Gesundheitsgefährdung für vorliegend, so können Sie räumen und Schadenersatz fordern. — G. S. 87. 1. 150 M. für den Fall der Behinderung kann Ermäßigung bis auf 5 M. erfolgen. 2. Zeugnisausweis der Heimarbeiterin. Inwiefern können noch weitere Schriftstücke verlangt werden, wird Ihnen nach Stellung des Zeugnisausweises. 3. Polizeipräsidium. Berlin. — A. Kreisler. Die Amerikaner Sie bei der Kirchenbehörde. — Ritsche. Bernauer Str. 1. Für ein etwa vorhandenes Kind können Alimente gefordert werden. 2. Den Verlobungsring kann der Brautgroom zurückfordern. — Th. O. Ja.

Achtung!

Achtung!

Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr:

Protest-Versammlung

im **Marinehaus, Brandenburger Ufer 1**
(zwischen Waisen- und Jannowbrücke).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Stadivorderordneten Genossen Adolf Ritter über: Die Annahme der Kommunalbiersteuer im Steueranschau und ihre Folgen für die in den Brauereien Beschäftigten. 2. Beschlussfassung.

Kollegen! Erscheint in Massen in dieser Versammlung. Es gilt, energischen Protest einzulegen gegen die Interessen der Brauereiarbeiter so schwer schädigende kommunale Biersteuer. Also nochmals Kollegen, agitiert für einen Massenbesuch dieser Versammlung!

Kein Mann darf fehlen!

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Böttcher, Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Maschinisten und Heizer, Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part.
Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Räderstraße 9
Fernsprecher: Amt Norden 6708

Sonntag, den 9. Februar 1913, vormittags 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in der Brauerei Friedrichshain (am Königstor).

Tagesordnung:

Der Stand unserer Tarifbewegung.

Kollegen! In dieser Versammlung muß jeder Maler und Anstreicher erscheinen. Wir erwarten, recht pünktlich um 9 Uhr zu erscheinen, da der Saal um 11 Uhr geräumt werden muß.

137/10*

Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Treibriemen-Sattler.

Sonntag, den 9. Februar 1913, vormittags 9 Uhr,
in Schulz' „Prachsfäden“, Münzstraße 17, Eingang Königsgraben:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berliner Treibriemen-Sattler.

Referent: Kollege Schulze.

156/5

2. Welche Forderungen unterbreiten wir den Berliner Treibriemen-Fabrikanten?

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83-85.

Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714

Achtung! Rohrleger u. Helfer. Achtung!

Sonntag, den 9. Februar 1913, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

in den „Andreas-Festfäden“, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Tarif. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Es ist bringende Pflicht aller, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, den 9. Februar 1913, vormittags 9 1/2 Uhr,
in den „Vorussia-Sälen“, Aderstr. 6/7:

Branchen-Versammlung der Fahrstuhlmonteure u. Helfer und der in diesen Betrieben beschäft. Kollegen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Adolf Wuschick. 2. Diskussion.

3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Wegen der großen Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Branche d. Maschinen-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die am Sonntag, den 9. Februar ex., nachmittags 5 Uhr, stattfindende Branchenveranstaltung mit Lichtbildervortrag findet nicht, wie angegeben, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße, sondern in „Kellers Festfäden“, Köpenickerstraße 29, statt.

Die Vertrauensleute werden ersucht, die nicht abgesetzten Karten am Eingang des Saales abzugeben.

„Die Gewerkschaften und die Arbeitsvermittlung“.

Vortrag von H. als Vorkämpfer erschienen und in unserem Bureau sowie bei allen Bezirkskassierern für 10 Pf. per Stück zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Wahlverein Zernsdorf-Coblow.

Sonabend, den 8. Februar 1913, in Zernsdorf, im Lokal Knorr: **Maskenball**

Wir bitten um zahlreichen Besuch, auch aus anderen Wahlvereinen.

Eintrittskarten kostenlos. Anfang nachmittags circa 6 Uhr.

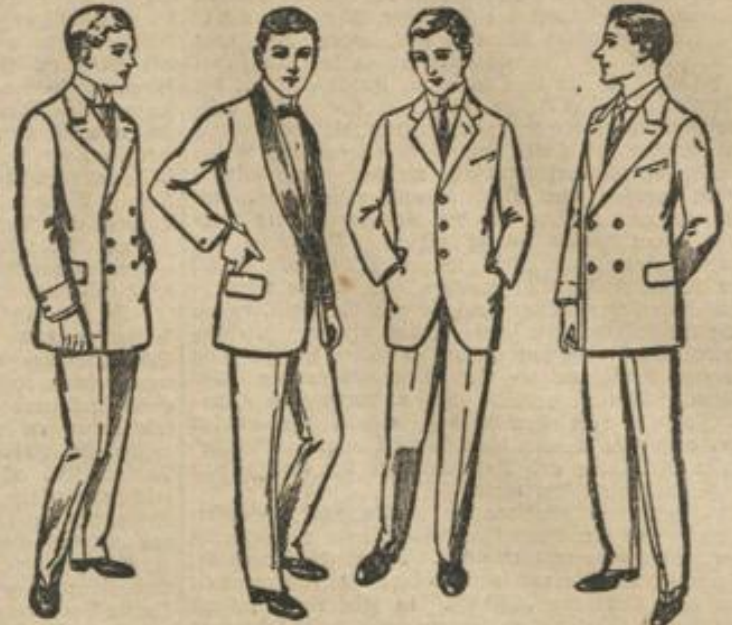
201/3 J. A.: Die Kommission.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudöln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Leineweber

Berlin C

Rohstr. 34 Köllnischer Fischmarkt 4-6 Fischstr. 1



Form 134

Form 135

Form 136

Form 137

Einsegnungs-Anzüge

in Schwarz und Blau

Form:		Brustweiten:			
		72	76	80	84
134	Blauer Cheviot	11.-	12.-	13.-	14.-
137	Blauer Cheviot, gute Qualität	15.-	16.-	17.-	18.-
134	Schwarz Kammgarn	17.-	17.50	18.-	18.50
136	Schwarz Rippekammgarn	18.-	19.-	20.-	21.-
134	Sehr halbarer blauer Cheviot	18.-	19.-	20.-	21.-
136/137	Schwarz Kammgarn, Qualität I	21.-	22.-	23.-	24.-
137	Blauer Melton	21.-	22.-	23.-	24.-
134	Schwarz Kammgarn-Cheviot	24.-	25.-	26.-	27.-
134	Bian Kammgarn-Cheviot	24.-	25.-	26.-	27.-
136	Schwarzer Melton	32.-	33.-	34.-	35.-
134	Blauer Melton-Cheviot	32.-	33.-	34.-	35.-
135	Schwarz Tuchkammgarn	36.-	37.-	38.-	39.-
134	Blauer Melton-Cheviot, Qualität I	36.-	37.-	38.-	39.-
135	Prima schwarz Tuchkammgarn mit Croché	41.-	42.-	43.-	44.-
136	Schwarzer Melton-Cheviot, sehr elegant	41.-	42.-	43.-	44.-
134	Blauer Melton-Cheviot, Ia Qualität	41.-	42.-	43.-	44.-
135	Schwarz Drapé	46.-	47.-	48.-	49.-
134	Blauer Poulé-Cheviot	46.-	47.-	48.-	49.-

Farbige Jünglings-Anzüge

134	Modern gemusterte Cheviots	18.-	14.-	15.-	16.-
134	Cheviots in modernen Streifenmusterungen	18.-	19.-	20.-	21.-
134	Grau und braun mellierte Cheviots	21.-	22.-	23.-	24.-
134/137	Verschiedene Cheviots in hochmoderner Ausmusterung	28.-	29.-	30.-	31.-
134/136	Elegant gemusterte Kammgarne und Cheviots	32.-	33.-	34.-	35.-
134/136 u. 137	Kammgarne und Cheviots in prima Qualität und neuesten Musterungen	41.-	42.-	43.-	44.-

Meine in eigenen Betriebswerkstätten hergestellte Knaben- u. Jünglings-Kleidung ist preiswert und unübertroffen in Sitz u. solider Verarbeitung

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet

Arbeiter-Schwimmerbund.

Kreis I.

Sonntag, den 9. Februar 1913, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96:

Lichtbilder-Vortrag

des Privatgelehrten Kurt Biging über: „Die Weichheit beim Sport“.

Eintritt 20 Pf.

[23255]

Anfang 7 Uhr.

Nach dem Vortrage: Tanz.

Zentralkrankenkasse der Maurer Grundstein zur Einigkeit

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Köpenickerstraße 3:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. und 4. Quartal 1912 und Jahresbericht.
2. Vorstandswahl. Zu wählen ist der 1. Bevollmächtigte, Schriftführer, zweite Kassierer und ein Revisor.
3. Kassenangelegenheiten.

151/2

Die Ortsverwaltung. J. A.: Wilh. Straßl.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! **Möbel** direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35, kein Laden, Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Montag, den 10. Februar:

Mitglieder-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Die Versammlungslokale werden am Sonntag bekannt gegeben.

Die Zahlstelle 58 ist verlegt von Bühlischstr. 31 nach Kopernikusstraße 15, Ecke Ribauer Straße, bei Karl Vogen.

Einseher.

Sonntag, den 9. Februar 1913, vormittags 10 Uhr:

Bezirks-Versammlungen

in den bekannten Lokalen.

Klavierarbeiter.

Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festfäden, Andreasstr. 21:

Außerordentliche Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Vortrag des Kollegen Schlemminger über: „Die Kampfmittel der Arbeiterbewegung.“ 3. Unsere Jugendbewegung. 4. Verbandsangelegenheiten.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Aker 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vortellhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4. 3014.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singel u. Co., Berlin SW.

Eine Defraudation beim Garde-Jägerbataillon vor dem Kriegsgericht.

Nicht unerfreuliche Einblicke gewährte gestern ein Strafprozeß vor dem Kriegsgericht der 1. Gardedivision gegen den 30-jährigen Oberjäger Hermann Bruchmann von der 8. Kompanie. Die Anklage bezüchtigte diesen in seinem Lebenswandel höchst bedenklichen Vorgesetzten des militärischen Diebstahls. Er ist 1907 eingetreten und war früher Kaufmann. Während seiner Dienstzeit wurde er viermal disziplinarisch bestraft und 1910 zum Oberjäger befördert. Da er sich der Zahlmeisterkarriere widmen wollte, wurde er vier Jahre im Zahlmeisterbureau des Bataillons als Anwärter beschäftigt und dort soll er auch am 12. Dezember v. J. die verschwindenden Soldatengelder in Höhe von 450 M. gestohlen haben. Um den Beschuldigten zu überführen, leitete die Militärbehörde eine eingehende Untersuchung ein und gab sich alle Mühe, den Lebenswandel des Dr. nachzuprüfen; allerdings gelang ihr diese Nachkontrolle mit ebenso reichem wie unerwartetem Ergebnis. Hinsichtlich der Tatfrage förderten die Ermittlungen folgendes zutage: Während am 15. Dezember der Postgefreite Bernenich die Soldatenpost mit 945 M. Soldatengeldern ins Zahlbureau brachte, war Dr. und eine Ordonanz zugegen. Der Postgefreite zählte das Geld auf den Tisch auf und ließ sich von der Ordonanz die Wichtigkeit bestätigen. Kaum hatte der Soldat das Geschäftszimmer des Zahlmeisters verlassen, schickte der Angeklagte die Ordonanz mit dem Auftrag in die Kammer, für ihn zwei Zigarren zu holen. Als der Soldat die Zigarren geholt hatte, verließ Dr. das Bureau und der Jäger Scherret blieb allein. In der Zeit von 10 Uhr bis zur Mittagsstunde am dem fraglichen Sonntag wiederholte es sich mehrfach, daß die im Zahlmeisterbureau anwesenden Militärpersonen wechselten. Als mittags die einzelnen Kompaniefeldwebel die Postgelder für ihre Mannschaften abholen wollten, fehlten 450 M. In der Kaserne entstand sofort eine große Aufregung, da man keinen Anhaltspunkt für die Person des Diebes gewinnen konnte. Der Bataillonsadjutant Oberleutnant v. Bonin leitete sofort eine Untersuchung ein und seine Ermittlungen bezüchteten gegen Dr. den Verdacht, der durch sein außerordentliches Leben später erschwert wurde. Am selben Abend wurde Dr. verhaftet und blieb bis heute im Militärarrest. Die gestohlenen 450 M. bestanden aus drei neuen Hundertmarkscheinen, einem alten und einem neuen Fünzigmarkschein. Gleichzeitig tauchte gegen Dr. der Verdacht auf, daß er sich in der Verwaltung der Jagdliste des Offizierskorps Unregelmäßigkeiten zuschulden habe kommen lassen. Man nahm daher eine Revision vor und der Bestand von 160 M. war vollständig vorhanden. Unter dem Gelde befand sich ein Hundertmarkschein und ein Fünzigmarkschein, während vorher die Kasse nur Gold und Silber enthielt. Weitere Ermittlungen ergaben, daß sich Dr. einen neuen Mantel anfertigen ließ, den er mit 63 M. aus dem Jagdlistenbestande bezahlte. Zum Vergleich will Dr. seine Ersparnisse in Höhe von 100 M. verwendet und diese Summe durch das Gold- und Silbergeld der Kasse erlegt haben. Zwei Tage später fand man im Bureau unter einem alten Aktenschild für Marschgebühren entlassener Reservisten drei neue Hundertmarkscheine. Man hegte keinen Zweifel mehr, daß Dr. dieses sichere Versteck für das gestohlene Geld selbst ausgewählt hatte, um bei günstiger Zeit sich die Beträge aus dem „Depot“ zu holen. Ein Unergründlicher konnte nicht wissen, daß diese Aktien niemals gebraucht würden. Neben diesen Indizien aus dem dienstlichen Wirken des Dr. hielt man noch seinen anderen Passionen Umschau. Standalöse Einzelheiten wurden dabei enthüllt. Dr. ließ sich von den militärischen Mädchen förmlich aushalten. Erna, Emmi, Ida, und wie die Schönen alle hießen, standen mit ihnen vom Angeklagten empfangenen Liebesbriefen als Ankläger gegen ihn auf.

Aus jeder Zeile war die Lage des Angeklagten zu lesen, daß er sich in Geldverlegenheit befinde und um ein Darlehen bitte. 5- und 10-Markweise empfing Dr. die „Liebesgelder“, von denen er die Fortsetzung seiner zärtlichen Beziehungen abhängig machte. Wurden die „Sendungen“ bescheidener, pflegte auch seine Liebe und Zuneigung zu versiegen. Eine Oberlehrerwitwe aus Steglitz erleichterte er im Laufe von 8 Jahren um circa 1000 M. Die in den Neben dieser geldsüchtigen Liebesliebe verstrickte Frau mußte schließlich in Berlin eine Stellung als Stütze annehmen, da sie keine Mittel mehr besaß und für ihre Kinder sorgen muß. Seinen fortgesetzten Geldgehenden schenkte die Frau Glauben, ihr erzählte er, er würde zur Intendantur kommen und brauche neue Uniformen. Diese Ausführungen der außerordentlichen Persönlichkeit des Angeklagten zwang zu dem Schluß, daß er sich von seinen Liebeshofen ganz fernhalten ausliefen ließ. Mit dreier Stirn behauptete der Angeklagte vor Gericht, er habe diese Liebesgelder gespart, um sich von einem Zivilarzt sein schweres Geschlechtsleiden kurieren zu lassen, da man ihm nach zweimaliger Lazarettbehandlung gedroht habe, ihn aus dem Zahlmeisterbureau zu entfernen, da man dort keine solchen Patienten brauchen könne. Mit dieser, einem seltenen Ignorantus betretenden Erklärung wollte Dr. die Deckung und den Zweck seiner Ersparnisse rechtfertigen. Von A-B leugnete Dr. seine Schuld. Er machte sich den Umstand zunutze, daß das Bureau unübersichtlich und für jedermann zugänglich gewesen sei. Der Vorkammer, Major v. Bonin, hielt dem Angeklagten vor, daß nur ein Eingeweihter den Diebstahl begangen haben könne, denn ein Fremder würde aus dem Verstreuen des Geldes unter alten Akten keinen Nutzen ziehen können. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Hierholzer, erachtete den Dr. durch den Indizienbeweis völlig überführt und beantragte 6 Wochen und 3 Tage Gefängnis und Degradation. Dr. sei durch den Aktenschild belastet und als Missetäter zur Last müsse man ein Konto in der Jagdliste ansehen, zu dessen Verflechtung Dr. das Geld stahl. Dr. sollte nämlich das einlassierte Jagdgeld sofort bei einer Potsdamer Bank eingahlen, behaß es aber noch am 15. Dezember in persönlicher Verwahrung. Ein Angeklagter mit solchen Liebesaffären mache keine Ersparnisse, sondern benütze die nächstbeste Gelegenheit, sich zu bereichern. Falls er auch freigesprochen würde, würde doch der Diebstahl immer ihm zur Last gelegt werden. Das Kriegsgericht vermehrte trotz des schweren Verdachts die ausreichende Ueberführungsbeispiele für die Schuld des Dr. Von dem Nachweis der Anschuldung des Dr. aber könne keine Rede sein, denn sein unwürdiges Verhalten, sich von Mädchen und Frauen erhalten zu lassen, spreche sehr gegen ihn. An seinen Nachschüssen bleibe immer der Diebstahlsverdacht haften. Wäre er völlig überführt worden, müßte er eine exemplarische Strafe gespartigen.

Schade, daß das Kriegsgericht bei diesem „Räuber eines Vorkriegs“ nicht auch die Gemeingefährlichkeit des Liebesabenteurers festsetzte, der trotz schwerer körperlicher Infektionsleiden als

wandelnder Verwesungsherd und obendrein gegen „bare Vergütung“ hygienische Rißstände des Garnisonstättchens verschimmern hilft.

Partei-Angelegenheiten.

Steglitz. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Albrechtshof eine Volks- und Wählerversammlung statt. Tagesordnung: Das reaktionäre Dreiklassenparlament. Referent: Landtagsabgeordneter Julian Vorchardt. Parteigenossen, sorgt für Massenbesuch.

Zehlendorf. Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Volksversammlung für Männer und Frauen im „Gesellschaftshaus“, Wilh. Weg, Charlitz. 12. Tagesordnung: 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Julian Vorchardt über: „Das neue Evangelium.“ 2. Diskussion. 3. Die jetzigen Zustände in der hiesigen Ortskantonskasse. (Die Leiter der obigen Kasse sind brieflich eingeladen.) Sorge jeder für guten Besuch der Versammlung.

Niederlehme. Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal von Emil Gaerich: Deffentliche Versammlung. Vortrag: „Preußen die Brutstätte der Reaktion“. Referent: Genosse Joachim Kläh. 2. Freie Aussprache. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus: Flugblattverbreitung.

Borgsdorf-Birkenwerder. Sonntag, den 9. Februar, öffentliche Versammlung in Borgsdorf bei Herrn Reihner (Gaststätte). Redakteur Genosse Weber spricht über: Die Gewaltpolitik gegen die Arbeiterklasse. Die Genossen von Birkenwerder werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Wer einen Gasautomaten benutzt und nicht mindestens 300 Kubikmeter Gas pro Jahr verbraucht, soll Strafe zahlen. Bleibt der Verbrauch unter 300 Kubikmeter, so muß für die nicht verbrauchte Menge der Betrag von 3 Pf. pro Kubikmeter entrichtet werden. Das ist die Absicht des Magistrats, und leider hat sein Antrag, künftig bei Einrichtung von Automatenanlagen diese Bedingung zu stellen, auch die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gefunden. In dem Ausschuß, dem die Vorlage überwiesen worden war, wurde sie gerade noch mit knapper Not angenommen, im Plenum aber trat die freisinnige Mehrheit geschlossen für diese Benachteiligung der Winderbemittelten ein. Genosse Hingz warnte davor, bei den Gaswerken der Stadt das im schlechten Sinne „kaufmännische“ Prinzip rücksichtslos anzuwenden. Durch Annahme des Magistratsantrages werde die Versorgung mit Gas zu einem Vorrat der Zahlungskapazität der Konsumenten, die das vorgeschriebene Verbrauchsquantum leisten können. Die freisinnige Mehrheit hatte keine Lust, sich auf lange Debatten einzulassen. Ihre Meinung, daß „Wahrscheinlich“ mit jenem Gasautomaten treibt, wer ihm zu wenig Gas entnimmt, wurde durch den Ausschußberichterstatter Stadt. Jacobi deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Stadt. Puhle, der als einziger der Freisinnigen noch das Wort erhielt, stimmte ihm bei. Daß vom Magistrat niemand es für nötig hielt, sich zu äußern, stellte nach Schluß der Debatte unser Genosse Hingz mit Bedauern fest. In der Abstimmung wurde der Magistratsantrag mit sehr großer Mehrheit angenommen. Gegen ihn stimmte fast nur die sozialdemokratische Fraktion.

Die Geburtenminderung

hat in Berlin im Jahre 1912 fortgedauert. Es wurden diesmal 43 961 Kinder geboren, während in den vorhergehenden fünf Jahren (1911 bis 1907) 44 834, 45 948, 47 730, 51 057, 52 908 Kinder geboren worden waren. Pro 1000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung des Jahres wurden geboren in 1912 nur noch 21,10 Kinder, in den vorhergehenden fünf Jahren 21,64, 22,31, 23,29, 24,78, 25,56 Kinder. Die Geburtenziffer ist, wie man sieht, im letzten Jahr fünf um mehr als ein Sechstel zurückgegangen. Gegenüber dem Jahre 1876, wo sie mit 47,17 Geborenen pro 1000 Personen der Bevölkerung ihren höchsten Stand hatte, ist sie in 3 1/2 Jahrzehnten bis 1912 auf vier Neuntel der damaligen Ziffer gesunken. Auffällig ist, daß im Jahre 1912 die Zahl der Totgeborenen beträchtlich höher als in 1911 war. In 1911 und in 1912 wurden überhaupt 44 834 und 43 961 Kinder geboren, davon lebend 43 185 und 42 219, tot 1649 und 1741. Während die Zahl der Lebendgeborenen wieder um 941 gesunken ist, hat die Zahl der Totgeborenen diesmal sich um 92 erhöht (um 5 1/2 Proz. gegenüber dem Vorjahr). Pro 1000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung des Jahres wurden in 1911 und in 1912 lebend geboren 20,84 und 20,27 Kinder, tot 0,80 und 0,84. Auf 100 Geborene kamen im vorletzten Jahr 3 1/2 Proz., im letzten Jahr 4 Proz. Totgeborene.

Die Markthallendeputation hielt am Mittwoch eine wichtige Sitzung unter neuer Leitung ab. Die Stadträte Bengt und Alberti sowie Magistratsrat Gordon haben ihre Posten verlassen müssen; an ihre Stelle sind die Herren Berndt, Dostein und Gerth berufen. Werden diese Herren die Versorgung von Groß-Berlin mit Lebensmitteln mit mehr Energie betreiben? Wird ihnen die Verlegung der Großmarkthallen, welche seit 12 Jahren von den städtischen Behörden beschliffen, nun endlich gelingen. Fast scheint es, als will der Magistrat nun Ernst machen. Stadtrat Berndt erklärte, daß der Magistrat endgültig beschließen habe, den Fleischgroßmarkt nach dem Scherzhof zu verlegen. Auch wegen des Obst- und Gemüsemarktes sollte sich die Deputation entscheiden. Die Entschließung der Stadtverordneten, den Großmarkt nach dem Terrain an der Antropodstraße und Landsberger Allee zu verlegen, wurde durch den bisherigen Vorsitzenden der Deputation noch immer vereitelt; auch einige Mitglieder der Deputation haben ihr gut Teil hierzu beigetragen, daß diese so wichtige Sache nicht einen Schritt vorwärts gekommen ist. Das Projekt der Verlegung nach dem Scherzhof Güterbahnhof an der Paulstraße tauchte erneuert aus der Verlesung auf, trotzdem dazumal nachgewiesen, daß dieses Terrain viel zu klein und mit der Verlegung der Antropodstraße an den Hülsen verbunden sei. Am Mittwoch waren es zwei neue Projekte, welche in Betracht kommen sollten. Einen Teil des Geländes, welches für den Westhafen am Südamer bestimmt ist, will der Magistrat zur Verlegung stellen. Da das Terrain aber nur 80 000 Quadratmeter groß, auch der Eisenbahnanschluss erhebliche Schwierigkeiten bereitet und der Wasseranschluss gering ist, kam die Deputation einmütig zur Ablehnung des Angebotes.

Ein weiteres Terrain am Bahnhof Neustadtstraße von 185 000 Quadratmetern Größe ist zum Verkauf angeboten. Es handelt sich um das große Gelände zwischen Neustadtstraße, Leichter Bahn, Verbindungskanal und Königsbaum, welches die Eigentümer Gebauer, Rheinisches Kohlen Syndikat und Boden-Mitlangesellschaft für die Kleinigkeit von 20 Millionen Mark veräußern wollen. Die günstige Lage des Terrains, Wasser- und Eisenbahnverbindung wurde allgemein anerkannt. Gegen das Projekt wurde die ungeheure Preisforderung und auch die entfernte Lage geltend gemacht. So wünschenswert ja die Wasserverbindung für die Versorgung des Großmarktes sein mag, so spricht doch auch die Versorgung Berlins mit frischen Gemüsen und Früchten wesentlich mit, und diese geschieht in hervorragendem Maße aus den nördlichen und östlichen Vororten und Pieselsgrün. Für diese Versorgung dürfte daher das Gelände an der Antropodstraße wegen seiner zentralen Lage am geeignetsten sein. Zu einer Entscheidung kam es nicht, es soll weiter verhandelt werden.

Mit der Aufhebung der Privatmärkte beschäftigt sich ein Gesuch an den Polizeipräsidenten; dieser hat ablehnend geantwortet. Nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts ist das Abhalten von Privatmärkten durch die Gewerbeordnung gewährleistet. Da die Stadt Berlin selbst keine offenen Märkte abhalten darf und die Privatmärkte den städtischen Hallen eine große Konkurrenz machen, soll mit einem Gesuch an die gesetzgebenden Körperschaften vorgegangen werden.

Die Besetzung des Direktorpostens, welche der Magistrat nicht für nötig hält, soll erneuert beantragt werden.

Berliner Straßenreinerer teilen uns mit, daß sie am Sonntag strammen Dienst tun müßten, um die Straßen rein zu bekommen. Auch die Hilfsarbeiter und Burshen hätten Dienst getan.

Der Posten des Erziehungsinspektors für die Anstalt Lichtenberg ist nun ziemlich ein volles Jahr verwaist. Dieser Umstand ist nicht geeignet, förderlich auf die in Lichtenberg geübten Erziehungsmethoden einzuwirken. Es hat nicht viel zu sagen, wenn zeitweise der Direktor für die Fürsorgeerziehung nach Lichtenberg fährt und hin und wieder nach dem Rechten sieht. Es muß gefordert werden, daß diesem Mißstand endlich einmal ein Ende gemacht und ein Mann an die Spitze dieser Anstalt gestellt wird, der genügend Verständnis für die zu erfüllenden Aufgaben besitzt. Jetzt wird die Erziehungsinspektion von dem Lehrer Hentschel vertretungsweise ausgeübt, von einem Mann, der seinerzeit Nielschkin revidierte und alles in Ordnung fand.

Die Fernsprechanstalten der Berliner Vororte zählen jetzt noch der neuesten Aufnahme vom Anfang des Jahres 70 493. Es sind dies alle Anschlüsse im Bezirk der Kaiserlichen Oberpostdirektion Berlin mit Ausnahme Berliner Kemter. Haupt- und Nebenanschlüsse sind zusammengefaßt; da der ganze Bezirk jetzt 215 029 Anschlüsse zählt, kommt also ein Drittel auf die Vororte. Die meisten Anschlüsse hat natürlich Charlottenburg mit 26 224 Anschlüssen. Diese verteilen sich auf die beiden Kemter mit 9716 und 16 508. Es folgt Wilmersdorf mit 19 880 Anschlüssen, dann Neukölln mit 6032, Steglitz 3776, Lichterfelde 2934, Lichtenberg 2227, Tempelhof 2122, Pantow 2003, Oberhohenschönhausen 1715, Weißensee 1505, Reinickendorf 1276, Tegel 1214, Adlershof 865, Mühlentel 88 und endlich Großbeeren 24.

Von der Verkehrsmisere im Stadt- und Vorortverkehr gibt die folgende Zuschrift erneut Kenntnis: „Vor einigen Tagen wurde im „Vorwärts“ auf die Mißstände der Südbahnhofs-Rummelsburg-Potsdamer Bahnhof hingewiesen. Dasselbe muß von der Strecke Lichtenberg-Friedrichsfelde-Jannowitzbrücke gesagt werden. Der betretende Zug läuft in Lichtenberg morgens kurz vor 1/8 Uhr leer ein und verläßt um 7.31 besetzt die Station. Das heißt sämtliche Plätze der 3. Klasse sind besetzt und eine kleinere Anzahl von Personen muß stehen. An der Haltestelle Rummelsburg-Dt kommen vorfristig geschäft, 80-100 Personen hinzu. Dasselbe trifft auf die Haltestellen Strolach-Rummelsburg und Warschauer Brücke zu. Hier ist der Zug vollständig überfüllt! Auf dem Perron des Schlesischen Bahnhofes warten noch mindestens 150 Personen auf ihre Beförderung und müssen unbedingt mit, um früh genug an ihre Arbeitsstelle zu gelangen. Jetzt spielt sich ein lebensgefährliches Gedränge ab. In den allermeisten Fällen wird rückwärts eingestiegen. Mit beiden Armen stemmt man sich gegen die Türpfosten, um sich mit Gewalt Platz zu schaffen. Die Abteile sind jetzt derartig überfüllt (20-24 Personen), daß es dem Bahnbeamten nur unter großer Mühe gelingt, die Türen nach mehrmaligen Versuchen zu schließen und das letzte Geschicht meistens, nachdem sich der Zug schon in Bewegung gesetzt hat. So gelangt man unter allen möglichen Wiederberentungen, die einem Schlangenummenschen alle Ehre machen, am Ziele an, und sehr häufig hört man dann die Worte: „Gott sei Dank.“ Bemerken will ich noch, daß durch die Ueberfüllung des Zuges den einzelnen Personen, darunter auch Schulkindern, das Aussteigen außerordentlich erschwert wird. Diese Beförderung von Menschen steht noch unter dem Vieh, und es muß gerechte Empörung hervorgerufen, wenn man sich für sein gutes Geld eine derartige scholle Behandlung gefallen lassen muß. Die ständlichen Zustände sind auf die Dauer unahaltbar, und ich möchte jenen Herren, welche hierfür verantwortlich sind, empfehlen, eine derartige Fahrt mitzumachen, ihnen würde Hören und Sehen vergehen!

Bemerk sei noch, daß um 7³⁰, also 10 Minuten früher als der obige Zug, der Rummelsburger Zug eintrifft und die Station Lichtenberg-Friedrichsfelde schon im überfüllten Zustande verläßt. Außer diesen beiden Zügen verkehrt noch 7³⁰ ein Zug, welcher aber zu spät geht und daher nicht in Frage kommen kann!

Die Zustände, die in der obigen Zuschrift geschildert werden, sind auch auf anderen Strecken vorhanden, besonders auf dem Nordring. Es muß schon eine durchgreifende Reform Platz greifen, um dem Verkehrsbedürfnis gerecht zu werden.

Der Niederbarnimer Kreislag hat beschlossen, 600 000 M. Aktien der Reindendorfer Kleinbahn (sogenannte Heibelkreuthahn) zu übernehmen. Der Kreis und die Gemeinden haben nunmehr diese Bahn vollständig in der Hand. Die Betriebsgesellschaft Beder u. Co. hat eine Neuorganisation abgelehnt. Der Betrieb der Bahn wird vom 1. April ab vom Kreise und den Gemeinden selbständig weitergeführt.

§ 8 der Grundsteuerordnung der Stadtgemeinde Berlin ist rechtsungültig. Nach § 8 der Steuerordnung vom 20. April 1907 hat jeder nicht in Berlin wohnende Grundbesitzer der Steuerdeputation einen hier wohnenden Stellvertreter für die seinen Grundbesitz betreffenden Angelegenheiten schriftlich zu bezeichnen. Wegen Zumberhandels gegen diese Bestimmung hatte der Eigentümer Köppen von der Steuerdeputation ein Strafmandat in Höhe von 20 M. erhalten. Auf seinen Antrag auf richterliche Aufhebung hatte das Schöffengericht auf Freisprechung erkannt. Das Gericht erklärte die Bestimmung des § 8 für rechtsungültig, da das Zustellungsverfahren im Rahmen der Zivilprozessordnung geregelt sei und darüber hinaus in einer Steuerordnung nichts bestimmt werden könne. Gegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt, aber die gestrichelte Strafkammer 8a unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schwartz zu entscheiden hatte. Staatsanwalt, Kaiserling hielt die Verurteilung aufrecht und führte unter anderem aus: Der § 8 der Berliner Steuerordnung sei gültig. Es sei für den Berliner Magistrat eine Notwendigkeit, für jedes Grundstück eine ordnungsgemäße Person als vorhanden zu wissen, mit der er verhandeln und in Fällen sich benehmen könne. Es handle sich nicht nur um eine Bequemlichkeit bei Zustellungen, sondern auch um Wirksamkeit, Bestätigung, Bestätigung, Zustandsveränderungen u. dgl. Das Gericht verwarf die Verurteilung des Staatsanwalts, da § 8 der Berliner Grundsteuerordnung rechtsungültig sei. Diese Steuerordnung habe zur Grundlage das Kommunalabgabengesetz und dieses habe

genau den Rahmen gezeichnet, der für die Kommune bei Aufstellung von Steuerordnungen maßgebend sein soll. Zu den Dingen, die durch eine solche Ordnung geregelt werden können, gehört aber nicht die Auslage an einen Grundbesitzer, einen Stellvertreter zu halten.

Im Sprechzimmer des Zahnarztes vom Tode überrascht wurde gestern die 50 Jahre alte Stickerin Agnes Rebel, die für sich allein in der Fennstraße 14 hauste. Die Stickerin trug schon seit längerer Zeit ein künstliches Gebiß. Nachdem ihr dieses jetzt abhanden gekommen war, ging sie gestern zu einem Zahnarzt in der Müllerstraße, der ihr das erste gemacht hatte, um sich ein neues anfertigen zu lassen. Der Assistent des Arztes pokte ihr ein Gebiß an. Es sah aber noch nicht ganz richtig. Während der Assistent dann damit beschäftigt war, einige kleine Änderungen vorzunehmen, wurde die Frau, auf ihrem Stuhl sitzend, plötzlich vom Schlag gerührt. Als der Assistent sich ihr wieder zuwandte, sah sie schon bestimmungslos da. Er bemühte sich zunächst selbst um sie und ließ dann noch einen Arzt holen. Aber auch dieser konnte nur noch feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt. Die Verstorbene fühlte sich in der letzten Zeit schon wiederholt nicht ganz wohl.

Aus der Spree gelandet wurde gestern die 18 Jahre alte Kontoristin M. aus der Magdalenenstraße zu Lichtenberg. Das junge Mädchen war so schwer nervenleidend, daß es Anfang Dezember v. J. seine Beschäftigung aufgeben mußte. Am 13. Dezember entfernte sie sich nachmittags aus der Wohnung, um einen Arzt aufzusuchen. Von diesem Gange kehrte sie nicht mehr zurück. Am anderen Morgen erhielten die Eltern von ihrer Tochter einen Brief, in dem sie ihnen mitteilte, daß sie freiwillig in den Tod gegangen sei, weil sie die Krankheit nicht überleben könne. Sie hatte auch, anstatt zum Arzt zu gehen, den Tod im Wasser gesucht. Gestern wurde ihre Leiche an der Oberbaumbrücke aus der Spree gelandet.

Ein schwerer Straßenaunfall hat sich Mittwochsabend in der Vertaundtstraße zugetragen. An der Petrisstraße verlor eine Frau Wehr vor einem nach Schöneberg fahrenden Straßenaunfallwagen der Linie 72 das Gleichgewicht und überfuhr den Fußweg. Die Frau wurde jedoch ungeschädigt und zog sich bei dem Fall auf das Straßengitter eine Gehirnerschütterung und Hautabrisse zu. Die Verunglückte erhielt auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe und fand dann im Augusta-Viktoria-Krankenhaus Aufnahme.

Nahrungsvorgaben haben den 54 Jahre alten Wilmersdorfer Emil Lorenz aus der Stargarder Str. 21 in den Tod getrieben. Lorenz erkrankte an einem Speicheldrüsenleiden.

Vermißt wird seit dem 26. Dezember v. J. das Dienstmädchen Hedwig Dhm, 4. 5. 98 in Kömmin (Pommern) geboren, die zuletzt hier Lilowstraße 20 wohnt. Dieselbe ist von kleiner, schwächlicher Statur, dunkelblond, blasse Gesichtsfarbe, blaue Augen und war bei ihrem Fortgange mit dunklem, weichen Filzhut mit weißer Bandzier, langem, graubraunem Mantel mit langer Stragenkappe, blauem Kleide und schwarzen Stiefeln bekleidet. Alle bisherigen Nachforschungen nach dem Verbleib der Vermißten, die auf ihrer Dienststelle ihre sämtlichen Sachen zurückgelassen hat, waren erfolglos. Zweckdienliche Angaben, die zur Ermittlung der Vermißten führen könnten, nimmt die Kriminalpolizei Zimmer 409, III sowie jedes Polizeirevier zu Nr. 4888 IV. 87. 12 entgegen.

Aus dem Jahresbericht des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin) ist zu entnehmen, daß 4 ordentliche, 1 außerordentliche Generalversammlung, 12 ordentliche, 8 außerordentliche Zentralvorstandssitzungen sowie eine allgemeine Mitglieder-versammlung stattgefunden haben. An Unterstützungen wurden gezahlt: Unfallunterstützung in 25 Fällen mit 570 Krankentagen 765 M., Sterbeunterstützung in 10 Fällen 595,80 M., Unfallunterstützung 110 M., Gesamtunterstützungssumme der drei Unterstützungsarten 1470,80 M. Grenzorten zur vollstetigen Ueberschreitung der österr. Reichsgrenzen, italienischen und der schweizerischen Grenze wurden zusammen 11 ausgesandt. In der im Januar 1912 stattgefundenen Reichstagswahl wurden 14 Agitationsstationen gefahren, am Tage der Wahl beteiligten sich insgesamt 780 Bundesgenossen. Seit 29. März 1912 ist die Ortsgruppe durch Urteil des Oberverwaltungsgerichts als politischer Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes erklärt worden. Schäden ist dem Verein nicht entstanden, obwohl die jugendlichen Mitglieder ausgeschlossen werden mußten. Flugblätter für den Bund wurden 10 000 Stück verbreitet. Die Jahres-Einnahme betrug ebenso wie die Ausgabe 9780,00 M.; das Ortsgruppenvermögen beträgt mit dem gegen Feuer versicherten Inventar 6282,96 M. Bei Parteifreundschaften und Gewerkschafts-beringen wurden 25 Reigen gefahren. Sämtliche für die Berliner Ortsgruppe bestimmten Sendungen sind wie bisher an den Genossen Richard Karras, Schönleinstr. 11, vorn IV, zu richten; derselbe erteilt bereitwillig Auskunft über alle Bundesangelegenheiten.

Im Hotel erschossen hat sich gestern nachmittags der 31 Jahre alte Schriftsteller Eugen Mader aus Breslau. Die Leiche wurde dem Schauspieler übergeben. Was den Mann zu der Tat veranlaßt hat, steht noch nicht bestimmt fest.

Bergleitet hat sich gestern nachmittags der 30 Jahre alte Reisende Otto Schulz, der in der Schiefen Str. 6 bei einer Witwe wohnte. Schulz, der aus Kottbus stammt und erst seit kurzer Zeit in Berlin ist, lehrte gegen 5 1/2 Uhr in ein Schanklokal in der Brangelsstraße ein. Er trank zuerst ein Glas Bier und ließ sich dann ein Glas Wasser geben. In dieses schüttete er ein weißes Pulver und trank dann die Flüssigkeit aus. Der Wirt glaubte, daß es sich um ein Mittel gegen Kopfschmerzen handeln würde. Der Gast suchte bald darauf die Toilette auf und kehrte nicht wieder von dieser zurück. Als der Wirt jetzt nachsah, fand er Schulz tot wieder. Das Pulver war, wie die Untersuchung des noch in dem Glase befindlichen Restes ergab, Gift. Sofort wurde ein Arzt herbeigerufen, der auch noch Wiederbelebungsversuche anstellte, die jedoch ohne Erfolg blieben. Schulz scheint durch Mittellosigkeit zu dem Schritte veranlaßt worden zu sein.

Feuerbrand in der Markstraße. In der Nacht zum Donnerstag wurde die Feuerweh nach der Markstr. 50, Ecke Wallnertheaterstraße, gerufen, wo im zweiten Stock des linken Seitenschlages in der Reißüber- und Alsenwandfabrik von Friedrich u. Ruff Feuer ausgebrochen war. Die Firma befindet sich zurzeit im Umzug und hat die Maschinen sowie einen Teil des Lagers schon in ihren neuen Räumen in der Köpenicker Straße untergebracht. Nur der restliche Teil der Lagerbestände liegt noch in einem der alten Räume in der Markstraße. Hier kam der Brand zum Ausbruch. Als man die Gefahr bemerkte, stand der Lagerraum schon in hellen Flammen. Die Feuerweh war bald mit zwei Löschwagen zur Stelle und griff das Feuer, das an Regalen, Schränken, Kisten und Verpackungsmaterialien reichliche Nahrung fand, mit drei Schlauchleitungen an. Nach halbstündiger Löschstätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Der Schaden ist beträchtlich, aber durch Versicherung gedeckt. Eine Betriebsförderung wird bei der Firma nicht einziehen.

Vorort-Nachrichten.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hat am Mittwoch die Magistratsvorlage betreffend die Schaffung einer neuen Stadtratsstelle abgelehnt. Der Magistrat hatte beantragt, die Zahl der befohlenen Magistratsmitglieder um einen zu vermehren, dem besonders das Fortbildungsschulwesen unterstellt werden sollte. Obwohl der Ausschuss sich die Gründe des Magistrats zu eigen machte, bepackte er die Vorlage mit der erschwerenden Bestimmung, daß zugleich auch die Zahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder um zwei vermehrt werden solle. Oberbürgermeister A u s t e r u s wandte sich mit aller Schärfe sowohl gegen diesen, als auch gegen einen von liberaler Seite gestellten Zusatzantrag auf gleichzeitige Vermehrung der Zahl der unbesoldeten Stadträte um eine Person. Er ließ keinen Zweifel daran, daß dieser Zusatz die

Vorlage unannehmbar mache. Trotzdem gelangte der Zusatz zur Annahme. Dagegen fand die so veränderte Magistratsvorlage keine Mehrheit, und da auch ein von dem Genossen Fieisch begründeter Antrag, den Magistrat zu ernennen, die Stellung eines befohlenen Direktors des gesamten Fortbildungsschulwesens zu genehmigen, abgelehnt wurde, so ist ein unhaltbarer Zustand geschaffen, unter dem das Fortbildungsschulwesen schwer zu leiden haben dürfte. Wen die Hauptschuld daran trifft, die Liberalen, die durchaus noch einen unbesoldeten Stadtrat haben wollten, oder den Magistrat, der keinerlei Entgegenkommen bewies, möge dahingestellt bleiben.

Zum Stadtsyndikus an Stelle des zum Bürgermeister gewählten früheren Syndikus Dr. Maier wählte die Versammlung mit 62 von 66 gültigen Stimmen den Stadtrat Sembritzki aus Königsberg i. Pr.

Die Versammlung nahm hierauf den Bericht des Ausschusses über die Mitteilung des Magistrats betreffend Defektenverfahren gegen den Hauptkassenrentenanien Bartels entgegen. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß den Magistrat kein Vorwurf trifft, der Versammlung blieb deshalb nichts weiter übrig, als die Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen.

Die Vorlage betreffend Einrichtung des Grundstücks Wilhelmplatz 1a für Fortbildungsschulzwecke wurde angenommen, nachdem u. a. Genosse Richter unter Zurückweisung unberechtigter Angriffe des Stadtverordneten Jander auf die Schüler die Vorlage bekräftigt und die Notwendigkeit betont hatte, bald weitere ausreichende Räume zu schaffen.

Ferner genehmigte die Versammlung die Vorlage, wonach städtischen Beamten, Lehrern und Arbeitern, die im Dienst einen Unfall erleiden, die notwendigen Kosten des Heilverfahrens auch schon vor dem Wegfall des Dienstverhältnisses ersetzt werden können sowie die Vorlage betreffend Bau eines Kieselwärterswohnhauses und einer Schnitterkassern auf dem Kieselwärders Karolinenhöfegatow.

Die Vorlage betreffend Regelung der Angestellten-Versicherung für die im städtischen Dienst Beschäftigten wurde einem Ausschuss überwiesen. Es handelt sich darum, daß die Stadt die gesamten Beiträge zu der Versicherung übernimmt und daß den städtischen Schwerkern behufs Befreiung von der Versicherungsbeitrag eine Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten aus städtischen Mitteln gewährleistet werden soll.

Wilmersdorf-Haussee.

Nach dem Verwaltungsbericht, den der Magistrat den Stadtverordneten zugestellt hat, umfaßt das Gemeindegebiet 833,03 Hektar. Hieron befinden sich ohne die öffentlichen Straßen und Plätze im Eigentum der Stadt an bebauter Fläche 12,64, an unbebauter Fläche 39,16 Hektar. Die Einwohnerzahl betrug am 1. Januar 1912 121 100, am 31. Dezember 1912 131 477, so daß eine Vermehrung um 8,52 Proz. eingetreten ist. Der Geburtenüberschuß bei der Zunahme um 10 317 Köpfe stellt sich nur auf 785, der Wanderungsüberschuß hingegen auf 9532. Wie überall in Groß-Berlin, so hat sich auch in Wilmersdorf der Wohnungsbedarf im letzten Jahre verringert. Am 20. Mai 1912 fanden leer Kleinwohnungen 510 oder 3,95 Proz., mittlere Wohnungen (von 3 bis 6 Zimmern) 984 oder 8,25 Proz., größere Wohnungen 1126 oder 11,86 Proz. Diese Zahlen verminderten sich nach der Zählung am 15. Oktober bei kleinen Wohnungen auf 431 oder 3,95 Proz., bei mittleren Wohnungen auf 799 oder 6,48 und bei größeren Wohnungen auf 1033 oder 10,42 Proz. Wie man sieht, wurden sich keine Wohnungen am leichtesten vermieten lassen; doch läuft die Wohnungspolitik der Stadtverwaltung bekanntlich auf die Förderung des Baues von Häusern mit möglichst großen Wohnräumen hinaus, die im Ueberschuß leer stehen. Die Mehrseite dieser Wohnungspolitik tritt in den Zwangsversteigerungen von Grundstücken ans Licht, deren Ertrag in Wilmersdorf nach dem Jahresbericht des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekendarsteller von 11,69 Millionen Mark im Jahre 1907 auf 20,78 Millionen Mark im Jahre 1911 und 32,17 Millionen Mark im Jahre 1912 gestiegen ist. Wilmersdorf besitzt außer der im Bau befindlichen U-Bahn und der Kanalisation keine eigenen Werke. Gas, Elektrizität und Wasser werden der Einwohnerzahl von Privatunternehmungen geliefert. Die finanzielle Stärke der Stadtgemeinde beruht auf dem Umstande, daß der zahlungsfähige Teil der Groß-Berliner Bevölkerung sich zum guten Teil in Wilmersdorf niederläßt, und infolge dieses Glückes hat Wilmersdorf 1912 mit einem Steuerfoll von 41,49 M. auf den Kopf der Bevölkerung und 129,06 M. auf den Kopf des Zensiten zur steuerpflichtigen Stadtgemeinde in Preußen gebracht. Vor 10 Jahren, 1902, kamen erst 22,97 M. Steuerertrag auf den Kopf der Bevölkerung oder 99,40 M. auf den Kopf des Zensiten. Der eben geschilderte Zufall macht es auch zum Teil erklärlich, daß die Sozialdemokratie im Gemeindeleben hier einen weit schmerzlicheren Stand hat als in irgendeiner Stadtgemeinde des übrigen Groß-Berlin.

Das Vermögen der Stadt stellte sich am Schlusse des Rechnungsjahres 1911 auf 105 549 575 M., die Schulden machten 63 265 508 M. aus, so daß das Reinerlösmögen 42 283 677 M. betrug, wovon 3 338 068 M. auf die Stiftungsverwaltung kommen. Namentlich Groß-Berlin hat die Erfahrung machen müssen, daß eine Gemeinde ihre Zukunft nicht gerade auf solidester Basis aufbaut, wenn sie nur auf die Steuerkraft ihrer Einwohner und nicht auf Erträge aus werdenden Anlagen rechnen kann. Auch über Wilmersdorf wird die Welle der „potenten Zahler“ in einigen Jahren hinweggegangen sein, und dann kommt für die Finanzverwaltung das graue Elend, das kundige Leute schon jetzt leise herannahen sehen.

Neukölln.

Durch einen Sprung aus dem Fenster versuchte sich Mittwochabend das 17jährige Dienstmädchen M. aus der Rosengasse 80 das Leben zu nehmen. In Abwesenheit der Dienstherrin, einer Lehrersfamilie, sprang es aus dem dritten Stock aus dem Hof hinab und verletzte sich so schwer, daß es belohnlos nach dem Krankenhaus in Budow gebracht werden mußte. Was das Mädchen zu dem Selbstmordversuch veranlaßt hat, ist noch nicht bekannt.

Wegen Gattenmordes, Betruges und Veruntreuung hat die Kriminalpolizei den 34 Jahre alten, in Helltau im Kreise Hermannstadt in Siebenbürgen geborenen Betriebsleiter Sturm festgenommen. Er wurde seit längerer Zeit von dem Untersuchungsrichter in Preußen verfolgt. Er hatte sich nach Verlobung der ihm zur Last gelegten Straftaten nach Berlin gewandt und sich hier mit gefälschten Papieren eine Stellung als Betriebsleiter in einer großen Fabrik in Brich verschafft. Die Kriminalpolizei nahm den Gesuchten, der in der Ansehelsstraße als Aftersmieter wohnte, fest.

Die Einwohnerzahl Neuköllns betrug nach den Feststellungen des Statistischen Amtes am 1. Februar d. J. 267 573 Einwohner gegen 254 190 am 1. Februar v. J.

Schöneberg.

Der nächste Volkunterhaltungsabend der Stadt Schöneberg findet am Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Velziger Str. 49-52 statt. Der norwegische Forchtungsreisende Christian Leden hält einen Vortrag über: Die den Eskimos und Indianern. Schilderungen mit Lichtbildern und phonographischen Aufnahmen. Eintrittspreis einschließlich Programm 35 Pf. Eintrittskarten sind in der Spektion, Martin-Luther-Str. 69, und im Konsumladen, Apostel-Paulus-Str. 40, zu haben.

Von einer Kraftdroschke überfahren wurde gestern nachmittags in der Hauptstraße vor der Paul-Gerhard-Kirche der neunjährige

Schüler Walter Fränkel, dessen Eltern in der Majenstr. 5 wohnen. Der Kleine spielte mit mehreren Altersgefährten auf dem Damme, als eine Kraftdroschke herannahte. Der Junge überhörte die Warnungssignale des Autos und wurde von der Droschke so heftig zu Boden geschleudert, daß er einen Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung davontrug. In fast hoffnungslosem Zustande wurde der Ueberlebende in das Schöneberger Krankenhaus gebracht.

Weißensee.

Das Oberverwaltungsamt ist dem Beschlusse des Versicherungsamtes und der Gemeindevertretung, die bestehende Ortskrankenkasse zu einer allgemeinen Ortskrankenkasse auszubauen, beigetreten. Ebenso wird von der Errichtung einer Landkrankenkasse abgesehen.

Ober-Schöneweide.

Um der arbeitenden Bevölkerung des Ortes Gelegenheit zu geben, die Naturschönheiten der Mark kennen und schätzen zu lernen, veranstaltet der Turnverein „Obersee“, M. d. A.-V., regelmäßige billige Wanderungen. Nächste Wanderung Sonntag, den 8. Februar, Finkenkrug, Briefelang, Kauffin, Schönwalde, Hennigsdorf (25 Kilometer). Abfahrt 7.32 Uhr Bahnhof Nieder-Schöneweide, ab Lehrter Bahnhof 8.35 Uhr. Wanderlustige sind eingeladen.

Treptow-Baumschulweg.

In einer Wählerversammlung der Freisinnigen und National-liberalen in der Sauer'schen Filialen, hielt der durch seinen Kampf mit den Orthodoxen bekannt gewordene Pfarrer Traub eine Wahlrede. Der Referent trat merkwürdigerweise für unbedingte Koalitionsfreiheit auch der Beamten, speziell der Eisenbahner ein, verurteilte die Verfassung der Schule und forderte die Trennung von Kirche und Staat. Daß ein freisinnig-nationalliberaler Kompromißkandidat sich zu solchen Forderungen versteigt, gebot allerdings zu den Seltenheiten. Aber das will in einer Wähler-versammlung auch nicht viel sagen. Hervorgehoben sei, daß Herr Traub sogar die Angriffe der Scharkmacher gegen die Sozialdemokratie energisch zurückwies. So vermied es der Referent im allgemeinen, durch seine Ausführungen irgendwie den Geist der Opposition wahrzunehmen. Selbstverständlich mußte er über die Sünden der Freisinnigen und der Nationalliberalen Stillstände bewahren. An der Diskussion beteiligten sich nur noch Herr Erkelenz, der Sekretär der Kirch-Undersuchen, und ein Herr Rantes.

Köpen.

Als bester Agitator hat sich wieder einmal die Polizei erwiesen. Eine vor kurzem vom Jugendausschuß einberufene Jugendversammlung wurde aufgelöst, weil die Polizei in der Behandlung des Themas die proletarische und bürgerliche Jugendbewegung eine politische Angelegenheit erblickt. Als Antwort hierauf fand am Sonntag abermals eine Versammlung statt, in welcher Genosse D a w e l l einen Vortrag über das Thema: „Der Kampf der Bauern gegen den König“ hielt. Zahlreicher als in der vorigen Versammlung hatten sich diesmal die Jugendlichen eingestellt. Die Versammlung nahm einen ungeführten Verlauf. Nach Schluß dieser fand im gleichen Lokal noch eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse U n g e r unter starkem Beifall Kritik an der preussischen Polizeiwilddrücke übte.

Spandan.

Eine erhebliche Verschiebung vollzieht sich in diesem Jahre in den drei Klassen der Kommunalwähler; dieselbe wird herbeigeführt durch die bedeutenden Steuerbeträge der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske und der Siemens-Schuckert-Werke. Bisher gehörte der 1. Abteilung schon ein Einwohner an mit einer Jahressteuer von 500 M.; jetzt beginnt die 1. Abteilung erst mit einer Jahressteuer von 2776 M. Die Folge davon ist, daß die meisten Wähler aus dieser Abteilung ausscheiden und in die 2. Abteilung gedrängt werden. Die 1. Abteilung weist jetzt nur 40 Wähler auf gegenüber 430, die ihr bisher angehört. Aber auch die 2. Abteilung erfährt eine gewaltige Einbuße, indem sie nur 2006 Wähler zählt gegenüber 5488 im vorigen Jahre. Um Wähler der 2. Abteilung zu sein, muß mindestens eine Jahressteuer von 110 M. entrichtet werden; bisher genügte 75 M. Eine Vermehrung um mehr als 3000 erfährt die 3. Abteilung, die auf die Zahl von 21 689 anwächst. Diese Verschiebung in den Wählerklassen wird in der Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung scharf in die Erscheinung treten.

Oranienburg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. An der Einmündungsstelle des Großschiffahrtsweges in den Rehnitzsee ist eine Fläche von etwa 20 Ar aufgehoben worden, die der Firma Sebel u. Co. übergeben werden soll. Die Fläche gehört zum Forstquartalsbezirk Oranienburg und soll auf Veranlassung des lgl. Hauptbauamts Potsdam in den Stadtbezirk eingemeindet werden. Nach kurzer Debatte stimmte die Versammlung dem Magistratsantrage zu. Bei der Veranlassung der Bewilligung der Kosten für den Bau des Gymnasiums, des Direktorenwohnhauses und der Turnhalle entspann sich ein heftiges Wortgefecht zwischen den bürgerlichen Vertretern. Die Kosten des Neubaus des Realgymnasiums belaufen sich in ihrer Endzusammenstellung auf rund 600 000 M. Der Entwurf zu diesem Neubau ist aus einem Wettbewerb hervorgegangen und zwar wurde der mit dem ersten Preis ausgezeichnete Entwurf in einer früheren Stadtverordnetenversammlung bestimmt. Dem Wettbewerb war durch die vorgeschriebene Bauweise auch die Lösung einer mit dem reinen Schulbau nicht zusammenhängenden Frage, nämlich der Gestaltung des Bahnhofsplatzes, zugewiesen. Der Bau selbst ist ein Riegelbau, nur in dem erforderlichen Umfang unterkellert, die Deden sind massiv als Gohlsteinbedeckung mit Anoleumbelag gedacht, um allen Anforderungen der Gesundheitspflege, der Staubbekämpfung usw. zu entsprechen. Für die innere Ausstattung und Auskmalung sind nur einfache Mittel vorgezogen. Die Beheizung erfolgt durch eine Warmwasser-sammelheizung. Nach diesen Gesichtspunkten ist der Kostenanschlag aufgestellt. Er schließt für die reinen Baukosten mit 335 850 M. ab, enthält aber auch die erforderlichen Nebenkosten. Das Direktorenwohnhaus ist als Einfamilienhaus gedacht und erfordert die nette Summe von 80 000 M., geräumig genug, sechs Familien Unterkunft zu gewähren. Für die Turnhalle nebst Abortegebäude und Inneneinrichtung sind 34 000 M. vorgezogen. Was half es, daß den bürgerlichen Vertretern ihr ganzes Sündenregister vorgehalten wurde. An einen Ausschuss kann jetzt nicht mehr gedacht werden, denn die Schule muß bestimmt am 1. April 1914 fertiggestellt sein. So wurde denn auch diese Summe gegen die Stimmen unserer Fraktion bewilligt, trotzdem vom Magistrat selbst gegeben werden mußte, daß man heute noch nicht wisse, wie eine neue Anleihe bei der bestehenden übermäßigen Belastung der Stadt beschafft werden solle. Wir stehen im Zeichen der Geldsalamiität und es ist noch gar nicht abzusehen, wie eine Befreiung aus dieser mißlichen Lage geschaffen werden soll. Zu befürchten steht allerdings auch jetzt wieder, daß dies auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung geschehen wird. Da die Genehmigung eines Nachtrages zur Grundwertsteuerordnung vorerst einer Kommissionsberatung unterzogen werden soll, mußte die Festsetzung der Steuerzuschläge für 1913 vertagt werden.

Aus aller Welt.

Ein vergebliches Mühen.

Einem katholischen Kirchenfürsten, den Bischof Karlin von Triest, hat es die moderne Frauenkleidung angetan. Die eng sich an den Körper anschließenden Kostüme, die raffiniert, mit der die moderne elegante Frau die Linien ihres Körpers zur Geltung bringt, sind dem frommen Manne ein teuflischer Greuel. Er will nicht, daß die Männerwelt eine Kostprobe erhält von den Versuchungen, mit denen der heilige Antonius gemartert

wurde, und darum verfuhr er mit einem Hirtenbriese der sündigen Frauenwelt entgegenzutreten. In seiner kirchlichen Weltfremdheit glaubt der Bischof, daß das weibliche Geschlecht von dem modernen Kostüm ablassen werde, wenn er, der Bischof Karlin, dagegen sein Anathema ausspricht. Es heißt in dem Hirtenbriese, daß die neue Frauenmode nicht der Gesundheit und der Schamhaftigkeit, sondern nur der sinnlichen Lüsterheit diene. Wer Sinn für Ehrbarkeit und Nüchternheit habe, werde ihn verstehen.

O, törichtes Hassen! Es lohnt sich nicht, darüber zu streiten, ob nicht auch die jeweils geltende Mode ein Ausfluß der Kultur ist. Ueber eines aber braucht man nicht zu streiten: lieber werden die gläubigen Christinnen zu Heiden, ehe sie ablassen von einer Mode, die ihnen schön erscheint und die bewundernde Aufmerksamkeit der Männer auf sie lenkt. Ja, Positivisten behaupten sogar, wenn es Mode würde, daß die eleganten Damen in ihren Unterkleidern herumlaufen, die ganz eleganten würden bald entdecken, daß es ärztlicher und geschmackvoller sei, in Spitzenböschchen sich zu präsentieren.

Proletariats Ende.

Wie aus Chartres gemeldet wird, hatte eine aus sechs Personen bestehende obdachlose Landarbeiterfamilie in einem Strohschuppen bei Niers im nordwestlichen Frankreich Unterkunft gefunden. In der vergangenen Nacht geriet der Schuppen in Brand. — Die Frau und zwei Kinder wurden als Leichen hervorgezogen, die übrigen Personen erlitten lebensgefährliche Brandwunden. — In der Prager Vorstadt Holeschowitz wurde heute der Gastwirt Husak, dessen Besitz versteigert worden war, samt Gattin und fünf Kindern von zwei bis vierzehn Jahren in seiner Wohnung tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Leuchtgasvergiftung vor.

Bauernschläue.

Bei dem vor einiger Zeit erfolgten Kaufbeurer Banktrah ist es zutage gekommen, daß Bauern von Darlehnsvereinen Geld zu billigem Zins entleihen und dieses Geld zu den Privatbankgeschäften tragen, um so der Zinspannung teilhaftig zu werden. Dieses Verfahren wird in einer Verhandlungsgabe des bayrischen Landesverbandes Landwirt-

schaftlicher Darlehnsvereine aufs schärfste geheißen. Diese Bauern, heißt es da, haben vor allem das erste Gebot des Genossenschaftswesens außer acht gelassen, nämlich: einer für alle, alle für einen! Sie haben das Geld, das ganz andere ersparten und das sie gar nicht benötigten, von den Darlehnsvereinen abgehoben, um damit Geschäfte zu machen und für sich einen kleinen Gewinn herauszuschlagen. Dadurch haben sie die Vereine, die in der jetzigen Zeit an und für sich einen viel schwereren Stand haben, geschädigt und zwar mit ziemlichem Summen. Wie leicht kann es nun vorgekommen sein, daß Kollegen, die vielleicht das Geld im Betriebe äußerst nötig gehabt hätten, deshalb zurücksitzen oder warten mußten.

Sturz zweier Ordnungssäulen.

Wie aus Köln gemeldet wird, wurde am Donnerstag der in Köln anfangsige Justizrat Lehendeker wegen umfangreicher Vermittlungen verhaftet. Wie hoch sich die Schulden des Verhafteten belaufen, ist zurzeit noch nicht zu übersehen. Die Verhaftung Lehendekers dürfte auf Veranlassung des Vormundschaftsgerichts in Bonn erfolgt sein. Es handelt sich um die Vertretung von Mündelgeldern, die der Verhaftete zu verwalten hatte. — Fast gleichzeitig ist dem Kölner Kriminalkommissar Hannemann ein kleiner Unfall passiert. Auch er wurde verhaftet, weil er Aktenunterschlagungen vorgenommen haben soll.

Kleine Notizen.

Kindemord. In Hamburg gebar die Stütze Luise Lehndeker, die mit ihrer Schwester, der Kassiererin eines Warenhauses, in der Lüberer Straße wohnt, einen Knaben in Gegenwart ihrer Schwester. Diese steckte den Knaben in das angefüllte Kuchengeschir. Der Neugeborene extrakt. Beide Schwestern sind verhaftet worden.

Einrichtung eines Müttermörders. Am Donnerstag früh wurde in Paderborn der 19jährige Müttermörder Dewald aus Brügge durch den Scharfrichter Schwitz aus Breslau hingerichtet. Dewald war im Oktober vorigen Jahres vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden, weil er seine hochbetagte Mutter im Bette ermordet und ihr eine Summe von über 1000 M. geraubt hatte.

Explosion in einer Pulverfabrik. Eine furchtbare Explosion richtete in der belgischen Pulverfabrik von Wetteren große Verheerungen an. Bei der Explosion, die auf 30 Kilometer im Um-

kreis gehört wurde, töteten sechs Personen ihr Leben ein, während mehrere andere verletzt wurden. Der Schaden ist enorm.

Brandunglück in einer Pulverfabrik. Donnerstag nachmittag brach in dem Pflanzwerk der Pulverfabrik in Troisdorf bei Siegburg ein Brand aus. Bis auf einen Mann, der verbrannte, konnten sich sämtliche im Raum befindlichen Arbeiter retten. Zwei Arbeiter erlitten schwere, drei andere leichtere Verletzungen.

Eingegangene Druckschriften.

Die Gemeindeverwaltungen im Kampfe gegen den Alkoholimbus. Von Dr. H. Eifer. 10 Bl. — Neues zur Alkoholfrage. Von Dr. H. Eifer. 10 Bl. Intern. Guttemplerorden, Hamburg 30. Moderne Inquisition. 30 Bl. — Deutschlands Zukunft. Deutschlands Jugend. Von H. Behrs. 10 Bl. — Trübsal. Von H. E. Stille. 60 S. Bund der techn.-industriellen Beamten, Berlin NW. 52. Die soziale Frage und der Sozialismus. Von Dr. F. Oppenheimer. 120 S. G. Fischer, Jena. Deutschland, die erste Industrie-, Handels- und Geldmacht der Welt. Von Dr. A. Minoprio. 10 Bl. Verlag J. Walter, Berlin SW. 29. Kranke Menschen. Von H. Eifer. 96 S. — Lebensfragen. Von H. Eifer. 85 S. — G. Fischer, Jena. Das schwarze Revier. Von H. Joch. 50 Bl. K. R. Meyer, Wilmersdorf, Waghäuser Str. 8. Die Gewerkschaften und die Arbeitsvermittlung. Vortrag von P. Umbreit. 10 Bl. H. Cohen, Berlin N. 54. Philosophisches Wörterbuch von Dr. J. Reiner. 5 B., geb. 5,90 M. D. Teubner, Leipzig.

Witterungsübersicht vom 6. Februar 1913.

Stationen	Barometer (hoh. mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer (hoh. mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Stettin	750	SW	4	bedeckt	4	Saparanda	749	ONO	3	bedeckt	-12
Hamburg	760	SW	3	bedeckt	5	Petersburg	754	W	2	wolkenl.	-4
Berlin	761	SW	3	bedeckt	4	Schwetznitz	759	SW	3	wolkenl.	9
Frankf. a. M.	766	SW	3	bedeckt	3	Wien	754	SW	3	bedeckt	9
München	768	SW	4	wolkenl.	3	Paris	765	W	1	bedeckt	6
Wien	768	SW	2	bedeckt	-1						

Wetterprognose für Freitag, den 7. Februar 1913.

Zeitweise heiter und am Tage mild, aber veränderlich bei ziemlich schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

„... Konformismus ist das schlimmste, baltimurische und von unkonventionellen Doflopfen.“

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.
Stralauer Viertel. Bez. 208 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Mitglied **Karl Bix** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 7. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
210/20 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mitglied **Karl Bix** im Alter von 30 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 7. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mitglied **Paul Rocher** im Alter von 52 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
72/18 Die Ortsverwaltung.

Paul Rocher
Mitschstraße 73, im Alter von 52 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
72/18 Die Ortsverwaltung.

Helene Hauße und Kinder.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden anlässlich des Todes unseres geliebten Gatten und Vaters sprechen wir hiermit allen Verwandten, Bekannten, Kollegen und dem Gesamtverein unseren herzlichsten Dank aus.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 4. Februar, verstarb unser Genosse, der Agent **Wilhelm Werber** Brunnenstr. 6 (Bezirk 491).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 8. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Reichshofes Friedhofes in der Doppelallee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.
Bezirk 6.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Parteimitglied, der Partiler **Albert Köhn** im 55. Lebensjahre nach kurzer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 8. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Berlin-Wilmersdorfer Friedhofes, Berliner Str. 101-103, aus statt.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.
15/3 Der Vorstand.

Verband d. Brauer- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Unsere Mitglieder geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege, Flaschenarbeiter **Wilhelm Süß** (Königsplatz-Brauerei) im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. Februar 1913, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilla-Kreuzfriedhofes in Mariendorf, Eisenacher Str. 62 aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
12/10 Die Ortsverwaltung.

freireligiöse Gemeinde.
Otto Friederici - Gedächtnisfeier
Geboren 17. 12. 1841. — Gestorben 25. 1. 1913.
Am Sonntag, den 9. Februar 1913, nachmittags 3 Uhr:
in unserer Halle, Pappel-Allee 15-17.
55/4 Gedächtnisrede: Herr Waldeck Manasse.

Verband der Satler u. Porteauiller Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mitglied **Wilhelm Hanitsch** Werkstatte de la Croix, infolge eines Unglücksfalles verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet in Waldhagen bei Rassel statt.
Die Ortsverwaltung.

Verein für Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen.
Am Montag, den 4. Februar, verstarb unser langjähriges, treues Mitglied, Frau **Martha Schensch** Brangelstr. 29.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, 7. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
53/5 Der Vorstand

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers des Schutzmachers **Georg Brandt** sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten sowie den Genossen des 6. Wahlkreises und dem Sparverein Dales Brüder unseren innigsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen **Karl Brandt und Frau.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mitglied **Alfred Eule** Ebnowiestr. 25 am 28. d. M. durch Unfall gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
112/7 Die Ortsverwaltung.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradehalter, Irrigators, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringstr. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.
Pelle der Eroberer.
Roman in zwei Bänden
247/6* von
Martin Andersen Nexö.
Zwei Bände gebettet 8 M.,
in Halbleinen 10 M.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines teuren Gatten, unseres guten Vaters, des Steinmetz **Otto Hanschte** spreche ich hierdurch allen Kollegen, Genossen und Genossinnen, insbesondere dem Herrn Vorsitzenden für die ergreifende Grabrede sowie allen Bekannten, Freunden und Verwandten meinen innigsten Dank aus.
Witwe Martha Hanschke nebst Kindern.

Eisen-Malz bier „Fermaltan“



Hervorragendes Stärkungsgetränk, eisenschaltig, alkoholfrei, extraktreich, appetitanregend, ärztlich empfohlen
pro Flasche 20 Pf.
in allen einschlägigen Geschäften käuflich oder bei der
Cöwen-Brauerei A.-G.,
Pilsener-Abteilung
Fermpr.: Norden 10370, 10371, 10372.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69

Führer durch die Reichsversicherungs-Ordnung.

- Die gemeinsamen Vorschriften u. d. Verfahren. Preis 40 Pf.
Dieses Heft enthält auch die Formulare, wie sie bei der Einrichtung von Klagen und Eingaben zu verwenden sind.
- Die Krankenversicherung. Preis 30 Pf.
- Die Gewerbe - Unfallversicherung, Pr. 30 Pf.
- Die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Preis 40 Pf.
- Die Invallden- u. Hinterbliebenenversicherung. Preis 30 Pf.
Die Gesetzesführer sollen dem Laien Gelegenheit geben, sich in diesen Gesetzen zurechtzufinden. Sie sind deshalb von Sachkennern in leichtverständlicher Form verfaßt und werden zu möglichst billigen Preisen abgegeben, damit sie jeder Versicherte sich anschaffen kann. Nur wer mit dem Inhalt der Gesetze vertraut ist, kann sich und seine Familie vor Schaden bewahren.
Auch durch die „Vorwärts“-Speditionen zu beziehen.

Zähne, Plomben, beste Ausführung, billigste Preise.
Gebr. 1889.
Olga Jacobson, Invallden- str. 145. II.

Glumen- und Franzbinderei von Robert Meyer.
Ank.: P. Golletz
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Wegen gänzlicher Aufgabe Total-Ausverkauf

der Charlottenburger Filiale
Nehringstr. 34.
In allen Geschäften enorm billig.

Lewinsohn

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt
2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Straßburger Platz
3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstr. 34 Ecke Magazinstr.

Ohne jede Anzahlung

Praktischste Fabrikat

Pianos Flügel - Harmoniums

Prämiiert Staatsmedaille in allen Holz- und Stilarten, von wunderbarer Tonfülle (Klingelton)

verkauft sich sowie gegen kleine monatliche Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

Engelhardt

Special Hell

Ein Qualitätsbräu



Hört! Hört!

Regenschirme Lederne Handtaschen von 2.50 an von 3.50 an. Kein Laden, Fabrikverlage. A. Möhle, Alexandrinenstr. 121, 1. Etz. Vorwärtsbücherei 5 Proz. Rabatt.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 9. Februar.

1. Abt.: 1 Uhr: Fuhrtour Grunewald, Gndylet Schmargendorf (Schützenhaus).
2. Abt.: 1 Uhr: Rahnsdorfer Wähele (Barndiesgarten).
3. und 4. Abt.: 1 Uhr: Sehlendorf (Wiel).
5. Abt.: 1 Uhr: Waggelshöh.
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Wilhelmstraße (Wiltbrodt).
7. Abt.: 1 Uhr: Köllmerisdorf (Festschäftshaus).
8. Abt.: 1 Uhr: Teltow (Preuß. Adler).
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Steglitz (Wickenwäldchen).

Starts an den bekannten Stellen.

Bilanz am 31. Dezember 1912.

Aktiva.	
Baumarkt...	1,-
Gedächtnis...	1,-
Materialkonto...	18,48
Rentorrenkonto...	11048,24
Raffkonto...	84,78
Bankkonto...	6688,75
Beschreibungskonto...	32,72
Zwischensumme	24.176,95
Passiva.	
Witgliederguthabenkonto...	4435,-
Eintrittsgeldkonto...	138,-
Witgliederdarlehenskonto...	3000,-
Rentorrenkonto...	2200,01
Debitorenkonto...	3000,-
Gewinn- und Verlustkonto	6006,94
Reingewinn...	6006,94
Zwischensumme	24.176,95

Gewinn- und Verlustkonto.

31. Dezember 1912

Debet.	
Einzugsunföhlenkonto...	211,50
Unföhlenkonto...	2366,50
Zinsenkonto...	19,63
Verkehrungskonto...	482,96
Abschreibungskonto...	606,94
Debitorenkonto...	3000,-
Bilanzkonto, Reingewinn...	5006,94
Zwischensumme	11784,47
Kredit.	
31. Dezember 1912	
Raherarbeitenkonto...	11571,08
Eglokonto...	212,39
Zwischensumme	11784,47

Witliedergast am 18. Mai 1912: 23, eingetreten: 23, Witliedergast am 31. Dezember 1912: 46.

Die Witliedergastguthaben (Gesamtschuldensumme) betragen sich in 1912 um 24.200,- 102/17.

Die Gesamtsumme, für welche am 31. Dezember 1912 alle Genossen zusammen aufzukommen haben, beträgt: 48 Gesamtschuldensumme & 24.200,- gleich 72.400,- und hat sich nach dem 18. Mai 1912 um 24.200,- vermehrt.

Malereigenossenschaft

zur Ausführung jeder Art Malerarbeiten für Berlin u. Umgegend. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Louis Ringel, Paul Hase, Moritz Stein.

Saal mit Bühne

200 Personen fassend, für Vereine am Sonntag, den 1. März, auch Sonntage vor und nach Ostern noch frei.

E. Gramates Gesellschaftshaus, Berlin N., Bergstr. 12.

Patente etc. erwirkt u. verwertet anerkt. schnell Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslauer Berlin, Gitschinerstr. 100 n. d. Pat.-Amt

Josefetti

VERA

Qualitäts-3 Pfg. Cigarette



Theater und Vergnügungen

Freitag, den 7. Februar 1913. Anfang 7 Uhr.

Deutsches. Der lebende Leichnam.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Manon.

Rgl. Schauspielhaus. Goldberg.

Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.

Metropol-Theater. Chauffeur - ins Metropol!

Zirkus Busch. Heute Freitag, 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr.

Neu! Laurent-Trio Neu!

Gymnastischer Kraft-Akt. Mr. Laurent, der amerikanische Steinschläger, benutzt seine Faust als Eisenhammer und zertrümmert Feldsteine von 7-8 Pfd.

Prologiert! **Casarios Löwen- u. Tiger-Gruppe** Die wildeste Dressur d. Gegenw.

Um 9 1/2 Uhr: Der unsichtbare Mensch. 4 Bilder aus Indien.

Herrnfeld Theater Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!

Wüstenmoral Die Alpenbrüder

mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theaterf.)

Passage-Panoptikum 50 wilde Weiber Männer Kinder

vom Stamme der Igorroten. Lebend! Ohne Extra-Entree!

Admiralpalast. Allabendlich: Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgel. Eisballott Flirt in St. Moritz

1. Akt: Witzsport in St. Moritz. 2. Akt: Solero im Luxushotel. 3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte. Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.-Preis. Wein- u. Bier-Abt.

Schiller-Theater O. Freilag, abends 8 Uhr: Die Geschwister. Elga. Sonnabend, abends 8 Uhr: Wolkenkratzer. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Das Konzert. Sonntag, abends 8 Uhr: Uriel Acosta.

Schiller-Theater Freilag, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Berliner Theater. 8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgrätzer Straße 7 1/2 Uhr: Brand.

Deutsches Schauspielhaus 8 Uhr: Der gute Ruf.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die beiden Husaren. Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Frauentresser.

Theater am Nollendorfplatz 5. An allen Tagen der Woche 8 Uhr: Die Studentengrätin.

Residenz-Theater. 8 Uhr: Die Frau Präsidentin. (Madama la Presidente). Schwanke, 3 Akt u. 2 Denenquins u. Beden. Morgen und folgende Tage: Die Frau Präsidentin. Sonntag, 18. Februar, nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Luisen-Theater. Freilag, abends 8 Uhr: Künstlerfest. Freivorstellung: „Neute ist bei uns was los!“ fünf lustige Bilder mit Gesang und Tanz von Erich Mann. Musik vom Kapellmeister Kurt Stübemann.

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 122. Mein Leopold. Volkstheater m. Ges. in 3 Akten von Adolph Freiherr v. Schlegel. Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Robinson Crusoe. Abends 8 Uhr: Mein Leopold.

Urania Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Freilag 8 Uhr: Die Weltmacht des Eisens. Hörsaal 8 Uhr: Dr. Eckstein: Winter i. Walde.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19/20. Rosenf. Lor. Nur noch bis 12. d. Mts.: Goldener Leichtsinn. Am 15. Februar: Premiere der neuen großen Jahres-Revue Parole „Walhalla“. Sonntag, 9. Febr., nachmitt. 8 1/2 Uhr: Gastspiel-Ensemble Böhm Heinrich Heine. Kleine Preise.

Trianon-Theater. Wenn Frauen reisen. Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice. Anfang 8 1/2 Uhr. Die drei Saison-Schlager: In Sachen Ragenstein. Die Doppelkirma. Die Tochter der Braut.

„Clou“ Berliner Konzerthaus. Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 80/91. Großes Doppelkonzert! Musik: I. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baars - Zillerthaler und Tegernseer Sänger - Schuhplattler und Jodler! Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelhiere. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt Arnold Scholz Hasenheide 108/114. Täglich: Bockbierfest in den bayerischen Alpen. Wunderbare Alpendekoration. 5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Metropol-Theater Chauffeur - ins Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern. Otto Reutter a. G. mit gänzlich neuem Repertoire. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater Ab 8 Uhr: Die grandiosen Spezialitäten. 9 Uhr: Berlins Liebling! Harry Walden in seiner Groteske „Der Herzog von Westminster.“

Boigt-Theater. Gesundbrunnen. Badstraße 38. Freilag, 7. Februar 1913, 8 1/2 Uhr: Zum Gedenke für Hedwig Kramer. Schauspiel in 5 Akten, von Rod. Feld. Kassenöffnung 7 Uhr.

Zirkus Albert Schumann. Heute Freitag, 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Das Problem: Wie läuft man an der Decke? Ist gelöst durch d. mysteriösen Deckenläufer. Nur n. kurze Zeit: Mac Norton, das menschliche Aquarium, sow. d. ges. gr. Galaprogramm. Zum Schluss: „Sevilla“. Avis! Sonntagsnachm. 3 1/2 U.: „Unter Gorillas“. Nachm. hat jeder Erwachsene ein angehö. Kind und 10 Jahre auf d. Sitzepl. frei. Jed. weitere Kind unter 10 Jahren zahlt die Hälfte auf den Sitzeplätzen.

Casino-Theater Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr: Allabendlich ausverkauft. Stürmische Helterkeit! Die Berliner Lotalosse Am grünen Strand d. Spree. Größter Ruffenerfolg seit Belleben.

Theater Königstadt-Casino. Ecke Holzmarkt u. Alexanderstraße. 1. Vorstellung. Sonntag, 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Pappchen tadellos. Hoffe m. Ges. in 1 Akt - und das groß. Spezialitätenprogramm Feb. 1. u. 16. Programmwechsel.

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger. Neu! Meyers Hosen. Humorecke. Anfang 8 Uhr.